



Populismusbarometer 2018

Populistische Einstellungen
bei Wählern und Nichtwählern
in Deutschland 2018

Robert Vehrkamp und Wolfgang Merkel



Populismusbarometer 2018

Populistische Einstellungen
bei Wählern und Nichtwählern
in Deutschland 2018

Robert Vehrkamp und Wolfgang Merkel

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp

ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und derzeit Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. Wolfgang Merkel

ist Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften.

wolfgang.merkel@wzb.eu

Die Autoren danken *Dr. Christopher Wratil* (Harvard University) und *Dr. Fabian G. Neuner* (Arizona State University), die die Umfrageexperimente für diese Studie methodisch entwickelt und die statistischen Analysen durchgeführt haben, und *Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser* (Universidad Diego Portales, Santiago, Chile) und *Prof. Dr. Jan-Werner Müller* (Princeton University) für ihre kritische Durchsicht und inspirierende Diskussion einer früheren Version unserer Studie.

Außerdem danken wir *Christian Könecke* (infratest dimap) und *Lars Bischoff* (Bertelsmann Stiftung) für ihre Unterstützung bei der Auswertung der dieser Studie zugrunde liegenden Online-Panel-Umfragen, und *Gaëlle Beckmann* und *Sandra Stratos* (beide Bertelsmann Stiftung) für ihre redaktionelle Unterstützung.

Über die Studie

Dieser Studie liegt eine Online-Panel-Umfrage zugrunde. Die Stichprobe der Befragten ist repräsentativ für die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2017 wahlberechtigte deutsche Bevölkerung. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von infratest dimap in einer Befragungswelle zwischen Mai 2018 und Juni 2018 durchgeführt. Es wurden insgesamt 3.427 Befragte interviewt. Diese teilen sich wiederum in 2.322 Wähler und 1.105 Nichtwähler auf, die auf Grundlage von Nachwahlbefragungen im Rahmen der Bundestagswahl 2017 als Wähler und Nichtwähler identifiziert wurden und aus einem Pool von ca. 20.000 Nachwahl-Befragten stammen. Die Fokusgrafik „Keine Alternative für Deutschland“ basiert auf einer zweiten Umfrage, die im August 2018 stattfand. Diese umfasst 3.323 Panel-Befragte, wovon 2.783 aus der ersten Panel-Umfrage stammen und 540 neu befragt wurden.

Gleichzeitig wurden Anhänger der AfD, Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der Stichprobe überrepräsentiert, um genauere Aussagen über diese Gruppen tätigen zu können. Für alle Ergebnisse dieser Studie wurden die Antworten der Befragten auf der Basis des Mikrozensus und der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2017 so gewichtet, dass Unterschiede zwischen der Stichprobe und der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung in Hinblick auf Bundesland, Alter, Bildung und Geschlecht korrigiert wurden. Die Ergebnisse sind damit repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2017. Zudem gleicht ein Designgewicht die Überrepräsentation von AfD-, Linken-, Grünen- und FDP-Wählern in der Stichprobe aus. Die statistische Unsicherheit der Ergebnisse variiert je nach Analyse und ist in Teilen der Studie in Form von Konfidenzintervallen direkt ausgewiesen.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde die weibliche Sprachform nicht immer angeführt. In diesen Fällen gilt die männliche Sprachform gleichermaßen für alle Geschlechter.

Inhalt

Vorwort	6
Executive Summary	8
 1. Wie populistisch sind die Deutschen?	
Reichweite und Profil populistischer Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung im Jahr 2018	21
 2. Populismus im Meinungsstreit	
Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Jahr 2018	43
 3. Populismus an der Wahlurne	
Parteipräferenzen und Wahlabsichten populistisch und unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter im Jahr 2018	65
 Methodischer Anhang	82
Abbildungsverzeichnis	88
Literaturverzeichnis	90
Impressum	94

Vorwort

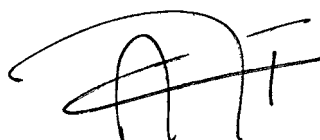
Populismus bleibt eine der größten Herausforderungen für die liberalen Demokratien: Auch das Jahr 2018 war in vielen Ländern des Westens geprägt von einem weiteren Erstarken populistischer Parteien und Bewegungen. In den USA stehen die demokratischen Institutionen weiterhin unter Druck. In Italien stellen mit der *MoVimento 5 Stelle* und der *Lega* zwei populistisch geprägte Parteien die neue Regierung. In Ungarn konnte die rechtspopulistische *Fidesz-Partei* ihre Regierungsmehrheit verteidigen. Bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag erzielten die Schwedendemokraten ein Rekordergebnis. Und auch in Deutschland hat mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) erstmals in der Nachkriegsgeschichte eine rechtspopulistische Partei ihre Arbeit im Deutschen Bundestag aufgenommen. Zugleich gelang es jedoch in den Niederlanden, die Rechtspopulisten aus der neuen Regierung herauszuhalten – wie zuvor schon bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich. Licht und Schatten also im Umgang mit der populistischen Herausforderung, die auch in Zukunft die etablierten Parteien und Institutionen unserer Demokratien beschäftigen wird.

Wie sehr hat der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag das politische Klima in Deutschland verändert? Sind die Deutschen populistischer geworden? Wie stark sind die Kräfte einer unpopulistischen Gegenmobilisierung? Und wie erfolgreich sind die Strategien der anderen Parteien im Umgang mit der rechtspopulistischen Herausforderung?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich unser Populismusbarometer 2018. Es schreibt die im Jahr 2017 veröffentlichte Studie „Die Stunde der Populisten?“ fort und aktualisiert deren Fragestellungen und Befunde. Erneut wurden dafür die Ergebnisse einer für Deutschland repräsentativen Umfrage ausgewertet, die die Bertelsmann Stiftung im Sommer 2018 gemeinsam mit infratest dimap durchgeführt hat. Die vorliegende Studie wurde im Rahmen unseres Gemeinschaftsprojekts „Demokratie- und Demokratienmonitor“ gemeinsam mit der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erarbeitet.

Die Ergebnisse zeigen, dass populistische Einstellungen in Deutschland zunehmen – am deutlichsten in der politischen Mitte. Davon profitieren jedoch vor allem die Parteien an den politischen Rändern. Am stärksten die AfD, deren populistische Mobilisierung auch in der politischen Mitte immer mehr Wähler anspricht. Alle Versuche der etablierten Parteien, diese Entwicklung zu stoppen, blieben bislang erfolglos. Dabei ließen sich auch in Deutschland Themen und Sachpositionen finden, die einen Brückenschlag über die politischen Lager hinweg ermöglichen würden. „Mehr Europa“ und vor allem die neuen sozialen Fragen, wie beispielsweise bezahlbares Wohnen, bieten Mobilisierungs- und Zustimmungschancen nicht nur bei unpopulistischen Wählern. Sie wirken auch weit hinein in das Lager der Populisten.

Die etablierten Parteien sollten diese Chancen nutzen, bevor es die Populisten tun. Solche Optionen und Wege aufzuzeigen, der populistischen Herausforderung zu begegnen, ist das Ziel der vorliegenden Studie.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a horizontal line and a vertical line, resembling the letters 'Aart'.

Aart De Geus

Vorsitzender des Vorstands der Bertelsmann Stiftung

Executive Summary

Populismusbarometer 2018:

Populistische Einstellungen bei Wählern
und Nichtwählern im Jahr 2018

Umfang und Intensität populistischer Einstellungen nehmen weiter zu. Besonders in der politischen Mitte und bei Wählern der Linkspartei. Bislang profitiert davon jedoch vor allem die AfD. Ist die bisherige Strategie der etablierten Parteien gegen den anschwellenden Rechtspopulismus in Deutschland gescheitert?

Mehr als drei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (30,4 Prozent) sind populistisch eingestellt. Das sind etwa 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig hat sich der Anteil explizit unpopulistischer Wähler um gut 11 Prozent verringert. Ein großer Teil der Zunahme populistischer Einstellungen bei allen Wahlberechtigten erklärt sich aus einer zunehmend populistischeren politischen Mitte. Etwa jeder achte Wahlberechtigte (12,7 Prozent) ist derzeit populistisch eingestellt und verortet sich selbst in der politischen Mitte. Im Vorjahr war es noch etwa jeder Neunte. Verschärft wird diese Zunahme des Populismus in der politischen Mitte durch den gleichzeitig um etwas mehr als ein Fünftel abnehmenden Anteil explizit unpopulistischer Wähler.

Profitieren konnten davon bisher vor allem die politischen Ränder und mit Abstand am stärksten die AfD. Sie nutzt ihren Populismus als aktive Mobilisierungsstrategie in der politischen Mitte: Rechte Wähler wählen AfD, weil sie weit rechts steht. In der Mitte wird die AfD dagegen vor allem von populistisch eingestellten Menschen gewählt. Gleiches gilt abgeschwächt auch für die Linkspartei: Auch sie wird von ideologisch linken Wählern als eine programmatisch linke Partei und von Wählern aus der Mitte vor allem als eine populistische Alternative zum etablierten Parteienangebot gewählt.

Das Wählerpotenzial der AfD bleibt dennoch begrenzt, das zeigen die erstmals im Populismusbarometer erhobenen negativen Wahlabsichten: Danach lehnen mehr als sieben von zehn (71 Prozent) aller Wahlberechtigten die AfD grundsätzlich ab und würden sie „auf keinen Fall“ wählen. Damit liegt die AfD in der Wählerablehnung in etwa auf dem Niveau der rechtsextremen NPD.

Als besonders problematisch erweist sich die Zunahme populistischer Einstellungen für die CDU/CSU und abgeschwächt auch für die FDP: Beide Parteien riskieren durch mehr Populismus ihren unpopulistischen Markenkern. Beide haben in der unpopulistischen Mitte mehr zu verlieren als bei populistischen Wählern zu gewinnen. Das nützt vor allem den Grünen, die im klar unpopulistischen Segment der linken Mitte zum Marktführer werden. Gleichzeitig reibt sich die SPD im Spagat zwischen den populistischen und unpopulistischen Segmenten ihrer Wählerschaft zunehmend auf.

Bei den Themen und Sachpositionen zeigen sich vor allem „mehr Europa“ und „mehr Soziales“ als bislang weitgehend verpasste und neue Mobilisierungschancen der etablierten Parteien. Vor allem sozialpolitische Themen erhöhen bei unpopulistischen wie populistischen Wählern die Zustimmungswerte. Eine Chance, die von den etablierten Parteien genutzt werden sollte, bevor die Rechtspopulisten es tun.

Populistische Einstellungen nehmen zu

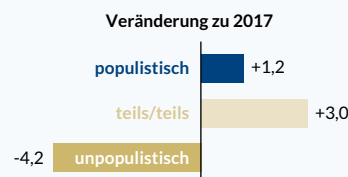
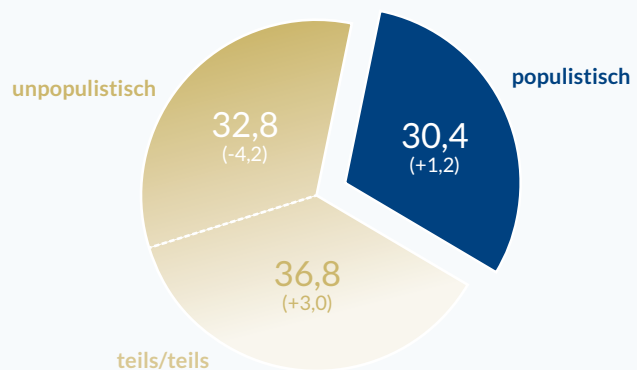
Bereits im Wahljahr 2017 waren populistische Einstellungen in Deutschland weit verbreitet. Seit der Bundestagswahl hat sich dieser Befund weiter verschärft. Populistische Einstellungen nehmen nach Umfang und Intensität weiter zu: Mehr als drei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (30,4 Prozent) sind populistisch eingestellt. Das sind etwa 4 Prozent beziehungsweise 1,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (29,2 Prozent).

Noch deutlicher wird der Trend durch den um mehr als ein Zehntel abnehmenden Anteil gänzlich unpopulistischer Wähler. Ihr Anteil an allen Wahlberechtigten hat sich um gut 11 Prozent verringert. Ein weiteres gutes Drittel (36,8 Prozent) der Wahlberechtigten ist keiner der beiden Gruppen zuzuordnen, also weder explizit populistisch noch explizit unpopulistisch eingestellt. Diese Gruppe der „teils/teils“ eingestellten Wähler ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 9 Prozent gewachsen.

Im Gesamtbild zeigt sich damit eine zunehmend populistisch eingestellte Wählerschaft in Deutschland. Der Anteil unpopulistisch eingestellter Wähler nimmt ab, während gleichzeitig die Anteile der „teils/teils“ populistischen Wähler und der expliziten Populisten spürbar zunehmen.

Wie populistisch sind die Deutschen?

In Prozent aller Wahlberechtigten



Veränderungen zu 2017 in Klammern
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018
(Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag
der Bertelsmann Stiftung.

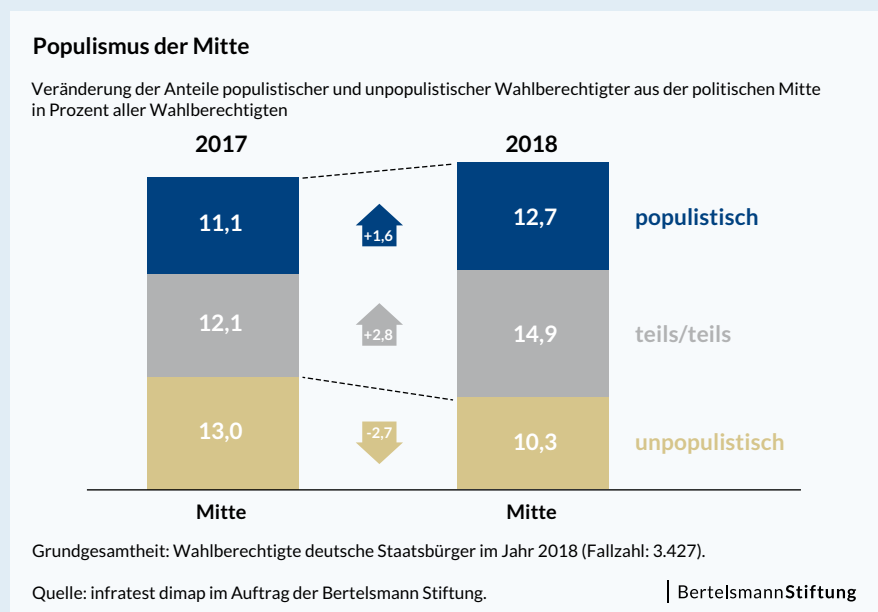
| BertelsmannStiftung

Aber nicht nur der Anteil populistisch eingestellter Wähler hat zugenommen. Auch die Intensität populistischer Einstellungen ist gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Populismusneigung im Durchschnitt aller Wahlberechtigten auf einer Skala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) um 0,22 Skalenpunkte von 5,09 auf 5,31 gestiegen. Auch dies erscheint zunächst marginal, erweist sich jedoch ebenfalls als statistisch signifikante Verschärfung populistischer Neigungen in Deutschland.

Gleichzeitig gilt jedoch auch: Mehr als zwei Drittel aller deutschen Wähler sind nach wie vor nicht oder zumindest nicht explizit populistisch eingestellt. Der im Vergleich zum Vorjahr zunehmende Populismus sollte allerdings Mahnung genug sein, das nicht als eine in Stein gemeißelte Selbstverständlichkeit zu interpretieren. Denn die Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 zeigen: Das allgemeine politische Klima in Deutschland wird populistischer.

Anschwellender Populismus der politischen Mitte

Ein großer Teil der Zunahme populistischer Einstellungen insgesamt erklärt sich aus der zunehmend populistischen politischen Mitte. Etwa jeder achte Wahlberechtigte (12,7 Prozent) ist derzeit populistisch eingestellt und verortet sich selbst in der politischen Mitte. Im Vorjahr war es noch etwa jeder neunte (11,1 Prozent). Das entspricht einer Zunahme um gut 14 Prozent gegenüber dem Wahljahr 2017. Verschärft wird dieser Populismus der politischen Mitte durch den gleichzeitig um etwas mehr als einem Fünftel abnehmenden Anteil explizit unpopulistischer Wähler und den sogar um fast ein Viertel steigenden Anteil immerhin „teils/teils“ populistisch eingestellter Wähler.



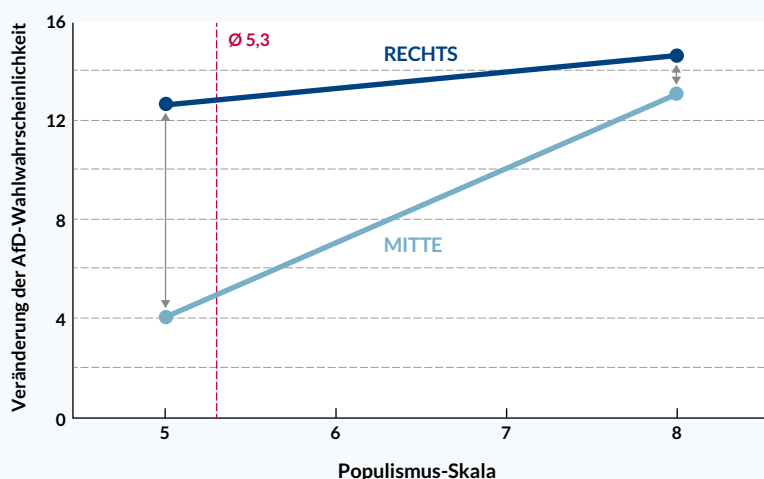
Aber nicht nur der zahlenmäßige Anteil populistisch eingestellter Wähler der Mitte ist gestiegen. Auch die durchschnittliche Populismusneigung hat in der politischen Mitte noch einmal stärker zugenommen als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. In der politischen Mitte finden sich aber nach wie vor auch die meisten explizit unpopulistisch eingestellten Wähler: Etwa jeder zehnte Wahlbürger (10,3 Prozent) ist vollkommen unpopulistisch, und weitere knapp 15 Prozent sind es immerhin zu einem Teil. Bei gut einem Viertel aller Wahlberechtigten handelt es sich damit um nicht populistisch eingestellte Wähler der politischen Mitte.

Aber die Warnsignale bleiben: In keinem anderen Wählersegment fällt die schleichende Zunahme des Populismus so deutlich aus wie in der politischen Mitte.

Das zeigen auch die populistischen Mobilisierungserfolge der AfD in der Mitte: Liegt die Zunahme der Wahrscheinlichkeit, für die AfD zu stimmen, leicht links von der durchschnittlichen Populismusneigung noch bei etwa 4 Prozentpunkten, verdreifacht sie sich mit zunehmender Populismusneigung der Wähler in der politischen Mitte auf 13 Prozentpunkte. Rechte wählen die AfD, weil sie rechts ist, und Wähler aus der Mitte wählen AfD, weil sie populistisch ist. Die Mobilisierungsstrategie der AfD in der Mitte ist ihr Populismus. Damit ist der Populismus eine Art trojanisches Pferd der Rechtspartei AfD in der politischen Mitte. Die AfD-Wähler aus der Mitte wählen populistisch, bekommen aber gleichzeitig eine ideologisch weiter rechts stehende Partei, als es ihrem eigenen ideologischen Standort entspricht, weil die „dünne Ideologie“ des Populismus durch die AfD ideologisch mit rechten Inhalten aufgeladen wird.

Populistische Mobilisierung der Mitte

Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD nach Populismusneigung in der politischen Mitte und Rechts (in Prozentpunkten).



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

CDU/CSU: Preisgabe der unpopulistischen Mitte?

Die CDU/CSU versteht sich selbst als die Volkspartei genau dieser Mitte. In der Rechts-Links-Orientierung ihrer Wähler liegt sie im Populismusbarometer 2018 mit einem Wert von 5,38 nahezu unverändert leicht rechts vom Durchschnitt (4,86). Signifikantere Veränderungen zeigen sich allerdings bei der Populismusneigung ihrer Wähler: Diese steigt sogar noch einmal leicht stärker an als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten.

Der schleichend zunehmende Populismus der Union zeigt sich auch bei den Wahlabsichten: Gegenüber dem Vorjahr hat sie in ihren wählerstärksten Segmenten der Nicht-Populisten an Zustimmung verloren – nicht erdrutschartig, aber spürbar. Daraus ergibt sich für die Union eine sehr klare Botschaft: Durch mehr Populismus würde sie ihren Markenkern als stärkste politische Kraft der unpopulistischen bürgerlichen Mitte preisgeben, ohne dadurch den an die AfD verlorenen rechtspopulistischen Rand wieder zurück zu gewinnen. Sie liefe Gefahr, ihren unpopulistisch-bürgerlichen Markenkern an die Grünen zu verlieren. Die Union befindet sich schon jetzt in einer Zangenbewegung zwischen zunehmend unpopulistisch-bürgerlichen Grünen aus der linksliberalen Mitte und der rechtspopulistischen AfD. Das passive Hinnehmen oder gar aktive Betreiben eines weiter anschwellenden Populismus in ihren Reihen wäre deshalb für die Union eine höchst riskante Strategie mit sehr ungewissem Ausgang.

SPD: Durchschnittlich populistisch, aber standhaft

Die Wähler der SPD zeigen sich zwar nicht als Bollwerk gegen den grassierenden Populismus, aber als immerhin standhaft. Sie sind auch weiterhin lediglich durchschnittlich populistisch gesinnt. Die SPD zeigt damit auch beim Populismus ein ausgeprägt flaches Profil. Nach Populismusneigung unterscheiden sich die Wahlergebnisse der SPD nur wenig. Sie wird von unpopulistischen und populistischen Wählern in etwa gleichem Maße gewählt. Ihr Wählerprofil ist jedenfalls auf der Links-Rechts-Achse sehr viel deutlicher profiliert als auf der Populismusachse.

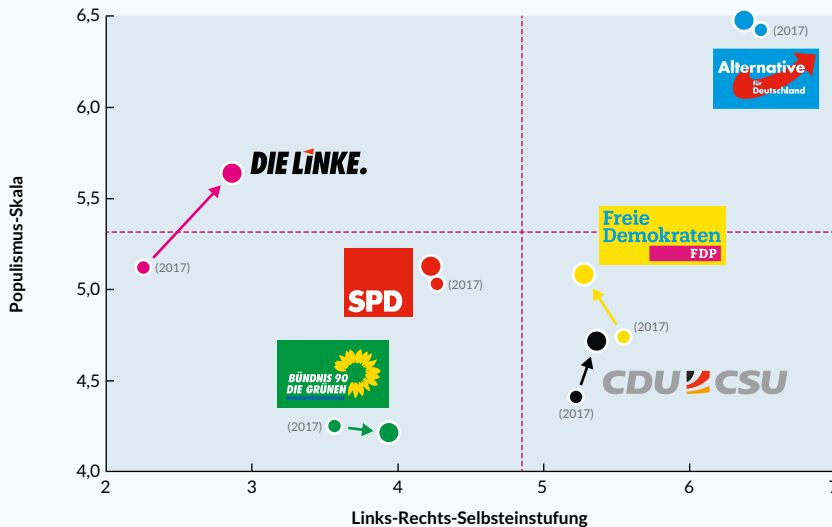
Bei insgesamt deutlich abnehmenden Zustimmungswerten steht die SPD damit vor der Herausforderung, sich gleichzeitig um ihre eher populistisch sowie ihre unpopulistisch orientierte Wählergruppe zu kümmern. In diesem Spagat reibt sie sich derzeit zunehmend auf.

AfD: Populismus und rechter Rand

Ganz anders die AfD: Keine andere Partei hat ein so extrem konturiertes Populismusprofil. Und keine andere Partei steht nach der Selbsteinschätzung ihrer Wähler ideologisch so weit rechts wie die AfD. Mit einem Wert von 6,49 auf der Populismus-Skala und von 6,38 bezogen auf die Rechtsorientierung ist die AfD eine lupenrein rechtspopulistische Partei. An dieser Verortung hat sich auch seit der Bundestagswahl 2017 nichts verändert. Am ganz rechten Rand der Populisten

Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung

Signifikante Veränderungen zu 2017 sind durch Pfeile dargestellt.



Anmerkung: Punkte zeigen ungewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteien; Gestrichelte rote Linien zeigen gewichteten Durchschnitt aller Wahlberechtigten.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

in Deutschland liegt das Wahlergebnis der AfD bei 70 Prozent, das heißt, sieben von zehn Rechtspopulisten wählen AfD.

Bei den unpopulistischen Wählern fällt die Zustimmung zur AfD deutlich geringer aus. Links von der Mitte wählt praktisch kein einziger unpopulistischer Wähler die AfD. Erst rechts von der Mitte gelingt es der AfD, auch unpopulistische Wähler für sich zu gewinnen. Im ganz rechten Spektrum dominiert dann jedoch auch bei den nicht populistischen Wählern ihre ideologisch deutliche Rechtsorientierung. Dadurch landet die AfD auch bei den stark rechten Nicht-Populisten bei durchschnittlich immerhin etwa 30 Prozent.

Die Grünen: Unpopulistischer Linksliberalismus als Markenkern

Die Grünen entwickeln sich in der deutschen Parteienlandschaft zur unpopulistischen Führungskraft leicht links von der Mitte. Schon zur Bundestagswahl 2017 zeigte ihre Wählerschaft ein eher unpopulistisches Profil, inzwischen liegen die Grünen auf der Populismusskala bei deutlich unterdurchschnittlichen 4,20 (-0,04). Gleichzeitig bewegen sich die Wähler der Grünen ideologisch weiter in Richtung Mitte. Zwar hat die Partei damit keinen Rechtsruck vollzogen, sich aber noch einmal signifikant in Richtung der politischen Mitte bewegt.

Die unpopulistische linke Mitte wird damit zum neuen Alleinstellungsmerkmal und Markenkern der Grünen. Auch das insgesamt deutlich verbesserte Niveau der Wählerzustimmung liegt vor allem an der wachsenden Zustimmung bei den unpopulistischen Wählern. Hier erreichen die Grünen inzwischen bis zu 25 Prozent: Je unpopulistischer ein Wähler, umso eher wählt er grün.

Die Linke: Populistische Versuchung am linken Rand

Im Gegensatz dazu kann oder will das Lager der Linkspartei der Versuchung einer stärker populistischen Orientierung nicht widerstehen. Ihre Wähler haben sich nach Populismusneigung und ideologischer Orientierung gegenüber der Bundestagswahl 2017 signifikant verändert: Sie erweisen sich im Populismusbarometer 2018 populistischer und gleichzeitig etwas weniger links als im Vorjahr. Dennoch bleiben sie auch im Jahr 2018 noch deutlich weniger populistisch eingestellt als die Wähler der AfD.

Die Linke zeigt damit tendenziell eine ähnliche Reaktion auf die populistische Herausforderung der AfD wie die CDU/CSU und die FDP: Sie sucht und findet ganz offenbar ihren zusätzlichen Wählerzuspruch vor allem in eher populistischen Segmenten der Wählerschaft. Im Gegensatz zur Union und zur FDP scheint der Linken das bisher jedoch im Saldo eher genützt zu haben. Ihr Zustimmungsniveau hat sich gegenüber dem Vorjahr jedenfalls verbessert. Ob eine stärkere populistische Ausrichtung der Linken sich jedoch auch künftig auszahlt, bleibt fraglich. Auch sie riskiert die Unterstützung ihrer ideologisch linken Nicht-Populisten, die im Vergleich zu den populistisch eingestellten Wählern der Linken zwar zahlenmäßig unter den Wählern der Linken weniger sind, aber als große, und bei den Mitgliedern und Funktionären der Partei eher überrepräsentierte Wählergruppe unverzichtbar bleiben.

FDP: Zunehmender Populismus der bürgerlichen Mitte

Auch bei den Wählern der FDP zeigt sich im Jahr 2018 eine stärker ausgeprägte Populismusneigung als noch im Jahr der Bundestagswahl. In der Rechts-Links-Orientierung ihrer Wähler bleibt die FDP jedoch leicht rechts vom Durchschnitt der ideologischen Mitte verortet, nahezu gleichauf mit der CDU/CSU. Im Gesamtbild gilt auch für die FDP, dass ihre Wählerschaft ein vergleichsweise flaches Populismusprofil aufweist, sich also sowohl populistisch eingestellte Wähler für die FDP entscheiden als auch explizit unpopulistische Wähler. Ähnlich wie für die SPD wäre auch für die FDP mehr Populismus riskant und würde ihren unpopulistischen Kern der bürgerlichen Wähler leicht rechts von der Mitte gefährden.

Aber mit welchen Themen und Sachpositionen könnten die Parteien den Brückenschlag schaffen und unpopulistisch eingestellte Wähler ebenso erreichen und mobilisieren wie populistische Wähler?

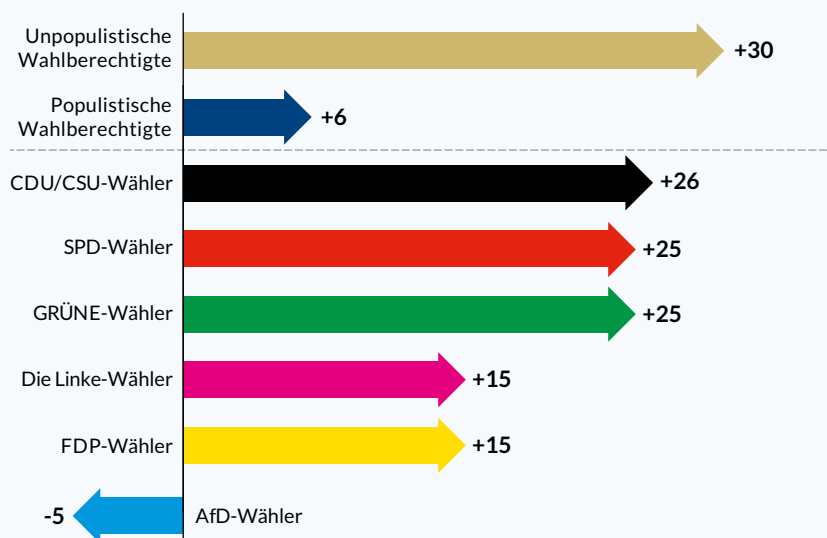
„Mehr Europa“ als verpasste Mobilisierungschance

Ein Beispiel dafür ist die Europapolitik: „Mehr Europa“ mobilisiert! Kein anderes Thema hat derzeit ein ähnlich hohes positives Mobilisierungspotenzial wie die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU). Im Durchschnitt aller Wähler erhöhen sich durch die Forderung nach einer „Verstärkung der Zusammenarbeit in der EU“ gegenüber einem „Austritt aus der EU“ die Zustimmungswerte für einen Kandidaten um 18 Prozentpunkte. Bei den unpopulistischen Wählern erhöht das die Zustimmungswerte um fast 30 Prozentpunkte. Sogar bei populistischen Wählern könnte ein Kandidat mit „mehr Europa“ seine Zustimmungswerte leicht verbessern. Am stärksten wäre der Zustimmungsgewinn im Wählerlager der CDU/CSU, dicht gefolgt von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Auch die Linkspartei und die FDP könnten von einer „mehr Europa“-Programmatik profitieren, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Einzige Ausnahme bleibt mit einem leicht negativen Effekt die AfD.

Das Gesamtbild zeigt: „Mehr Europa“ ist eine starke und positive Mobilisierungschance, vor allem im Lager der unpopulistischen Wähler, ohne dabei eine negative Gegenmobilisierung aus dem populistischen Lager fürchten zu müssen. Der Verzicht aller Parteien auf eine explizit proeuropäische Kampagnenführung war schon im Bundestagswahlkampf 2017 eine besonders fahrlässig verpasste positive Mobilisierungschance. Vor allem wohl für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten

„Mehr Europa“ als verpasste Mobilisierungschance

Verbesserung der Zustimmungswerte für einen Kandidaten, der sich „für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU“ einsetzt...



Mobilisierungseffekt in Prozentpunkten
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Martin Schulz. Daran hat sich bis heute nichts geändert. „Mehr Europa“ wäre ein Erfolgsrezept unpopulistischer Wählermobilisierung – und zwar ohne das Risiko einer mit dem Flüchtlingsthema vergleichbaren populistischen Gegenmobilisierung. Es müsste sich nur jemand trauen. Mit „mehr Europa“ lassen sich auch in Deutschland Wahlen gewinnen – nicht nur in Frankreich!

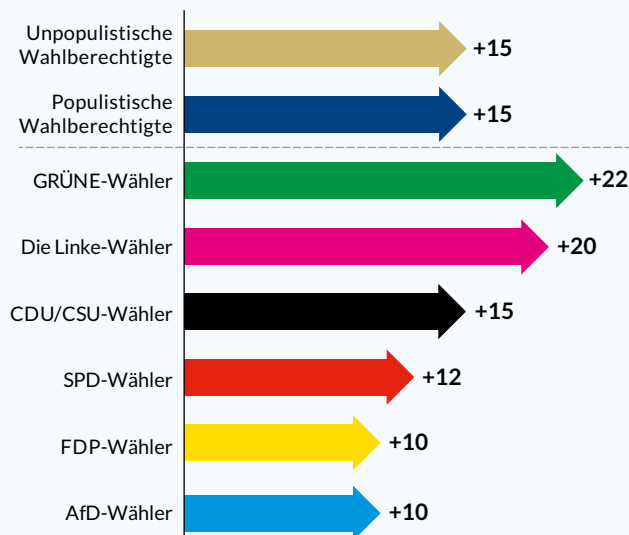
„Mehr sozialer Wohnungsbau“ als neue Mobilisierungschance

Erstmals analysiert wurde im Populismusbarometer 2018 auch die Wohnungsbaupolitik. Und am Beispiel der Forderung nach „mehr sozialem Wohnungsbau“ zeigt sich exemplarisch die starke Mobilisierungskraft sozialpolitischer Themen, bis weit in die populistischen Segmente der deutschen Wählerschaft. Auffallend und politisch interessant ist beim Thema sozialer Wohnungsbau nämlich die fast vollständige Übereinstimmung zwischen dem populistischen und unpopulistischen Wählerlager. Die Forderung „viel höherer Investitionen in den sozialen Wohnungsbau“ erhöht die Zustimmung bei Populisten und Nicht-Populisten um jeweils 15 Prozentpunkte.

Das bedeutet: Mit dem sozialpolitischen Verteilungsthema „Mehr sozialer Wohnungsbau“ verfügen die Parteien über die Chance einer lagerübergreifenden Ansprache und Wählermobilisierung. Mit größeren Anstrengungen im sozialen

„Mehr sozialer Wohnungsbau“ als neue Mobilisierungschance

Verbesserung der Zustimmungswerte für einen Kandidaten, der sich „für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau“ einsetzt...



Mobilisierungseffekt in Prozentpunkten
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

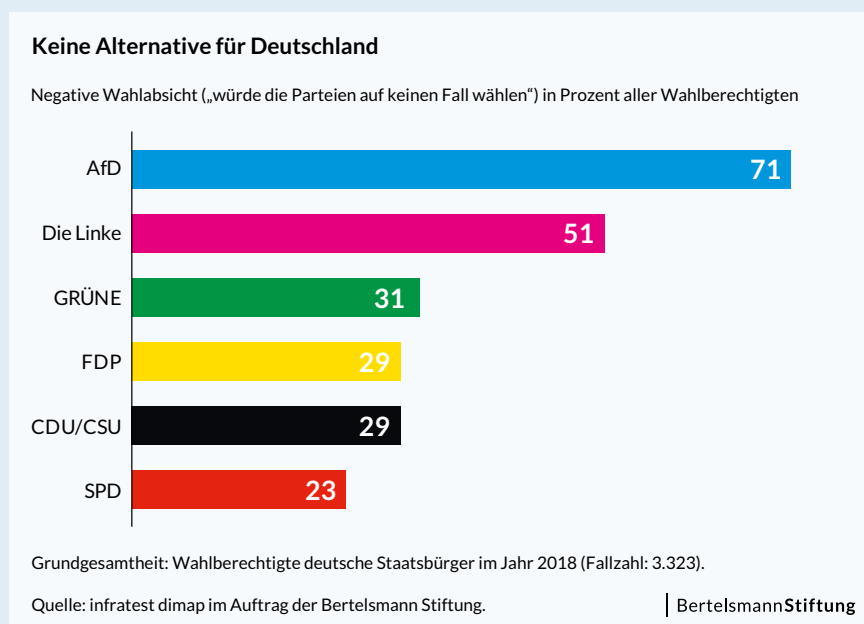
Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Wohnungsbau lassen sich – wie bei anderen sozialpolitischen Umverteilungsthemen auch – Populisten und Nicht-Populisten gleichermaßen stark mobilisieren und gewinnen. Eine Chance, die von den etablierten Parteien genutzt werden sollte, bevor es die Populisten tun.

Keine Alternative für Deutschland

Parteipolitisch profitieren vom zunehmenden Populismus der Wähler derzeit vor allem die politischen Ränder. Abgeschwächt gilt das für die Linke am linken Rand und noch sehr viel stärker für die AfD am rechten Rand. Das zeigen ihre scheinbar stetig weiter steigenden Wahlergebnisse und Umfragewerte. Häufig übersehen wird dabei jedoch, dass die Ablehnung der AfD bei der übergroßen Mehrheit aller Wahlberechtigten mindestens so intensiv ist wie die Zustimmung ihrer Anhänger. Das zeigen die dazu im Populismusbarometer 2018 erstmals erhobenen negativen Wahlabsichten der Wähler in Deutschland.



Danach würden 71 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland die AfD „auf keinen Fall wählen“. Mehr als sieben von zehn Wahlberechtigten lehnen die AfD also sehr deutlich ab. Bei den anderen Parteien liegt diese Abneigung auf deutlich geringerem Niveau. Lediglich die Linkspartei liegt mit 51 Prozent etwas näher an der AfD, aber ebenfalls noch immer weit unterhalb der Ablehnungswerte der AfD. Keine andere Partei wird also so sehr von den Wählern abgelehnt wie die AfD. Sie liegt mit dieser massiven Wählerablehnung in etwa auf dem Niveau der rechts-extremen NPD. Für eine übergroße Mehrheit aller Wähler gilt sie als unwählbar. Auch für die AfD gibt es in der Wählermobilisierung deshalb so etwas wie eine „gläserne Decke“ – und die hängt sehr viel tiefer und ist sehr viel massiver als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

Fazit: Brauchen wir einen neuen „Antipopulismus“?

Die bisherigen Bemühungen der etablierten Parteien, den Rechtspopulismus der AfD einzudämmen, sind vorerst gescheitert. Das zeigen auch die Befunde des Populismusbarometer 2018: Populistische Einstellungen bleiben weit verbreitet und nehmen in Umfang und Intensität vor allem in der politischen Mitte sogar noch einmal spürbar zu. Davon profitiert vor allem die AfD.

Aber was bedeutet das für den Umgang mit der AfD und dem anschwellenden Rechtspopulismus in Deutschland? Brauchen auch die etablierten Parteien mehr Populismus? Oder sollten sie eher auf einen „antipopulistischen“ Strategiewechsel setzen? Und wenn ja, wie könnte der aussehen?

Zunächst: Anschwellender Populismus ist in Demokratien immer ein Symptom. Er ist nie ohne Grund erfolgreich. Er hat Ursachen. Auch in Deutschland!

Ebenso klar ist aber auch: Feuer bekämpft man nicht mit Brandbeschleunigern. Populismus mit Populismus zu bekämpfen birgt zumindest die Gefahr das Problem zu vergrößern anstatt es zu lösen.

Fundament jedes „Antipopulismus“ muss deshalb das Erkennen und Bekämpfen seiner eigentlichen Ursachen sein. Und die liegen tiefer als die populistischen Symptome alleine es anzeigen. Soziale Spaltung, gesellschaftliche Desintegration und Segmentierung, neue kulturelle und soziale Konfliktlinien sowie die noch immer unvollendete Einheit sind dafür nur einige Stichworte. Andere Ursachen betreffen den Zustand der Demokratie selbst: Die Erosion der Volksparteien, Repräsentationslücken und Responsivitätsdefizite und ein zunehmend selbst-bezüglicher kosmopolitischer Elitendiskurs, der kommunitaristische Werte und Problemlösungsstrategien weitgehend negiert. Populisten haben darauf erkennbar keine eigenen Antworten und Lösungen. Aber sie profitieren von diesem Zustand, solange auch die etablierten Parteien keine Antworten haben.

Erfolgreicher „Antipopulismus“ muss also neue Lösungen finden, Brücken schlagen und Konfliktlinien überwinden. Voraussetzung dafür ist, bestehende Responsivitätsdefizite zu erkennen und zu verringern. Mehr soziale Gerechtigkeit und die Überwindung der sozialen und kulturellen Spaltungen der Gesellschaft, stehen dabei im Mittelpunkt, das zeigen auch die Befunde aus dem Populismusbarometer 2018. Aber so notwendig solche Politikwechsel auch sind: Allein hinreichend sind sie noch nicht. „Antipopulismus“ muss auch selbst „populär“ sein, muss die Menschen ansprechen, sie in ihrer Sprache erreichen, in ihrer Lebenswelt abholen und anerkennen und die entstandene Distanz zwischen etablierter Politik und ihren Bürgern verringern. Dazu muss „Antipopulismus“ nicht selbst populistisch werden. Aber „populär“ muss er sein, sonst gewinnt er keine Mehrheiten in der Demokratie, die es aber braucht um Veränderungen zu erreichen.

Was ist Populismus?

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen:

		POPULISTISCH EINGESTELLT			
		stimme voll und ganz zu	oder	stimme eher zu	
Die Bürger sind sich oft einig, aber die Politiker verfolgen ganz andere Ziele.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Die politischen Differenzen zwischen den Bürgern und Politikern sind größer als die Differenzen der Bürger untereinander.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Die Politiker im Bundestag sollten immer dem Willen der Bürger folgen.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐
Was man in der Politik „Kompromiss“ nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien.		☐		☐	stimme eher nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu ☐

Quelle: Eigene Items sowie Items aus Hawkins et al. (2012) und Akkerman et al. (2013).

| BertelsmannStiftung

KURZ ERKLÄRT: Populismus als eine bestimmte Idee von Demokratie ist definiert durch die Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk“ und „korrupten Eliten“, die Idee eines allgemeinen Volkswillens und die Idee gesellschaftlicher Homogenität. Daraus ergeben sich die drei konstituierenden Dimensionen von Populismus: „Anti-Establishment“, „Pro-Volkssouveränität“ und „Anti-Pluralismus“. In diesen drei Dimensionen lassen sich populistische Einstellungen auch empirisch durch Umfragen messen: Je stärker Wähler Aussagen und Positionen vertreten, die den drei Populismus-Dimensionen entsprechen, umso populistischer sind sie. Die im Populismusbarometer verwendeten acht Items zur Identifikation von Populismus wurden in zahlreichen Studien entwickelt und getestet (z.B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012). Sie werden heute in dieser oder ähnlicher Form als weithin akzeptierter methodischer Standard zur vergleichenden Messung populistischer Einstellungen verwendet (Kaltwasser 2017; Van Hauwaert und van Kessel 2018). Wichtig für das Verständnis von Populismus ist, dass keine der drei Dimensionen alleine hinreichend ist für die Identifikation populistischer Einstellungen. Alle drei Dimensionen sind notwendige Bedingungen für Populismus und müssen gleichzeitig erfüllt sein. Gleiches gilt auch für die acht verschiedenen Items: Nur im gleichzeitigen Zusammenspiel wird aus den einzelnen Aussagen ein insgesamt populistisches Demokratie- und Politikverständnis. Deshalb gilt in unserem Populismusbarometer nur derjenige als „populistisch“, der allen acht Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmt. Befragte, die mindestens einer Aussage „überhaupt nicht“ zustimmen, oder mindestens der Hälfte der acht Aussagen „eher nicht“ zustimmen, werden dagegen als unpopulistisch eingestellt bezeichnet. Alle anderen Befragten sind weder populistisch noch unpopulistisch eingestellt und fallen in die Kategorie „teils/teils“.

1. Wie populistisch sind die Deutschen?

Reichweite und Profil populistischer Einstellungen der
wahlberechtigten Bevölkerung im Jahr 2018

Das allgemeine politische Klima in Deutschland wird populistischer. Umfang und Intensität populistischer Einstellungen nehmen weiter zu. Besonders in der politischen Mitte: In keinem anderen Wählersegment fiel die schleichende Zunahme des Populismus so deutlich aus wie hier.

Mehr als drei von zehn (30,4 Prozent) Wahlberechtigten sind derzeit populistisch eingestellt. Das sind etwa 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig hat sich der Anteil explizit unpopulistischer Wähler um gut 11 Prozent verringert. Ein großer Teil dieser Zunahme populistischer Einstellungen erklärt sich aus einer zunehmend populistischen politischen Mitte. Etwa jeder achte Wahlberechtigte (12,7 Prozent) ist derzeit populistisch eingestellt und verortet sich zugleich in der politischen Mitte. Das entspricht einer Zunahme von gut 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig nahm der Anteil zumindest „teils/teils“ populistisch eingestellter Wahlberechtigter um fast ein Viertel zu und der Anteil unpopulistischer Wahlberechtigter um gut ein Fünftel ab. Auch die Intensität populistischer Einstellungen hat in der politischen Mitte überdurchschnittlich zugenommen.

Die Verteilung populistischer Einstellungen bleibt – wie im Vorjahr – sozial gespalten: Je geringer der formale Bildungsstand und das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Weil die Wahlbeteiligung in Deutschland ebenfalls sozial gespalten bleibt, sind auch 2018 Nichtwähler häufiger populistisch eingestellt als Wähler.

Das Populismusbarometer zeigt zudem, dass viele Befragte ihren Populismus übertreiben. Sie äußern sich populistischer als es ihren „wahren“ Einstellungen entspricht. Auch das weist auf ein zunehmend populistisches Meinungsklima in Deutschland hin. Populismus wird in Deutschland zunehmend populär. Sich populistisch zu äußern, erscheint vielen Menschen als ein „sozial erwünschtes“ Verhalten.

Zwar bleibt der Populismus in Deutschland in seiner Ausprägung eher „moderat“. Auch Populisten unterstützen in Deutschland das System der Demokratie, sie sind aber massiv unzufrieden damit, wie es funktioniert. Ihr illiberales Verständnis von Demokratie macht auch „moderate“ Populisten zu einer Herausforderung für die liberale Demokratie.

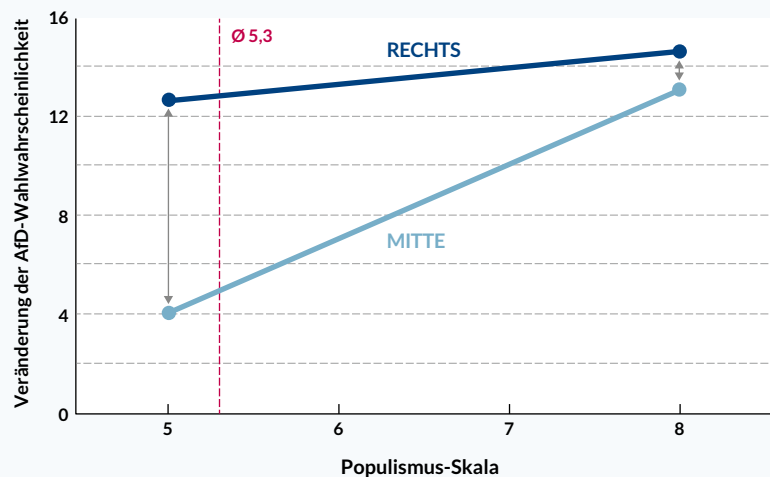
IM FOKUS

Populistische Mobilisierung der Mitte

Der sich verschärfende Populismus der politischen Mitte ist das beunruhigendste Kernergebnis des Populismusbarometer 2018. Umfang und Intensität populistischer Einstellungen haben sich gegenüber dem Wahljahr 2017 vor allem in der politischen Mitte noch einmal signifikant verschärft. Nicht erdrstuchartig, sondern schleichend. Aber spürbar, ohne eingebaute Bremse und ohne die Garantie, dass die Populisten ihr Wählerpotenzial in der Mitte bereits ausgeschöpft hätten – zumal sich mit der AfD zumindest vorläufig eine Partei etabliert hat, die diesen Populismus der Mitte als Strategie zur Vergrößerung ihrer Wählerschaft aktiv schürt. Und das nicht ohne Erfolg, wie die Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 zeigen: Zwar wählen die zahlreichen weit rechts stehenden Anhänger der AfD die Partei vor allem, weil sie sie ideologisch klar rechts einordnen. Das Erfolgsrezept der AfD in der politischen Mitte ist jedoch ihr ausgeprägter Populismus. Das zeigt die folgende Abbildung der Zunahme der Wahlabsichten für die AfD im rechten Spektrum und in der politischen Mitte, jeweils in Abhängigkeit von der Populismusneigung.

Populistische Mobilisierung der Mitte

Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD nach Populismusneigung in der politischen Mitte und Rechts (in Prozentpunkten).



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Analyse verdeutlicht: Die Veränderung der Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen, nimmt mit zunehmendem Populismus in der Mitte deutlich stärker zu als bei den rechten Wählern der AfD. Liegt die Zunahme der Wahrscheinlichkeit, für die AfD zu stimmen, leicht links von der durchschnittlichen Populismusneigung noch bei etwa 4 Prozentpunkten, verdreifacht sie sich mit zunehmender Populismusneigung der Wähler in der politischen Mitte auf 13 Prozentpunkte. Gleichzeitig schrumpft der Abstand zwischen den rechten Wählern der AfD und denen aus der Mitte von etwa 9 Prozentpunkten bei den leicht unterdurchschnittlich populistischen Wählern auf nur noch etwa 2 Prozentpunkte bei den sehr populistisch eingestellten Wählern.

Zwar gilt dennoch, dass Rechte deutlich häufiger die AfD wählen als Wähler aus der Mitte. Hier hat der ausgeprägte Populismus der AfD aber eine höhere Mobilisierungskraft als im rechten Spektrum. Der ausgeprägte Populismus der AfD übernimmt in der politischen Mitte eine ähnliche Mobilisierungsfunktion wie ihre ausgeprägt rechte Positionierung bei ihren rechten und extrem rechten Anhängern. In Zusammenspiel entstehen daraus die Wahlergebnisse einer lupenrein rechtspopulistischen Partei, die im rechtspopulistischen Wählersegment mehr als zwei Drittel aller Wähler erreicht.

„Populismus ist das trojanische Pferd der AfD in der politischen Mitte.“

Vereinfacht zusammengefasst: Rechte wählen AfD, weil sie rechts ist. Wähler der Mitte wählen AfD, weil sie populistisch ist. Populismus ist damit das trojanische Pferd der AfD in der politischen Mitte. Nimmt der Populismus in der Mitte zu, erhöht das die Mobilisierungschancen der AfD. Versuchen die etablierten Parteien den Populismus der AfD nachzuahmen, erhöht das ebenfalls vor allem die Wahlchancen der AfD, weil es hauptsächlich die Akzeptanz und Salienz populistischer Positionen erhöht und die populistisch mobilisierten Wähler sich dann zumindest derzeit noch lieber für das Original entscheiden. Das war der strategische Fehler der CSU im Sommer 2018 (vgl. dazu den EINWURF 3/2018 „Preisgabe der Mitte“).

Ergo bleibt den etablierten Parteien nur, die eigentlichen Ursachen des Populismus zu erkunden und aktiv zu bekämpfen: Durch kluge Politik und eine klare Haltung, die mit dem Anspruch verbunden ist, die politische Mitte über die Gefahren des Populismus für die Demokratie aufzuklären und den anschwellenden Populismus der Mitte zu stoppen. Wie das geht, zeigen im Moment vor allem die Grünen (vgl. dazu Kapitel 3 dieser Studie).

Was ist Populismus?

Populismus scheint sich zur Signatur der Demokratie im 21. Jahrhundert zu entwickeln. Seit der Wahl von Donald Trump, dem Brexit und dem Erstarren rechts- und linkspopulistischer Bewegungen auch in vielen Demokratien des Westens wird von einem neuen „Zeitalter des Populismus“ gesprochen. Populismus ist zur zentralen Herausforderung für die Zukunft der liberalen Demokratien geworden. Diese realpolitische Herausforderung spiegelt sich auch in der Demokratieforschung und hat zu zahlreichen neuen Publikationen und einer Ausweitung der Forschungsanstrengungen geführt. Dadurch konnten zwar begriffliche Definitionen geschärft und das Verständnis und Wissen über die Erscheinungsformen und Ursachen von Populismus verbessert werden (Kaltwasser et al., *The Oxford Handbook of Populism* 2017), ohne dabei jedoch einen allgemein akzeptierten wissenschaftlichen Konsens zu erreichen. Wie in der öffentlichen Diskussion bleibt Populismus auch in der Wissenschaft ein vieldeutiger und unterschiedlich verwendeter Begriff. Und einem mühsam wachsenden wissenschaftlichen Konsens steht eine von eher beliebigen Zuschreibungen und Vorurteilen geprägte öffentliche Diskussion und politische Auseinandersetzung über Populismus gegenüber. Ralf Dahrendorf hat darauf verwiesen, dass die Grenze zwischen Demokratie und Populismus sowie zwischen Wahlkampfdebatte und Demagogie nicht immer leicht zu ziehen sei: „Es ist daher Vorsicht am Platze bei der Verwendung der Begriffe. Der Populismus-Vorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente“ (Dahrendorf 2003, S. 156).

Was also ist Populismus? Wie lässt er sich eindeutig und aussagekräftig definieren, (wie) lässt er sich empirisch messen und welche Definitionen und Messkonzepte verwendet das hier vorgestellte Populismusbarometer, um festzustellen, wie populistisch die Deutschen sind?

Populismus wird heute meist entweder in einem weiteren Sinne definiert als ein soziokulturell geprägter politischer Stil (Jagers und Walgrave 2007, Ostiguy 2018), eine strategische Form der politischen Mobilisierung und Organisation (Roberts 2006, Weyland 2018) oder in einem spezifisch ideologischen Sinn als eine bestimmte Idee über Politik und Demokratie, deren Normen, Verfahren und Funktionsweise. Die empirische Forschung knüpft an diese ideologische Definition von Populismus an und beschreibt ihn als eine „dünne Ideologie“ (Mudde 2004). Gemeint ist damit, dass Populismus vor allem ein bestimmtes Verständnis von Demokratie, ihren Verfahren und ihrer Funktionsweise ist, das nicht von vornherein mit einer bestimmten Ideologie verbunden ist. Vielmehr lässt sich Populismus als „dünne Ideologie“ mit sehr unterschiedlichen politischen Programmen und „dicken“ beziehungsweise „vollständigen“ Ideologien wie Sozialismus, Liberalismus oder Konservatismus verbinden (Mudde und Kaltwasser 2013, Stanley 2008).

Das Populismusbarometer folgt konzeptionell dem ideologischen Ansatz und definiert Populismus als ein bestimmtes Verständnis von Politik und Demokratie, ihrer Normen, Institutionen, Verfahren und Funktionsweisen. Das entspricht zum einen dem wachsenden Konsens zumindest der empirisch-vergleichenden Populismusforschung. Zum anderen erlaubt dieses Verständnis, das Phänomen des Populismus zu operationalisieren, durch Umfragen messbar zu machen und ermöglicht damit auch Länder- und Zeitvergleiche. Darüber hinaus macht es

durch konzeptionelle Klarheit auch für die öffentliche und politische Diskussion ein Angebot, die Beliebigkeit in der Verwendung des Begriffs Populismus zu reduzieren.

Populismus als eine bestimmte Idee von „Demokratie“ ist definiert durch die Unterscheidung zwischen einem „wahren Volk“ und „korrupten Eliten“, die Idee eines allgemeinen Volkswillens, und die Idee gesellschaftlicher Homogenität. Daraus ergeben sich die drei konstituierenden Dimensionen von Populismus: „Anti-Establishment“, „Pro-Volkssouveränität“ und „Anti-Pluralismus“.

Drei Dimensionen des Populismus

- Die „Anti-Establishment“-Dimension definiert Populismus als „eine Ideologie, welche die Gesellschaft (...) in zwei homogene und antagonistische Gruppen unterteilt, das reine Volk gegen die korrupten Eliten“ (Mudde 2004, S. 543, übersetzt aus dem Englischen). Populisten argumentieren, dass die korrupten Eliten ihre eigenen Interessen gegen die wahren Interessen des reinen Volkes durchsetzen, als dessen Vertreter sie sich begreifen.
- Die „Pro-Volkssouveränität“-Dimension definiert Populismus darüber hinaus als Idee und Forderung einer direkten und unmittelbaren Herrschaft des Volkes („the people“), der sogenannten „Volkssouveränität“ (Mair 2002, Meny und Surel 2002). Populisten fordern deshalb, dass wichtige Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden sollten, unmittelbar und ungefiltert durch die Institutionen der liberalen und repräsentativen Demokratie und unverfälscht durch elitäre und partikuläre Parteiinteressen.
- Die „Anti-Pluralismus“-Dimension definiert Populismus schließlich als eine politische Idee von Homogenität sowohl der politischen Elite als auch des Volkes, die jeweils als homogene Einheit ohne Differenzierung in heterogene Gruppen oder Individuen gesehen werden (Müller 2016, Mudde 2017). Populisten begreifen gesellschaftliche Auseinandersetzungen deshalb als Konflikte zwischen dem „einen“, guten und wahren Volk und dem „einen“, korrupten und bösen Establishment.

In diesen drei Dimensionen lassen sich populistische Einstellungen auch empirisch durch Umfragen messen: Je stärker Wähler Aussagen und Positionen vertreten, die den „Anti-Establishment“- , „Pro-Volkssouveränität“- und „Anti-Pluralismus“-Dimensionen entsprechen, umso populistischer sind sie.

Wie populistisch sind die Deutschen nach diesen Kriterien? Wie „radikal“ oder „moderat“ ist ihr Populismus, und wie sehr verbinden sie ihn mit linken oder rechten Ideologien?

Der Grad populistischer Einstellungen wird im Populismusbarometer anhand der Zustimmung zu den folgenden acht typischen populistischen Einstellungen operationalisiert und gemessen:

ABBILDUNG 1 Was ist Populismus?

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen:

		POPULISTISCH EINGESTELLT			
		stimme voll und ganz zu	oder	stimme eher zu	
Die Bürger sind sich oft einig, aber die Politiker verfolgen ganz andere Ziele.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Die politischen Differenzen zwischen den Bürgern und Politikern sind größer als die Differenzen der Bürger untereinander.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Die Politiker im Bundestag sollten immer dem Willen der Bürger folgen.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu
Was man in der Politik „Kompromiss“ nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien.		☐		☐	stimme eher nicht zu stimme überhaupt nicht zu

Quelle: Eigene Items sowie Items aus Hawkins et al. (2012) und Akkerman et al. (2013).

| BertelsmannStiftung

Die verwendeten acht Items zur Identifikation von Populismus wurden in zahlreichen Studien entwickelt und getestet (z.B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012). Sie werden heute in dieser oder ähnlicher Form als weithin akzeptierter methodischer Standard zur vergleichenden Messung populistischer Einstellungen verwendet (Kaltwasser 2017; Van Hauwaert und van Kessel 2018). Insofern entspricht das Messkonzept des Populismusbarometers dem Stand der Wissenschaft. Die ersten vier Aussagen stehen für den Gegensatz zwischen politischer Elite und Bürgern. Sie bilden die „Anti-Establishment“-Dimension des Populismus ab. Die letzten vier Aussagen stehen für die Idee der Bürger als homogener Einheit. Sie bilden die „Anti-Pluralismus“-Dimension des Populismus ab. Die Aussagen 2, 5 und 6 (von oben gezählt) betonen schließlich den Wunsch nach direkter Volksherrschaft durch Referenden und die Repräsentation durch „einfache Bürger“ anstatt durch Parteien und Politiker. Sie stehen für die „Pro-Volkssouveränität“-Dimension des Populismus.

Wichtig für das Verständnis von Populismus ist, dass keine der drei Dimensionen alleine hinreichend ist für die Identifikation populistischer Einstellungen. Alle drei Dimensionen sind notwendige Bedingungen für Populismus und müssen gleichzeitig erfüllt sein. Erst ihr Zusammenspiel formt den ideologischen Kern des Populismus als einer Ideologie der Demokratie, die von der Fiktion eines reinen Volkes – ausgestattet mit einem einheitlichen und wahren Volkswillen – ausgeht und gesellschaftliche Auseinandersetzungen als Konflikt zwischen diesem wahren Volkswillen und den egoistischen Interessen einer ebenso homogenen wie korrupten politischen Elite begreift.

Die gleiche Interdependenz gilt auch für die acht Items, die auf die drei Populismus-Dimensionen bezogen sind: So ist beispielsweise nicht der Wunsch nach mehr Volksabstimmungen (Item 5) alleine bereits populistisch. Aber die Forderung nach mehr direkter Demokratie wird populistisch, wenn sie gleichzeitig verbunden ist mit der anti-pluralistischen Fiktion eines einheitlichen Volkswillens (Item 7). Wie für die drei Dimensionen des Populismus gilt deshalb auch für die acht Populismus-Items: Nur im gleichzeitigen Zusammenspiel wird aus den einzelnen Aussagen ein insgesamt populistisches Demokratie- und Politikverständnis. Deshalb gilt in unserem Populismusbarometer nur derjenige als „Populist“, der allen acht Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmt. Befragte, die mindestens einer Aussage „überhaupt nicht“ zustimmen, oder mindestens der Hälfte der acht Aussagen „eher nicht“ zustimmen, werden dagegen als unpopulistisch eingestellt bezeichnet. Alle anderen Befragten sind weder populistisch noch unpopulistisch eingestellt, und fallen in die Kategorie „teils/teils“.

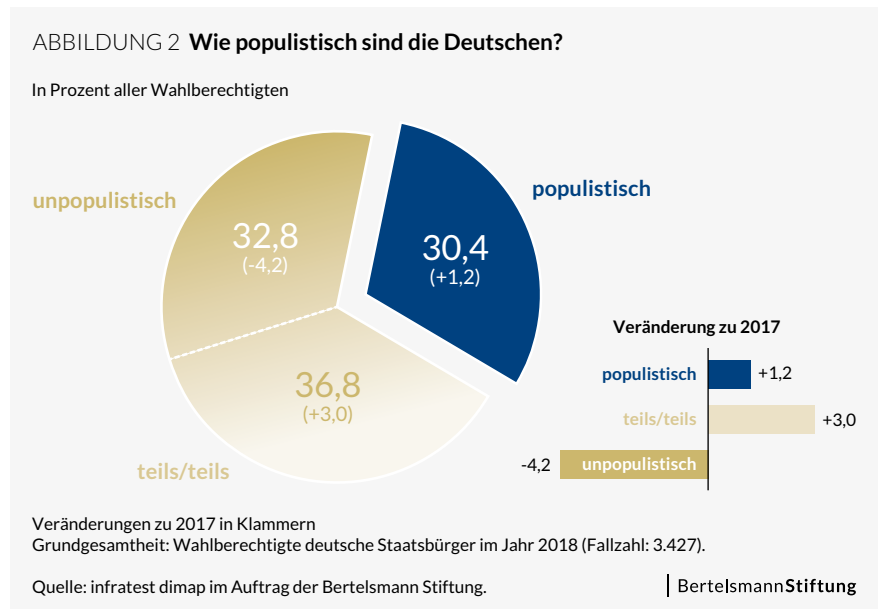
Ergänzend zum Grad ihrer populistischen Einstellung haben wir auch die ideologische Orientierung der Befragten gemessen. Dazu greifen wir auf die Selbsteinschätzung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala zurück, bei der sie ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von 0 für „links“ und 10 für „rechts“ verorten können.

Entlang dieser Messkonzepte lassen sich die Reichweite, das Profil und die Veränderung populistischer Einstellungen im Zeitverlauf darstellen und analysieren. Wie lauten die Befunde des Populismusbarometer 2018? Wie populistisch sind die Deutschen, und was hat sich seit der Bundestagswahl 2017 verändert? Sind die Deutschen unpopulistischer geworden oder populistischer? Und wie „moderat“ oder „radikal“ ist ihr Populismus? Dominiert der Populismus von rechts oder von links oder aus der politischen Mitte? Und ist der Populismus für die Demokratie in Deutschland eher eine Chance oder eine Gefahr?

Populistische Einstellungen bleiben weit verbreitet und nehmen zu

Bereits im Wahljahr 2017 waren populistische Einstellungen in Deutschland weit verbreitet. Seit der Bundestagswahl hat sich dieser Befund weiter verschärft: Mehr als drei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (30,4 Prozent) sind populistisch eingestellt. Das sind etwa 4 Prozent beziehungsweise 1,2 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (29,2 Prozent). Gleichzeitig hat sich der Anteil unpopulistischer Wähler um gut 11 Prozent beziehungsweise 4,2 Prozentpunkte von 36,9 auf 32,8 Prozent verringert. Ein weiteres gutes Drittel (36,8 Prozent) der Wahlberech-

tigten ist keiner der beiden Gruppen zuzuordnen, also weder explizit populistisch noch explizit unpopulistisch eingestellt. Diese Gruppe der „teils/teils“ eingestellten Wähler ist gegenüber dem Vorjahr um gut 9 Prozent oder 3 Prozentpunkte gewachsen.



Dabei spielen vor allem zwei Entwicklungen eine Rolle: Zum einen gelang es offenbar, latent vorhandene populistische Einstellungen in der Bevölkerung vermehrt zu aktivieren. Denn auch in Deutschland ist Populismus kein rein konjunkturelles Phänomen. Die populistischen Einstellungen vieler Wähler zeigen sich im Zeitverlauf stabil, ihre politischen Überzeugungen sind prägend und fest verankert. Sie lassen sich für populistische Zwecke nutzen, müssen aber von populistischen Bewegungen und Parteien nicht erst generiert werden. Zu ihrer Aktivierung bedarf es allerdings auslösender Momente. Das waren in Deutschland vor der Bundestagswahl 2013 zunächst die Eurokrise und ab Herbst 2015 mit noch sehr viel größerer Wucht dann die Flüchtlingskrise. Die AfD musste den Populismus vieler Wähler in Deutschland also nicht erst erfinden, sondern hat ihn vor allem mit Hilfe migrations- und ausländerfeindlicher Ressentiments lediglich politisch aktiviert.

Zum anderen weist das Populismusbarometer aber auch auf einen weiter wachsenden Populismus in Deutschland hin. Populistische Einstellungen nehmen nach Umfang und Intensität zu. Die Zunahme um etwa 4 Prozent mag gering erscheinen, ist statistisch jedoch auffällig und deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zufällig. Noch deutlicher wird der Trend dadurch, dass der Anteil gänzlich unpopulistischer Wähler um mehr als ein Zehntel abgenommen hat.

Aber nicht nur der Anteil populistisch eingestellter Wähler hat zugenommen. Auch die Intensität populistischer Einstellungen ist gestiegen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Populismusneigung im Durchschnitt aller Wahlberechtigten auf einer Skala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) um 0,22 Skalenpunkte auf

5,31 gestiegen. Auch dies erscheint als zunächst marginal, erweist sich jedoch als statistisch signifikante Veränderung und spricht für eine zunehmend populistische Wählerschaft in Deutschland.

Gleichzeitig gilt jedoch auch: Mehr als zwei Drittel aller deutschen Wähler sind nicht oder zumindest nicht explizit populistisch eingestellt. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sollten allerdings Mahnung genug sein, das nicht als eine in Stein gemeißelte Selbstverständlichkeit anzusehen. Das allgemeine politische Klima in Deutschland hat sich jedenfalls weiter popularisiert. Das legen auch die folgenden Ergebnisse zur sozialen Erwünschtheit populistischer Einstellungen nahe.

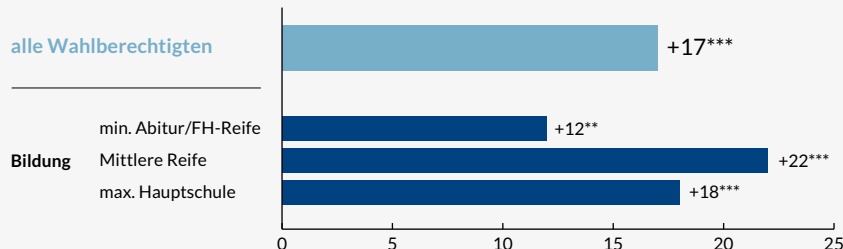
Populistische Einstellungen werden zunehmend „populär“

Experimentelle Umfrageergebnisse aus dem Populismusbarometer zeigen, dass populistische Einstellungen in Umfragen von einem Teil der Befragten übertrieben werden (Neuner und Wratil 2017, Vehrkamp und Wratil 2017). Ihr „wahrer“ Populismus ist danach signifikant geringer als ihr in Umfragen offen geäußelter „expressiver“ Populismus. Das kann als Hinweis auf gesellschaftliche Akzeptanz und soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen gedeutet werden. Populistische Einstellungen werden in Umfragen übertrieben, weil sie für „sozial erwünscht“ gehalten werden und die Befragten in ihrer Selbstwahrnehmung „gut aussehen“ lassen. Um dem vermuteten populistischen Mainstream-Klima zu entsprechen, äußern sich viele Menschen in Umfragen populistischer als es ihren „wahren“ Überzeugungen entspricht.

Im Populismusbarometer 2018 liegt dieser Übertreibungseffekt bei 17 Prozentpunkten. So groß ist die Differenz zwischen der Zustimmung zu populistischen Aussagen in der offenen Umfrage und den eigentlichen Einstellungen der Befragten:

ABBILDUNG 3 **Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen**

In Prozentpunkten



Anmerkung: Werte sind durchschnittliche Abweichung zwischen Zustimmung zu einem Item aus direkter Frage und Listen-Experiment (gemittelt über drei Items).

Methode: Werte für „wahren“ Populismus sind ermittelt durch lineare Regressionen der Zählungen aus Listen-Experiment mit Dummy-Variable für „treatment list“; Statistische Signifikanz des Unterschieds basiert auf „difference-in-means“-Test; * $p < 0,1$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Gegenüber dem Vorjahr hat demnach die Übertreibung tendenziell zugenommen, was Rückschlüsse auf die soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen zulässt: Diese werden in Deutschland zunehmend populär. Immer mehr Menschen halten sie nicht nur für gesellschaftlich akzeptabel, sondern geradezu für erwünscht. Sich populistisch über Politik, Politiker und Demokratie zu äußern, ist offensichtlich „in“ – man fühlt sich damit im Mainstream des gesellschaftlich-politischen Klimas gut aufgehoben.

Eine weitere interessante Veränderung dieses Übertreibungseffektes gegenüber dem Vorjahr zeigt sich in der Differenzierung nach Bildungsgruppen. Während der Übertreibungseffekt im Vorjahr vor allem die formal höher Gebildeten betraf, verteilt er sich inzwischen über alle drei Bildungsgruppen: Diejenigen mit der formal niedrigsten Bildung übertreiben ihren Populismus um 18 Prozentpunkte, Menschen mit mittlerer Bildung um 22 Prozentpunkte und die am formal höchsten Gebildeten um 12 Prozentpunkte.

Aus der Umfrageforschung zur sozialen Erwünschtheit ist bekannt, dass bewusstes Übertreiben sozial erwünschter und bewusstes Untertreiben sozial unerwünschter Einstellungen in Umfragen vor allem als strategisches Umfrageverhalten der eher gebildeten Schichten vorkommt. Das zeigt sich etwa in Umfragen zur Wahlbeteiligung (Bernstein et al. 2001; Holbrook und Krosnick 2010, Silver et al. 1986) oder zur Migration (Janus 2010). Gerade gut Gebildete durchschauen die Zusammenhänge sozialer Erwünschtheit und antworten deshalb strategisch, während Menschen mit geringer Bildung ehrlicher ihre wahren Einstellungen offenbaren. Dass im Populismusbarometer 2018 auch die Befragten mit dem geringsten formalen Bildungsstand in Bezug auf ihre populistische Einstellung übertreiben, lässt sich als weiteren Hinweis auf ein zunehmend populistisches Gesamtklima in Deutschland deuten. Die Antizipation populistischer Einstellungen als „populär“ ist zum Gemeingut des allgemeinen Volksempfindens geworden. Es scheint zunehmend selbstverständlich, dass populistisches Reden über Politiker, Parteien und Demokratie „sozial erwünscht“ ist.

Anschwellender Populismus der politischen Mitte

Obwohl wir Populismus zunächst unabhängig von einer ideologischen Links-Rechts-Orientierung definiert haben, ist in der öffentlichen Diskussion häufig von „Rechtspopulismus“, „Linkspopulismus“ oder einem „Populismus der politischen Mitte“ die Rede.

Aber wie unterscheidet man populistische Einstellungen nach der ideologischen Orientierung ihrer Träger? Und wie verhält sich das in der deutschen Wahlbevölkerung? Sind Wahlberechtigte mit populistischen Einstellungen häufiger „links“, „rechts“ oder aus der politischen „Mitte“?

Eine Möglichkeit zur Beantwortung dieser Fragen ist die Selbsteinschätzung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala, auf der sie ihren persönlichen Standpunkt zwischen 0 (links) und 10 (rechts) selbst verorten können. Zur Vereinfachung der Zusammenhänge unterteilen wir diese Selbsteinschätzungen in fünf Gruppen: Verortungen auf der Links-Rechts-Skala bei 0, 1 oder 2 bezeichnen wir als „links“, bei 3 oder 4 als „Mitte-links“, bei 5 als „Mitte“, bei 6 oder 7 als

„Mitte-rechts“ und die Verortung bei 8, 9 oder 10 als „rechts“. Nun können wir analysieren, wie viele Befragte in den verschiedenen Kategorien populistisch oder unpopulistisch eingestellt sind. Abbildung 4 zeigt zunächst die Links-Rechts-Verteilung für alle Wahlberechtigten und die dabei gemessenen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:



Dabei zeigt sich erneut: Populismus ist kein exklusives Phänomen der politischen Ränder. Im Gegenteil – die zahlenmäßig meisten Populisten positionieren sich selbst in der politischen Mitte. Etwa jeder achte Wahlberechtigte (12,7 Prozent) ist derzeit populistisch eingestellt und zählt sich zugleich zur politischen Mitte. Im Vorjahr war es noch etwa jeder neunte (11,1 Prozent). Die Zunahme populistischer Einstellungen konzentriert sich damit sehr stark auf die politische Mitte. Oder anders ausgedrückt: Der wachsende Populismus der Mitte erklärt einen großen Teil der Zunahme populistischer Einstellungen bei allen Wahlberechtigten. Verschärft wird der anschwellende Populismus der Mitte durch den gleichzeitig deutlich abnehmenden Anteil explizit unpopulistischer Wähler (-2,7 Prozentpunkte), und den ebenfalls steigenden Anteil (+2,8 Prozentpunkte) immerhin „teils/teils“ populistisch eingestellter Wähler.

Aber nicht nur der zahlenmäßige Anteil populistisch eingestellter Wähler ist – vor allem in der politischen Mitte – gestiegen. Auch die durchschnittliche Populismusneigung hat in der politischen Mitte noch einmal stärker zugenommen als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Bei den Wählern der Mitte stieg diese Populismusneigung auf der Skala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch) um 0,31 Skalenpunkte oder knapp 6 Prozent auf 5,57 an. Bei allen Wahlberechtigten fiel der Anstieg auf 5,31 mit 0,22 Skalenpunkten oder gut 4 Prozent etwas geringer aus.

Im Unterschied zum anschwellenden Populismus der Mitte bleiben die Anteile populistisch eingestellter Wähler links und rechts der Mitte weitgehend kons-

tant. So finden sich beidseitig nahezu identisch große und gegenüber dem Vorjahr weitgehend unveränderte Anteile von Mitte-links und links orientierten Populisten (7,4 Prozent) beziehungsweise Mitte-rechts und rechts orientierten Populisten (8,7 Prozent). Auch die Anteile ideologisch klar positionierter Linkspopulisten (3,2 Prozent) und der ideologisch klar positionierten Rechtspopulisten (3,5 Prozent) bleiben nahezu unverändert und gleich groß.

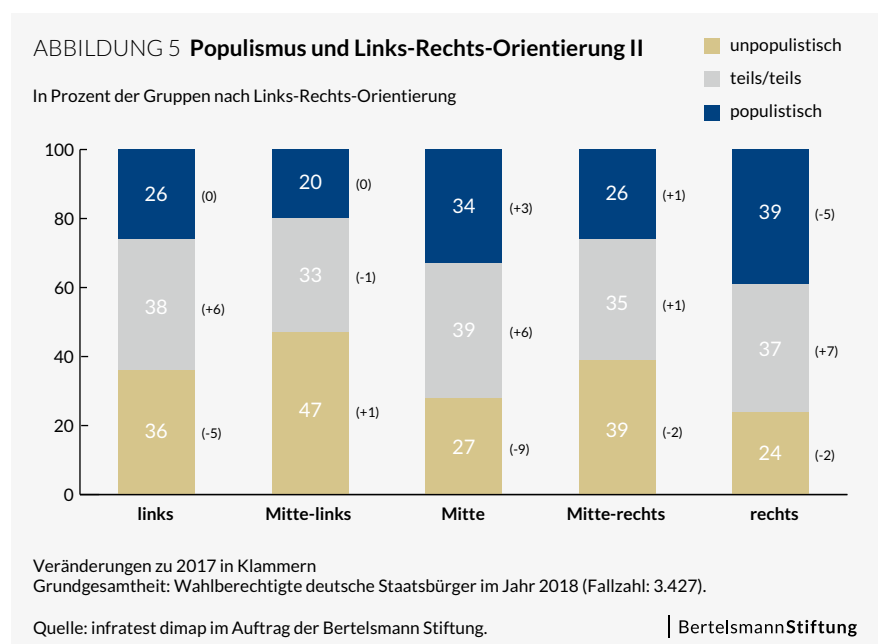
Dennoch gilt auch: In der politischen Mitte finden sich nicht nur die zahlenmäßig meisten Populisten, sondern auch die zahlenmäßig meisten explizit unpopulistisch eingestellten Wähler: Etwa jeder zehnte Wahlbürger (10,3 Prozent) ist vollkommen unpopulistisch, weitere knapp 15 Prozent sind es immerhin zu einem Teil. Bei gut einem Viertel aller Wahlberechtigten handelt es sich damit um nicht-populistisch eingestellte Wähler der politischen Mitte.

Aber die Warnsignale bleiben: In keinem anderen Wählersegment des deutschen Elektorats fällt die Zunahme des Populismus so deutlich aus wie in der politischen Mitte.

Betrachtet man allerdings anstatt der Anteile an allen Wahlberechtigten die relativen Anteile populistisch eingestellter Menschen in den verschiedenen ideologischen Gruppen, lässt sich das Bild aus einer anderen Perspektive ergänzen und vervollständigen.

Rechtspopulismus überwiegt

Die Betrachtung relativer Anteile zeigt, dass der Anteil populistischer Wähler im politisch rechten Spektrum deutlich größer ist als im linken Spektrum und in der politischen Mitte:



Während in der politischen Mitte jeder dritte Wahlberechtigte (34 Prozent) populistisch eingestellt ist, ist dies ganz links nur bei jedem vierten (26 Prozent) der Fall. Im ganz rechten Spektrum sind hingegen vier von zehn Wahlberechtigten (39 Prozent) als Populisten zu bezeichnen. Gleichzeitig ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Personen im rechten Spektrum mit nur knapp einem Viertel (24 Prozent) noch immer deutlich kleiner als der Anteil der Nicht-Populisten ganz links (36 Prozent). Die Differenz ist jedoch gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert, weil auch ganz links der Anteil der Nicht-Populisten gegenüber dem Vorjahr sehr deutlich um 5 Prozentpunkte abgenommen hat. Noch eklatanter fiel dieser Rückgang jedoch in der politischen Mitte aus: Hier ist der Anteil explizit unpopulistisch eingestellter Wähler von 36 auf nur noch 27 Prozent eingebrochen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das die größte Veränderung in einem einzelnen Segment des ideologischen Wählerspektrums und ein weiterer Beleg für den sich verschärfenden Populismus der Mitte.

Die im Gesamtbild deutlich gewordene überproportionale Häufung populistischer Einstellungen im rechten Spektrum zeigt sich auch in der leicht rechteren ideologischen Selbstverortung der Populisten insgesamt auf der Links-Rechts-Skala. Während sich die Nicht-Populisten im Mittel bei 4,7 verorten, also leicht links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten (4,9), liegt der Wert für die Populisten bei 5,1 und somit leicht rechts von Durchschnitt. Auch diese zwar zahlenmäßig klein erscheinenden Unterschiede erweisen sich in der statistischen Analyse als auffällig, und bestätigen die Tendenz, dass in Deutschland populistische Einstellungen häufiger mit ideologisch rechten als mit ideologisch linken Orientierungen verbunden sind.

Sozial gespaltenen Populismus

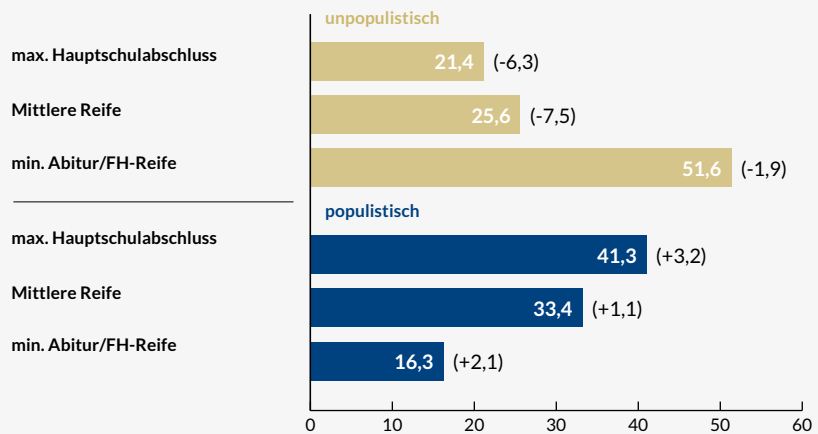
Analysiert man das soziale Profil der Menschen mit populistischen Einstellungen, zeigt sich im Vergleich zu der Gruppe unpopulistischer Wähler ein sehr eindeutiger Befund: Der Populismus in Deutschland ist sozial gespalten. Je geringer der formale Bildungsstand und das Einkommen, desto populistischer, und je höher der formale Bildungsstand und das Einkommen, desto größer ist der Anteil von Menschen mit gänzlich unpopulistischen Einstellungen. Demgegenüber zeigen sich nach Alter und Geschlecht keine deutlichen beziehungsweise nur deutlich geringere Unterschiede.

Am stärksten differenziert die Populismusneigung mit dem formalen Bildungsstand der Befragten. Im Vorjahresvergleich haben sich diese Unterschiede noch einmal spürbar verschärft (s. Abb. 6 auf der nächsten Seite).

Besonders deutlich zeigt sich dieser Trend bei den insgesamt abnehmenden Anteilen unpopulistischer Wähler in allen drei Bildungsgruppen. Während in der Gruppe der formal am höchsten Gebildeten der Rückgang auf 51,6 Prozent lediglich 1,9 Prozentpunkte betrug, gingen die Anteile unpopulistischer Wähler in der mittleren Bildungsgruppe um 7,5 Prozentpunkte auf nur noch 25,6 Prozent und in der niedrigsten Bildungsgruppe um 6,3 Prozentpunkte auf nur noch 21,4 Prozent zurück. In den beiden unteren Bildungsgruppen ist der Anteil unpopulistischer Wähler damit noch nicht einmal halb so groß wie bei den formal Hochgebildeten. Noch größer sind die Unterschiede bei den populistischen Einstellungen: In der

ABBILDUNG 6 Populismus nach Bildung

In Prozent der Gruppe



Veränderungen zu 2017 in Klammern

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Gruppe der formal am niedrigsten Gebildeten sind mit 41,3 Prozent mehr als zweieinhalbmal so viele Menschen populistisch gesinnt wie in der Gruppe der Hochgebildeten (16,3 Prozent).

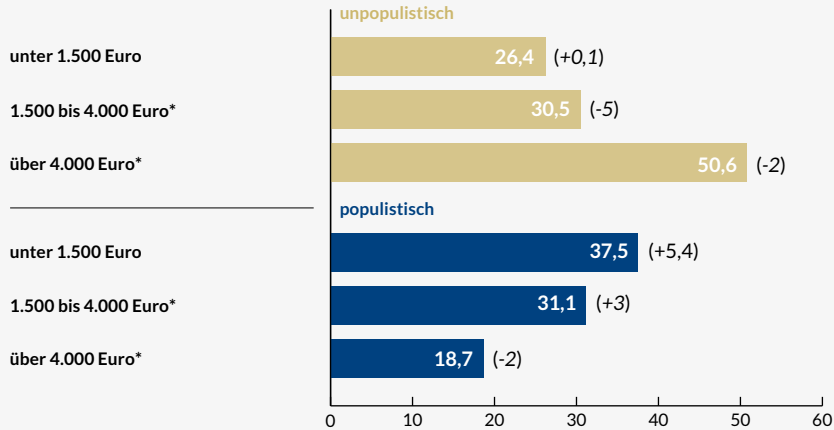
Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der durchschnittlichen Populismusneigung in den drei Bildungsgruppen: Während die Hochgebildeten mit einem Mittelwert von 4,57 Skalenpunkten deutlich unterhalb des Durchschnitts aller Wahlberechtigten liegen, sind die beiden unteren Bildungsgruppen mit 5,57 (mittlere Bildungsgruppe) und 5,77 (niedrigster Bildungsstand) deutlich überdurchschnittlich populistisch eingestellt.

Populismus ist also in Deutschland auch eine Frage der Bildung. Ein hoher Bildungsstand schützt eher vor populistischen Einstellungen, mehr Bildung ist deshalb eine scharfe Waffe gegen anschwellenden Populismus. Das gilt insbesondere für die politische Bildung. Populismus als reduziertes Verständnis und falsche Vorstellung von Demokratie erfordert daher Aufklärung und ein besseres Verständnis der Funktionsweisen und Voraussetzungen liberaler Demokratie und ihrer Institutionen. Oder um noch einmal Ralf Dahrendorf zu zitieren: „Populismus ist einfach. Demokratie ist komplex“ (2003, S. 159).

Ein ähnlich sozial gespaltenes Bild zeigt sich auch beim Vergleich der verschiedenen Einkommensgruppen. Auch hier gilt: Je höher das Einkommen, desto höher ist der Anteil unpopulistisch eingestellter Menschen, und je geringer das Einkommen, desto höher ist der Anteil populistischer Einstellungen:

ABBILDUNG 7 Populismus nach Einkommen

In Prozent der Gruppe



Veränderungen zu 2017 in Klammern

*Leicht abweichende Einkommenskategorie gegenüber dem Vorjahr

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Während bei den obersten Einkommen etwas mehr als die Hälfte (50,6 Prozent) der Befragten explizit unpopulistisch gesinnt sind, ist dieser Anteil in der untersten Einkommensgruppe nur etwa halb so groß (26,4 Prozent). Spiegelbildlich ist der Anteil der Populisten in der untersten Einkommensgruppe mit 37,5 Prozent etwa doppelt so groß wie in der Gruppe mit den höchsten Einkommen (18,7 Prozent).

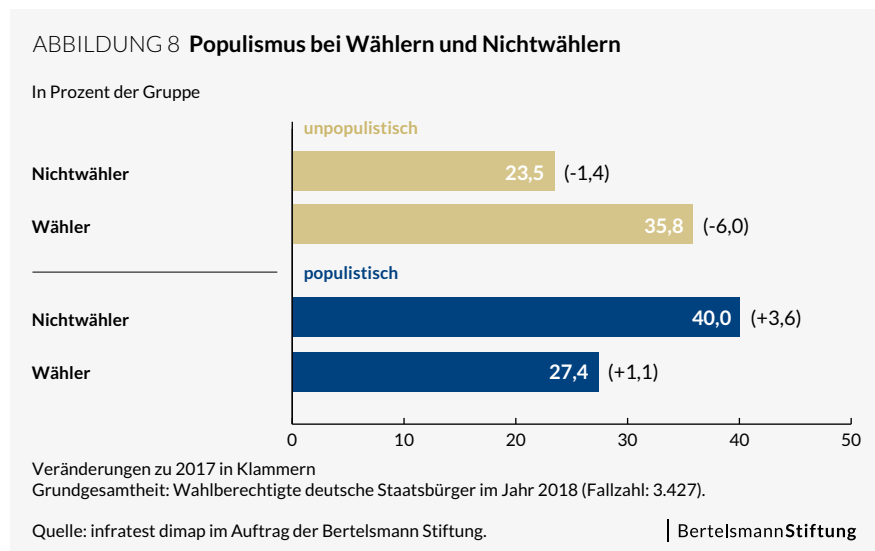
Die größten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zeigen sich auch in Bezug auf die Einkommen in der Mitte der Gesellschaft. Selbst wenn der Vergleich mit den Vorjahrszahlen nur eingeschränkt möglich ist, weil die mittlere Einkommensgruppe in der Befragung 2018 Einkommen bis 4.000 Euro umfasst (2017: bis 3.500 Euro), ist der Trend eindeutig und wird durch die leicht abweichenden Einkommensklassen eher noch unterzeichnet: Der Anteil populistisch eingestellter Wähler in der Mitte ist um etwa 3 Prozent gestiegen, und der Anteil explizit unpopulistischer Menschen in der Mitte um etwa 5 Prozent gesunken. Auch nach Einkommen wird damit der anschwellende Populismus der Mitte sichtbar.

Als Gesamtbild ergibt sich auch für das Jahr 2018 ein sozial gespaltenen Populismus in Deutschland: Je geringer der formale Bildungsstand, und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Je höher der formale Bildungsstand, und je höher das Einkommen, umso größer ist der Anteil unpopulistischer Menschen. Ähnlich wie es frühere Studien der Bertelsmann Stiftung („Gesplante Demokratie“ und „Prekäre Wahlen“) für die Wahlbeteiligung gezeigt haben, ist auch der Populismus in Deutschland sozial tief gespalten.

Nichtwähler sind populistischer als Wähler

Populistische Einstellungen gehen häufig mit einer Distanz zu und Verweigerung gegenüber den etablierten Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie einher. Parteien, Parlamente und Wahlen werden pauschal abgelehnt. Wahlverweigerung ist ein typisches Reaktions- und Verhaltensmuster für Populisten, solange es für sie kein explizit populistisches Wahlangebot gibt. Deshalb sind Nichtwähler auch unabhängig von ihrem sozialen Status häufiger populistisch eingestellt als Wähler. Ihr soziales Profil verstärkt diesen Effekt aber noch einmal deutlich. Auch das zeigen die Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 und bestätigen damit die Ergebnisse aus dem Vorjahr.

Die im Populismusbarometer erhobenen Zahlen sind dazu besonders aussagekräftig, weil ein Großteil unserer Befragten direkt nach der Bundestagswahl 2017 zu ihrer Wahlteilnahme befragt wurde, und darüber hinaus deutlich mehr Nichtwähler befragt wurden als üblicherweise in vergleichbaren Umfragen. Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei den befragten Nichtwählern deshalb tatsächlich um Wahlberechtigte, die sich an der Bundestagswahl 2017 nicht beteiligt haben, also um „echte“ Nichtwähler. Darüber hinaus führt die vergleichsweise große Zahl der befragten Nichtwähler auch qualitativ zu besonders repräsentativen Befragungsergebnissen dieser Gruppe. Die aktuellen Zahlen für das Jahr 2018 bestätigen zunächst, dass die Populismusanfälligkeit der Nichtwähler deutlich stärker ausgeprägt ist als die der Wähler. Gleichzeitig bröckelt aber auch bei vielen Wählern die Resistenz gegen den anschwellenden Populismus, was sich vor allem in einem sehr deutlichen Abschmelzen des Anteils explizit unpopulistischer Wähler zeigt:



Während vier von zehn Nichtwählern (40 Prozent) populistisch eingestellt sind, liegt dieser Anteil unter den Wählern bei lediglich gut einem Viertel (27,4 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Unterschied sogar noch einmal leicht vergrößert, weil der Anteil der Populisten unter den Nichtwählern um 3,6 Prozentpunkte gestiegen ist, unter den Wählern aber nur um 1,1 Prozentpunkte.

Anders sieht es allerdings bei den Veränderungen der Anteile explizit unpopulistischer Wahlberechtigter aus: So ist der Anteil der Nicht-Populisten unter den Wählern mit 6 Prozentpunkten deutlich stärker eingebrochen als bei den Nichtwählern (-1,4 Prozentpunkte). Zwar bleibt der Anteil der Nicht-Populisten unter den Wählern mit 35,8 Prozent immer noch spürbar größer als unter den Nichtwählern (23,5 Prozent). Der Vorsprung der Populismusresistenz von Wählern gegenüber Nichtwählern ist jedoch deutlich kleiner geworden.

Bei der Interpretation dieser Zahlen sind Wählerwanderungen zu berücksichtigen, die nicht direkt messbar sind, deren aus anderen Wahlumfragen bekannte Tendenzen aber die folgenden Überlegungen zulassen: Die überdurchschnittlich erfolgreiche Nichtwählermobilisierung der rechtspopulistischen AfD (Vehrkamp und Wegschaidt 2017) ist eine mögliche Erklärung für den steigenden Anteil populistisch eingestellter Wähler. Aufgrund der insgesamt gestiegenen Wahlbeteiligung kann sie auch einen Teil des anteilmäßigen Rückgangs der explizit unpopulistischen Wähler erklären (= Basiseffekt). Dass bei den Nichtwählern, trotz der Abwanderung vieler populistisch eingestellter ehemaliger Nichtwähler in das Wählerlager der AfD, der Anteil populistischer Wähler so deutlich angestiegen ist, überrascht zunächst. Eine plausible Erklärung dafür ist aber die insgesamt höhere Populismusanfälligkeit des Nichtwählerlagers, die es der AfD nicht nur ermöglicht in diesem Lager Wählerstimmen zu mobilisieren, sondern es gleichzeitig auch erleichtert, mit ihren populistischen Kampagnen das Nichtwählerlager noch stärker populistisch zu prägen als es ohnehin schon der Fall ist. Um das zu verhindern, müssen die etablierten Parteien explizite Nichtwählerstrategien entwickeln. Sonst liefern sie das Nichtwählerlager kampfflos der AfD aus (Vehrkamp et al. 2016).

Populisten sind „enttäuscht von der Demokratie“ – aber welche „Demokratie“ meinen sie?

Populisten artikulieren sich in Umfragen enttäuscht vom Funktionieren der Demokratie, lehnen deshalb aber die Demokratie nicht pauschal ab. Das zeigt sich auch im Populismusbarometer 2018: Populisten sehen sich selbst als „enttäuschte Demokraten“, aber nicht als „Feinde der Demokratie“.

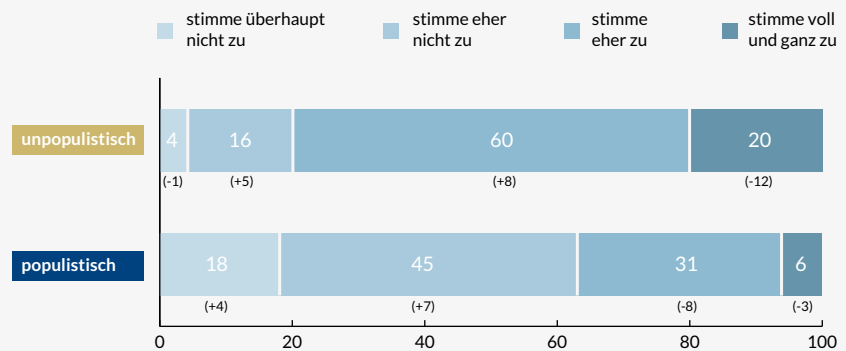
Das verdeutlichen zunächst die Antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem derzeitigen Funktionieren der Demokratie in Deutschland (s. Abb. 9 auf der nächsten Seite).

Populisten zeigen sich hier auch im Jahr 2018 deutlich unzufriedener als Nicht-Populisten. Ihre Unzufriedenheit ist sogar noch einmal gestiegen. Auch der Einzug der rechtspopulistischen AfD in den Deutschen Bundestag hat dem also nichts entgegensetzen können. Inzwischen zeigen sich fast zwei Drittel aller Populisten in Deutschland vollständig (18 Prozent) oder eher (45 Prozent) unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Nur noch 6 Prozent (-3 Prozentpunkte) sind voll und ganz zufrieden, und nur noch weniger als jeder Dritte (-8 Prozentpunkte) ist zumindest eher zufrieden damit wie die Demokratie funktioniert.

Wie bereits in der Vorjahrsbefragung zeigen sich zwar auch 2018 die unpopulistisch eingestellten Wähler deutlich zufriedener mit der Demokratie in Deutschland. Aber auch hier bröckelt zumindest die enthusiastische Zufriedenheit: Nur

ABBILDUNG 9 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ...

In Prozent der Gruppe



Veränderung zu 2017 in Klammern

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

noch jeder fünfte Nicht-Populist (20 Prozent) ist voll und ganz zufrieden, das bedeutet einen Rückgang um gut ein Drittel gegenüber dem Vorjahr (-12 Prozentpunkte). Dahinter verbirgt sich aber (noch) keine explizite Unzufriedenheit, sondern vor allem das Störgefühl einer abnehmenden Zufriedenheit, denn noch immer sind mehr als acht von zehn Nicht-Populisten „voll“ oder „eher“ zufrieden (80 Prozent). Dieser Anteil hat sich auch gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (-3 Prozentpunkte).

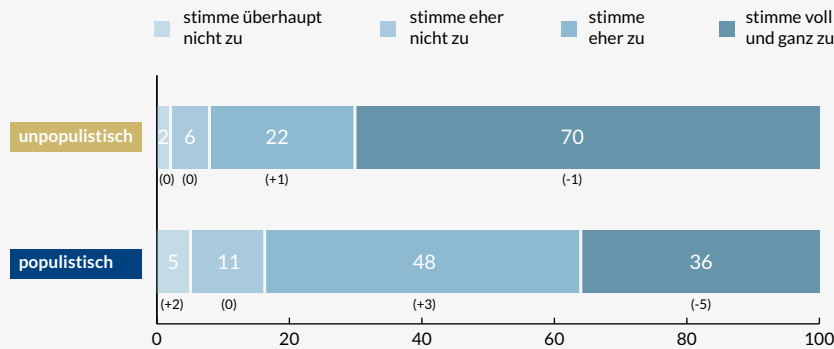
Dennoch bleibt das Gesamtbild einer schleichend wachsenden Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in beiden Lagern. Der Einzug der populistischen AfD in den Bundestag und die damit verbundene stärkere Polarisierung des politischen Diskurses haben jedenfalls nicht zu mehr, sondern zu einer weiter bröckelnden Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie geführt.

Ein deutlich stabileres Bild zeigt sich bei der Unterstützung für die Demokratie als „bestes politisches System“. Zwar erweisen sich auch hier die Populisten etwas weniger enthusiastisch als die Nicht-Populisten. Aber die Unterschiede in Bezug auf die Systemunterstützung fallen deutlich geringer aus als bei der Systemzufriedenheit.

Insgesamt wird erneut eine sehr hohe Zustimmung zur Demokratie deutlich: Unabhängig von ihrer Populismusneigung unterstützen die Menschen die Demokratie als System in ihrer übergroßen Mehrheit. Das gilt für 92 Prozent der unpopulistischen Wahlberechtigten und 84 Prozent der populistisch Eingestellten. Auch in dieser Gruppe der Populisten lehnt im Jahr 2018 nur eine verschwindend kleine Minderheit (5 Prozent) das System der Demokratie ab, trotz einer Steigerung um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Unter den Nicht-Populisten sind es unverändert nur 2 Prozent. Ins Auge fällt lediglich die sinkende vorbehaltlose Demokratieunterstützung unter den Populisten. Nur noch gut ein Drittel (36 Prozent) denkt hier so, während es im Vorjahr noch 41 Prozent waren. Zugleich ist der Anteil der mäßig Zustimmenden um fast den gleichen Prozentsatz (+3 Pro-

ABBILDUNG 10 Zustimmung zum System der Demokratie ...

In Prozent der Gruppe



Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

zentpunkte) auf fast die Hälfte (48 Prozent) aller Befragten dieser Gruppe angestiegen. Das weist auf einen abnehmenden Enthusiasmus für die Demokratie bei den Populisten hin, aber nicht auf einen Einbruch oder Umschwung hin zu einer prinzipiellen Systemablehnung.

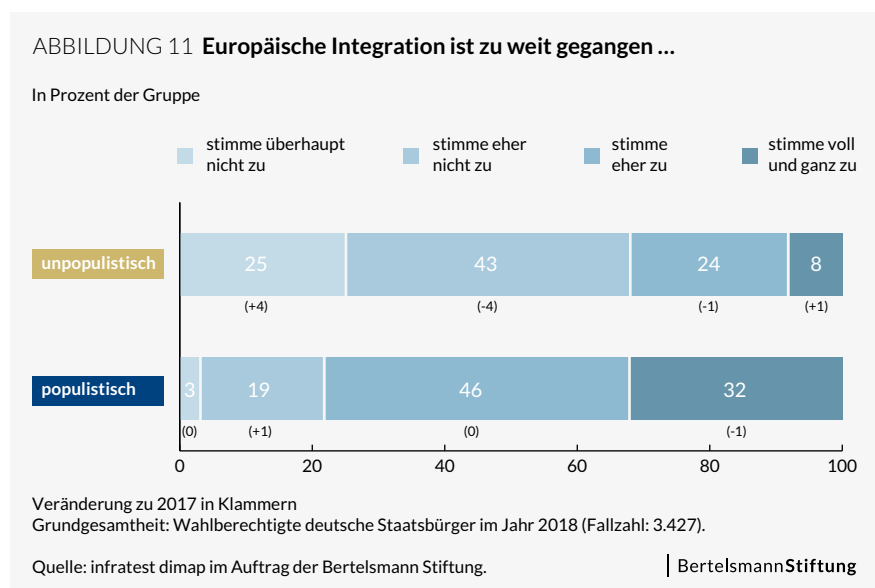
Dennoch ist bei der Interpretation dieser Zahlen Vorsicht geboten: Gefragt haben wir nicht nach einer bestimmten Form der Demokratie, sondern ganz pauschal nach dem „System der Demokratie“. Die Befragten können also bei der Beantwortung dieser Frage ihr subjektives Verständnis von Demokratie zugrunde legen. Und das ist bei Populisten definitionsgemäß ein deutlich anderes als bei Nicht-Populisten. Populisten haben ein verzerrtes Bild von Demokratie, das in Teilen den Grundsätzen einer liberalen Demokratie sogar widerspricht. Vor allem die Populismusdimension des „Anti-Pluralismus“ macht anfällig für antidemokratische Bestrebungen. Ebenso widerstrebt die populistische Fiktion eines einheitlichen, aber offen liegenden Volkswillens, der im Zweifel auch gegen die Verfahren, Normen und Institutionen der liberalen Demokratie durchzusetzen ist, demokratischen Grundüberzeugungen. Weil Populisten also ein anderes, verzerrtes und in Teilen illiberales Verständnis von Demokratie haben, ist ihre Systemunterstützung der Demokratie zumindest mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Die Demokratie, die Populisten meinen, könnte sich daher im Wertekontext der liberalen Demokratie als illiberal entpuppen. Ein weiterer Grund für die etablierten Parteien das Demokratiebekenntnis von Populisten zu hinterfragen, und vor allem von populistischen Parteien ein klares Bekenntnis und Verhalten im Sinne der Werte, Verfahren und Institutionen der grundgesetzlich verankerten liberalen Demokratie zu verlangen und einzufordern.

Populisten sind „enttäuscht von Europa“ – aber welches „Europa“ meinen sie?

Ein ähnliches Muster wie bei der Demokratiezufriedenheit und der Systemunterstützung für die Demokratie zeigt sich auch bei der Zufriedenheit mit dem

Funktionieren der europäischen Integration und der prinzipiellen Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU). Populisten sind mehrheitlich der Meinung, die europäische Integration sei zu weit gegangen. Sie befürworten trotzdem mit einer ähnlich großen Mehrheit die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU. Dabei verstehen sie sich selbst zwar als „enttäuschte Europäer“, aber als „Anhänger Europas“. Doch welches „Europa“ meinen sie? Und ist ihre Vorstellung davon noch vereinbar mit den Werten, Normen, Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie in Europa?

Die Umfrageergebnisse des Populismusbarometer 2018 zeichnen zunächst ein vermeintlich eindeutiges Bild:



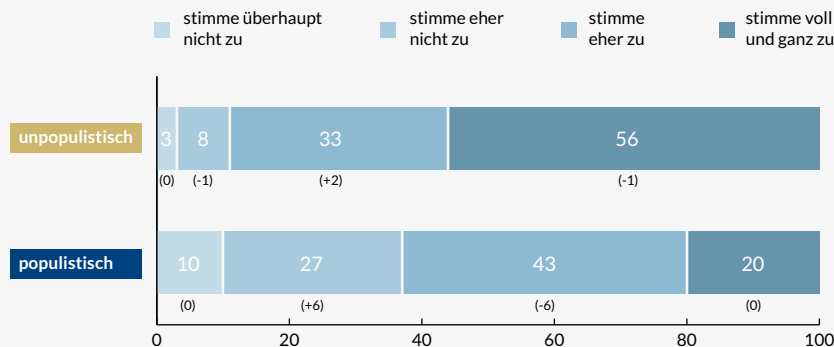
Während fast acht von zehn der populistisch gesinnten Wahlberechtigten den erreichten Stand der europäischen Integration für zu weitgehend halten, sieht das nur knapp ein Drittel (32 Prozent) der Nicht-Populisten so. Spiegelbildlich stimmen fast sieben von zehn der unpopulistischen Wahlberechtigten der Einschätzung einer bereits zu tiefen Integration der EU entweder „eher nicht“ (43 Prozent), oder sogar „überhaupt nicht“ (25 Prozent) zu. Unter den Populisten stimmt dieser Einschätzung nur etwa jeder Fünfte (22 Prozent) zu. Den Populisten geht also auch im Jahr 2018 die europäische Integration zu weit. Aber heißt das auch, dass sie die EU ablehnen?

Auch diese Frage kann mit den aktuellen Daten des Populismusbarometer 2018 vermeintlich klar beantwortet werden: Nein, die Unzufriedenheit mit der Integrationstiefe führt bei den Populisten nicht automatisch zu einer prinzipiellen Ablehnung der Mitgliedschaft in der EU. Ihre Zustimmung ist zwar weniger enthusiastisch als bei den unpopulistischen Wahlberechtigten. Aber als Feinde der EU sehen sich in Deutschland auch die Populisten ganz explizit nicht. Fast zwei Drittel aller populistisch eingestellten Befragten stimmen der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU entweder „voll und ganz“ (20 Prozent) oder zumindest „eher“ (43 Prozent) zu. Diese Zustimmungswerte haben sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr

zwar leicht verschlechtert (-6 Prozentpunkte). Dennoch unterstützt eine knappe Zweidrittelmehrheit auch der Populisten die deutsche EU-Mitgliedschaft. Unter den nicht populistisch gesinnten Befragten liegt die Zustimmung bei insgesamt 89 Prozent, eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent befürwortet die EU sogar „voll und ganz“:

ABBILDUNG 12 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ...

In Prozent der Gruppe



Veränderung zu 2017 in Klammern

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.427).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Das Bewusstsein für die Vorteile der Mitgliedschaft in der EU ist also lagerübergreifend bei Populisten und Nicht-Populisten stark ausgeprägt und im Zeitverlauf stabil. Dennoch bleibt dabei die Frage bestehen, welches Europa die populistischen Kritiker der erreichten EU-Integration meinen. Was bedeutet ihre fast einhellige Zustimmung zu der Einschätzung, die europäische Integration sei zu weit gegangen? Verbirgt sich dahinter ein Reformanliegen oder der Wunsch nach einem anderen, populistischen Europa? Jedenfalls sollte bei der Interpretation der an sich erfreulich hohen Zustimmungswerte zur Mitgliedschaft in der EU die sehr weitgehende Kritik am derzeitigen Integrationsstand nicht unberücksichtigt bleiben. Das Europa eines Viktor Orbán sähe sicherlich anders aus als die liberale und demokratische EU von heute und würde deren Werte, Normen, Institutionen und Verfahren gefährden. Im Lichte ihres Demokratieverständnisses meinen Populisten, wenn sie „Europa“ unterstützen, mit großer Wahrscheinlichkeit etwas gänzlich anderes als die große Mehrheit der nicht-populistisch gesinnten Europahänger.

Wie „moderat“ ist der Populismus in Deutschland – und wie gefährlich ist „moderater“ Populismus für die Demokratie?

Das führt uns zum Schluss dieses Kapitels noch einmal zu der grundsätzlicheren Frage, ob es so etwas wie „moderaten“ Populismus überhaupt geben kann, und wie gefährlich für die liberale Demokratie ein Populismus ist, der sich zumindest selbst für „moderat“ hält.

Radikale Populisten fordern ganz offen die Entmachtung der herrschenden Politiker, um den Einfluss des „wahren“ Volkswillens zu stärken, für dessen Verkörperung sie sich halten. Darin werden die autoritären Signaturen erkennbar, die vor allem dann offen zutage treten, wenn Populisten über Regierungsmacht verfügen.

Moderate Populisten verstehen sich selbst eher als ein Korrektiv der Demokratie. Sie propagieren weitreichende Reformen des politischen Systems und kritisieren die etablierten Parteien und Politiker. Sie halten sich selbst sogar für die besseren Demokraten, weil sie in ihrer Selbstwahrnehmung die Demokratie responsiver, bürgernäher und damit demokratischer machen. Aber passt diese Selbstwahrnehmung zu den definitorischen Signaturen des Populismus? Kann jemand als guter Demokrat wirken, der unter direkter Demokratie nur die Durchsetzung eines ohnehin feststehenden, von einer korrupten Elite verhinderten fiktiven Volkswillens versteht? Der das Lebenselixier einer liberalen Demokratie, den demokratisch vermittelten Kompromiss, für einen Verrat an den eigenen Prinzipien hält? Oder der ernsthaft die Auffassung vertritt, dass Parteien in der Demokratie sich für die Interessen ihrer Wähler gar nicht interessieren?

Schon diese Fragen zeigen, dass Vorsicht dabei geboten ist, Populismus schon deshalb für harmlos zu halten, weil er sich zunächst „moderat“ artikuliert. Jedenfalls ist auch der sogenannte „moderate“ Populismus für die liberale Demokratie eine mindestens latente Gefahr. Entwarnung zu geben, weil sich in Deutschland der anschwellende Populismus vor allem in der politischen Mitte noch weitgehend „moderat“ artikuliert, könnte sich als vorschnell und leichtsinnig erweisen.

2. Populismus im Meinungsstreit

Themen und Sachpositionen der populistischen und unpopulistischen Wählermobilisierung im Jahr 2018

Was bewegt die Wähler im Jahr 2018? Welche Themen mobilisieren und wie sehr unterscheiden sich dabei die unpopulistischen und populistischen Wähler?

Die stärksten Effekte auf die Wahlchancen haben auch im Jahr 2018 die Positionen zu „Europa“, „Umverteilung“ und „Migration“. Vor allem die sozialen Fragen haben dabei noch einmal an Bedeutung gewonnen. Auch als Brückenschlag zwischen den Wählerlagern: Mehr Sozialpolitik und Umverteilung erhöhen die Zustimmung bei populistischen und unpopulistischen Wählern.

Ein Beispiel dafür ist die Europapolitik: „Mehr Europa“ mobilisiert! Kein anderes Thema hat derzeit ein ähnlich hohes positives Mobilisierungspotenzial wie die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU). Im Durchschnitt aller Wähler erhöhen sich durch die Forderung nach einer „Verstärkung der Zusammenarbeit in der EU“ gegenüber einem „Austritt aus der EU“ die Zustimmungswerte für einen Kandidaten um 18 Prozentpunkte. Bei den unpopulistischen Wählern erhöht das die Zustimmungswerte um fast 30 Prozentpunkte.

Erstmals analysiert wurde im Populismusbarometer 2018 die Wohnungsbaupolitik. Am Beispiel der Forderung nach „mehr sozialem Wohnungsbau“ zeigt sich exemplarisch die starke Mobilisierungskraft sozialpolitischer Themen, die bis weit in die populistischen Segmente der deutschen Wählerschaft reicht. So fällt beim Thema sozialer Wohnungsbau die fast vollständige Übereinstimmung zwischen dem populistischen und unpopulistischen Wählerlager auf: Die Forderung „viel höherer Investitionen in den sozialen Wohnungsbau“ erhöht die Zustimmungswerte bei Populisten und Nicht-Populisten gleichermaßen um 15 Prozentpunkte.

Das bedeutet: Mit dem sozialpolitischen Verteilungsthema „Mehr sozialer Wohnungsbau“ verfügen die Parteien über die Chance einer lagerübergreifenden Ansprache und Wählermobilisierung. Mit größeren Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau lassen sich – wie bei anderen sozialpolitischen Umverteilungsthemen auch – Populisten und Nicht-Populisten gleichermaßen stark mobilisieren und gewinnen. Die etablierten Parteien sollten diese Chance nutzen, bevor es die Populisten tun.

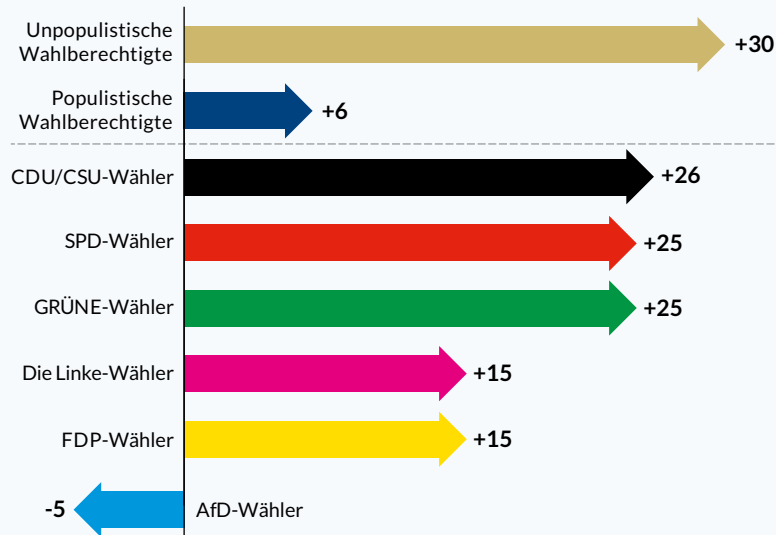
IM FOKUS

„Mehr Europa“ mobilisiert!

„Mehr Europa“ mobilisiert: Kein anderes Thema hat derzeit ein ähnlich hohes positives Mobilisierungspotenzial wie die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU). Im Durchschnitt aller Wähler erhöhen sich durch die Forderung nach einer „Verstärkung der Zusammenarbeit in der EU“ gegenüber einem „Austritt aus der EU“ die Zustimmungswerte für einen Kandidaten um 18 Prozentpunkte. Bei den unpopulistischen Wählern erhöht das die Zustimmungswerte sogar um fast 30 Prozentpunkte. Sogar bei populistischen Wählern könnte ein Kandidat mit „mehr Europa“ seine Zustimmungswerte leicht verbessern (+6 Prozentpunkte). Das zeigt: „Mehr Europa“ ist eine enorme positive Mobilisierungschance vor allem im Lager der unpopulistischen Wähler, ohne dabei eine negative Gegenmobilisierung aus dem populistischen Lager fürchten zu müssen. Das gilt für alle Parteien – bis auf die AfD.

„Mehr Europa“ als verpasste Mobilisierungschance

Verbesserung der Zustimmungswerte für einen Kandidaten, der sich „für eine stärkere Zusammenarbeit in der EU“ einsetzt...



Mobilisierungseffekt in Prozentpunkten

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Am stärksten wäre der Zustimmungsgewinn im Wählerlager der CDU/CSU (+26 Prozentpunkte), dicht gefolgt von der SPD (+25 Prozentpunkte) und Bündnis 90/Die Grünen (+25 Prozentpunkte). Auch die Linke (+15 Prozentpunkte) und die FDP (+15 Prozentpunkte) könnten von einer offensiven europäischen Programmatik profitieren, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Das mag bei der Linkspartei an ihrem wachsenden Anteil populistisch eingestellter Wähler liegen und bei der FDP an der noch immer präsenten Fundamentalkritik eines Parteiflügels an der Eurorettungspolitik.

Nur die Wähler der AfD würden eine dezidiert proeuropäische Programmatik nicht goutieren und einen Kandidaten dafür leicht abstrafen. Die Wähler der AfD zeigen sich damit sogar noch europakritischer als der Durchschnitt aller Populisten in Deutschland – ein offensichtliches Erbe ihrer Gründungsphase als Anti-Euro-Partei.

Die Ergebnisse des Populismusbarometer 2018 bestätigen und verstetigen damit die Ergebnisse aus dem Bundestagswahlkampf 2017 (Vehrkamp und Wratil 2017). Auch hier lag im Verzicht aller Parteien auf eine explizit proeuropäische Kampagnenführung eine geradezu fahrlässig verpasste positive Mobilisierungschance, vor allem wohl für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Noch immer zögern die etablierten Parteien in Deutschland, zum Beispiel dem französischen Präsidenten Macron auf seinem Weg einer entschlossenen Vertiefung der europäischen Integration zu folgen oder mit eigenen Vorschlägen sogar voranzugehen – wohl auch aus Angst vor einer antieuropäischen Gegenmobilisierung der Populisten. Der Schreck aus der Gründungsphase der Anti-Euro-AfD scheint die etablierten Parteien noch immer zu lähmen.

„Mit ‚mehr Europa‘ lassen sich auch in Deutschland Wahlen gewinnen – nicht nur in Frankreich.“

Zugleich werden offenbar die Erfahrungen im Umgang mit der Flüchtlingswanderung auf Europa projiziert. Dabei zeigen unsere Ergebnisse sehr klar: Die Befürchtung einer dem Flüchtlingsthema vergleichbaren populistischen Gegenmobilisierung ist unbegründet. Auch die meisten populistischen Wähler würden einer weiteren Vertiefung der EU entweder leicht positiv oder zumindest indifferent gegenüberstehen. Die europapolitische Ängstlichkeit der etablierten Parteien erweist sich jedenfalls als übertrieben und unbegründet. „Mehr Europa“ wäre ein Erfolgsrezept unpopulistischer Wählermobilisierung. Es müsste sich nur jemand trauen. Mit „mehr Europa“ lassen sich auch in Deutschland Wahlen gewinnen – nicht nur in Frankreich!

Welche Themen und Positionen bestimmen das Wahlverhalten?

Die bisherigen Analysen haben gezeigt: Populistische Einstellungen sind auch im Jahr 2018 unter den Wahlberechtigten in Deutschland weit verbreitet und nehmen weiter zu. Aber sind sie auch wahlentscheidend? Dass jemand populistisch über das Funktionieren von Politik und Demokratie denkt, bedeutet nicht zwangsläufig, dass er daran auch sein Wahlverhalten ausrichtet. Der Weg von einzelnen politischen Einstellungen und Präferenzen zu einer konkreten Wahlentscheidung ist oft lang und verschlungen. Jemand kann beispielsweise für einen besseren Umweltschutz sein, zugleich aber einen Austritt aus der Europäischen Union für wichtiger halten. Dann würde er bei einer Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit nicht für eine umweltfreundliche, aber proeuropäische Partei stimmen, sondern eher für eine antieuropäische Partei, obwohl sie seine umweltpolitischen Präferenzen nicht oder nur unzureichend trifft.

Deshalb ist auch für die politische Analyse und Interpretation populistischer Einstellungen wichtig zu fragen: Was bewegt populistische und unpopulistische Wähler? Welche Themen und Positionen zu einzelnen Politikbereichen und Sachproblemen sind für sie wie wichtig? Und was bestimmt letztlich ihre Wahlentscheidung? Wie sehr bestimmen populistische Einstellungen die Wahlentscheidung der Wähler, wie stark ist ihre Mobilisierungskraft und welche Themen eignen sich besonders für eine unpopulistische Gegenmobilisierung?

Zur Beantwortung dieser Fragen nehmen wir im Populismusbarometer sogenannte Conjoint-Analysen vor (Hainmueller et al. 2014/2015, Vehrkamp und Wratil 2017). Als Ergänzung zur klassischen Umfrage eignet sich die Conjoint-Analyse besonders dafür, die Prioritäten der Wähler zu ermitteln und herauszufinden, welches Thema und welche Sachposition die Wahlentscheidung besonders beeinflusst. Die einfache und direkte Abfrage von Themen und Präferenzen in Umfragen stößt dabei an Grenzen. Wie verzerrt sind Antworten auf direkte Fragen? Wie sozial erwünscht antworten Befragte, und wie sehr sind sie bereit ihre „wahren“ Präferenzen und Motive einer Wahlentscheidung zu offenbaren? Und sind Befragte überhaupt in der Lage, ihre eigene Gewichtung und Priorisierung konkurrierender Themen und Positionen korrekt wahrzunehmen, und sie in Umfragen korrekt wiederzugeben?

Um solche möglichen Verzerrungen zu minimieren, und den „wahren“ Motiven einer Wahlentscheidung möglichst nahe zu kommen, werden diese in der Conjoint-Analyse nicht direkt abgefragt, sondern indirekt, durch die Entscheidung zwischen verschiedenen Bündeln beziehungsweise Paketen, in denen unterschiedliche Kombinationen politischer Positionen zu verschiedenen Themen zusammengefasst sind. Die Befragten entscheiden sich dann mehrfach zwischen politischen Kandidaten, die jeweils unterschiedliche Bündel bzw. Pakete politischer Positionen vertreten. Da die Zusammensetzung der Pakete zufällig erfolgt, und jeder Befragte sich mehrfach zwischen ihnen entscheiden muss, kann im Anschluss die jeweils wahlentscheidende Einzelposition identifiziert werden. Mit statistischen Verfahren lässt sich dann indirekt herausfinden, welche Position zu welchem Thema eine Wahlentscheidung tatsächlich bestimmt hat, ohne dass die Befragten direkt danach gefragt werden müssen.

Was bewegt die Wähler im Jahr 2018?

Für das Populismusbarometer 2018 wurden mithilfe dieser Methode die Präferenzen der Wähler zu insgesamt acht verschiedenen Politikbereichen ermittelt: Europa, Euro, Flüchtlinge, Wohnungsbau, Steuern, Freihandel, Protektionismus und direkte Demokratie.

Zu diesen acht Politikfeldern wurden jeweils vier verschiedene Sachpositionen formuliert. Die Conjoint-Methode ermittelt dann den Einfluss einer bestimmten Sachposition auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten. Wie sehr eine einzelne politische Aussage die Wahlentscheidung beeinflusst, ist ablesbar an den prozentualen Veränderungen in der Zustimmung, die ein Kandidat im Vergleich zu einem anderen erfährt, der zu dem Thema eine „Basisposition“ vertritt.

Beim Thema „Europa“ wurde beispielsweise als „Basisposition“ die Forderung nach einem Austritt aus der EU gewählt. Die in den Abbildungen ausgewiesenen Ergebnisse zum Thema Europa zeigen, um wie viele Prozentpunkte ein Kandidat im Durchschnitt sein Wahlergebnis verbessern könnte, wenn er anstatt für einen Austritt lediglich für eine schwächere Zusammenarbeit innerhalb der EU oder für eine stärkere Zusammenarbeit beziehungsweise den Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat eintreten würde. Über die acht politischen Schwerpunktthemen hinaus wurden mit derselben Methode noch weitere zwölf Einzelpositionen zu unterschiedlichen Themen analysiert, zu denen aber jeweils nur eine Sachposition formuliert wurde.

Die Ergebnisse für alle Wahlberechtigten sind in Abbildung 13 zusammengefasst. Zusätzlich dokumentiert Abbildung 14 zusammenfassend die Ergebnisse für die populistischen im Vergleich zu den unpopulistischen Wählern (s. Abb. auf den nächsten Seiten).

Grafisch lassen sich die positiven und negativen Effekte einzelner Positionen auf die Wahlentscheidung an der Abweichung der Punkte von der gestrichelten Null-Linie ablesen. Die Punktwerte auf der Skala zeigen jeweils an, wie sehr eine bestimmte Sachposition die Zustimmung zu einem Kandidaten im Durchschnitt der jeweils analysierten Wählergruppe verändern würde. Ein Punktwert von beispielsweise 20 bedeutet, dass ein Kandidat seine Zustimmungswerte um 20 Prozentpunkte steigern könnte, wenn er anstatt der jeweiligen „Basisposition“ die davon abweichende Sachposition vertreten würde. Zur genaueren Interpretierbarkeit der Analyseergebnisse zeigen die Abbildungen zusätzlich zu den Punktwerten als horizontale Linien auch die dazugehörigen Konfidenzintervalle. Diese Konfidenzintervalle illustrieren die mit jeder Messung aus Umfragen verbundenen Unsicherheiten. Je breiter die Linien der Konfidenzintervalle, umso unsicherer ist der dazugehörige Punktwert. Zudem kann nur, wenn die Linien die Null-Linie nicht schneiden, mit hoher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die gemessene Veränderung der Zustimmungswerte auch tatsächlich existiert und nicht zufällig oder durch einen Messfehler bedingt ist. Ähnliches gilt auch für den Vergleich einzelner Sachpositionen untereinander: Je mehr sich die Linien der Konfidenzintervalle überlappen, desto eher könnten die gemessenen Unterschiede auch zufällig sein.

ABBILDUNG 13 Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

POSITION ZUR EU*(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union)*

Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat

Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union

Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union

POSITION ZU STEUERN*(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)*

Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche

Ist für etwas höhere Steuern für Reiche

Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche

POSITION ZU FLÜCHTLINGEN*(Basis = Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge)*

Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge

Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge

Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge

POSITION ZU FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG*(Basis = Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung)*

Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung

POSITION ZUM EURO*(Basis = Ist für eine viel schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder)*

Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

POSITION ZU SOZIALEM WOHNUNGSBAU*(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau)*

Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau

Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau

Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau

POSITION ZU PROTEKTIONISMUS*(Basis = Ist für viel höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen)*

Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

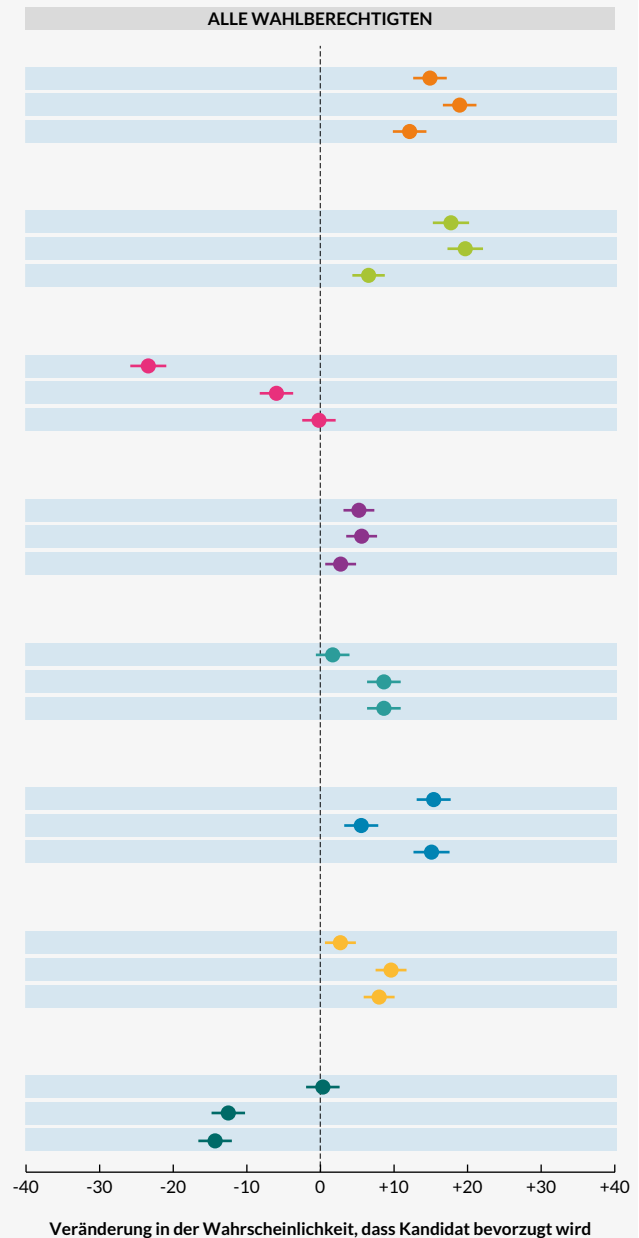
Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

POSITION ZU DIREKTER DEMOKRATIE*(Basis = Ist für viel mehr Volksabstimmungen)*

Ist für mehr Volksabstimmungen

Ist für weniger Volksabstimmungen

Ist für viel weniger Volksabstimmungen



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Für die Interpretation der Ergebnisse ist darüber hinaus zu beachten, dass immer nur zwei Kandidaten zur Auswahl stehen, Hinweise zur Parteizugehörigkeit der Kandidaten gibt es dabei nicht. Das isoliert die Effekte der Sachpositionen vom Einfluss pauschaler Parteidentitäten und -abneigungen der Wähler und fokussiert auf den möglichen Einfluss konkreter Sachpositionen auf die Wahlentscheidung.

ABBILDUNG 14 Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

POSITION ZUR EU

(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union)

- Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat
- Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
- Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union

POSITION ZU STEUERN

(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)

- Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche
- Ist für etwas höhere Steuern für Reiche
- Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche

POSITION ZU FLÜCHTLINGEN

(Basis = Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge)

- Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge
- Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge
- Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge

POSITION ZU FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG

(Basis = Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung)

- Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung
- Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung
- Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung

POSITION ZUM EURO

(Basis = Ist für eine viel schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder)

- Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
- Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
- Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

POSITION ZU SOZIALEM WOHNUNGSBAU

(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau)

- Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
- Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
- Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau

POSITION ZU PROTEKTIONISMUS

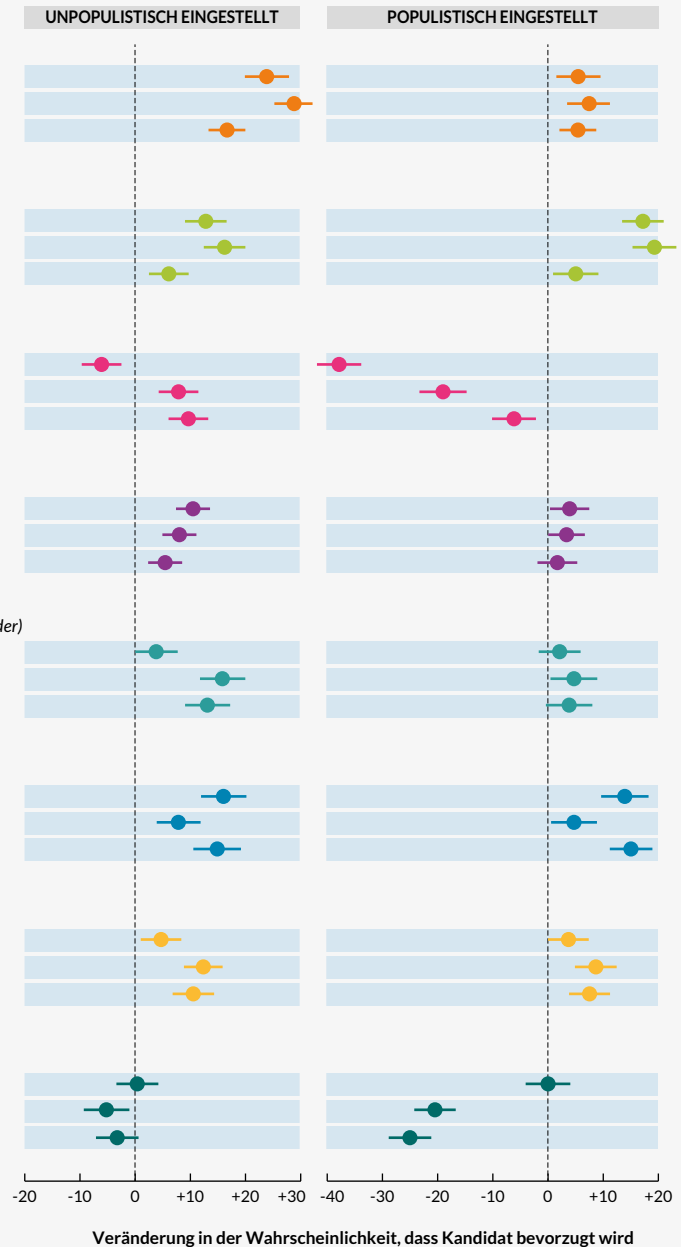
(Basis = Ist für viel höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen)

- Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
- Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
- Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

POSITION ZU DIREKTER DEMOKRATIE

(Basis = Ist für viel mehr Volksabstimmungen)

- Ist für mehr Volksabstimmungen
- Ist für weniger Volksabstimmungen
- Ist für viel weniger Volksabstimmungen



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Im Folgenden werden zunächst in acht Einzelanalysen die acht im Populismusbarometer 2018 abgefragten Politikfelder analysiert, jeweils für den Durchschnitt aller Wahlberechtigten und im Vergleich dazu für die beiden Lager der populistisch und unpopulistisch eingestellten Wähler. Abschließend nehmen wir aus den Einzelschwerpunkten die radikal-populistische Forderung nach einer Entmachtung der

politischen Eliten als Indikator für moderaten und radikalen Populismus genauer in den Blick. Im Ergebnis lässt sich so ein differenziertes Bild dessen zeichnen, was die Wähler im Jahr 2018 bewegt. Damit lässt sich erkennen, welche Themen die Politiker und Parteien wie aufgreifen könnten, um ihre Zustimmungswerte zu verbessern.

Europäische Integration: „Mehr Europa“ mobilisiert!

Beim Thema Europa fällt zunächst die große Kontinuität der Ergebnisse auf: Wie schon im Wahljahr 2017 bleibt Europa für die Wähler in Deutschland ein wichtiges und im Tenor positiv besetztes Thema, das die Wahlentscheidungen stark beeinflusst. Auch für das laufende Jahr 2018 gilt deshalb: „Mehr Europa“ mobilisiert! Im Vergleich der Themen und Sachpositionen entfaltet in Deutschland kaum ein anderes Thema eine so starke positive Mobilisierungswirkung wie eine Vertiefung der europäischen Integration, bis hin zum Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat. Spiegelbildlich bedeutet das zugleich: Die Forderung nach einem Austritt aus der EU findet im Deutschland nicht nur keine Zustimmung, sondern wird von einem großen Teil der Wählerschaft deutlich abgelehnt. Eine solche Forderung würde daher die Wahlergebnisse eines Kandidaten im Durchschnitt aller Wahlberechtigten nachhaltig negativ beeinflussen.

Gegenüber dem Austritt aus der EU würde die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der EU die Zustimmungswerte um 18 Prozentpunkte verbessern. Auch der Ausbau der EU zu einem gemeinsamen Staat (+14 Prozentpunkte) und selbst die Forderung nach einer schwächeren Zusammenarbeit in der EU (+12 Prozentpunkte) werden von den Wählern gegenüber der Austrittsforderung deutlich bevorzugt.

ABBILDUNG 15 Einfluss von Positionen zur EU auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

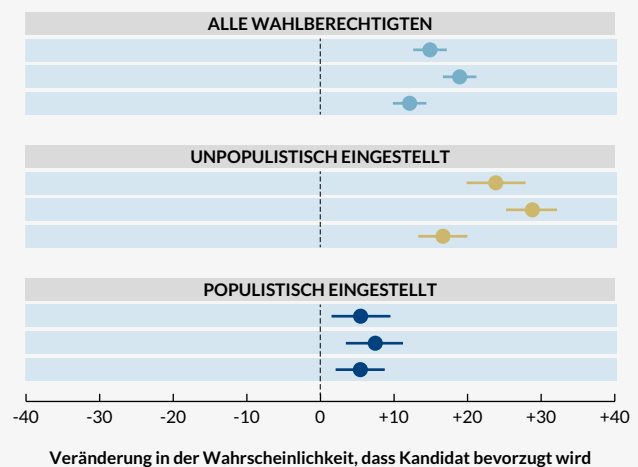
POSITION ZUR EU

(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union)

Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat
Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union

Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat
Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union

Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat
Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Wie resistent diese proeuropäische Grundhaltung der deutschen Wähler ist, zeigt auch die folgende Überlegung: Würde, anstatt eines Austritts aus der EU, die Forderung nach einer schwächeren Zusammenarbeit innerhalb der EU als Basisposition gewählt, könnte ein Kandidat seine Zustimmungswerte dennoch um immerhin 7 Prozentpunkte verbessern, wenn er stattdessen auf eine stärkere Zusammenarbeit setzt. Entsprechend würde ein Kandidat, der für einen Austritt aus der EU plädiert, seine Zustimmungswerte gegenüber der Forderung nach einer lediglich schwächeren Zusammenarbeit um spiegelbildliche 12 Prozentpunkte verschlechtern.

Noch deutlicher zeigt sich die klar proeuropäische Haltung im Segment der unpopulistisch eingestellten Wähler: Hier würde eine Vertiefung der Integration die eigenen Zustimmungswerte sogar um etwa 27 Prozentpunkte verbessern. Keine andere Sachposition bewegt die unpopulistischen Wähler in Deutschland stärker als die Zukunft der EU. Kein anderes Thema kann die Wählerschaft in diesem Segment stärker mobilisieren und mehr Zustimmung erzeugen als die positive Vision für „mehr Europa“. „Mehr Europa“ wäre damit in Deutschland das am besten geeignete Thema einer allgemeinen und unpopulistischen Wählermobilisierung. Dennoch haben sowohl im Wahljahr 2017 als auch danach die etablierten Parteien das Thema gemieden oder zumindest nicht wirklich offensiv gespielt. Warum nicht?

Weil die Parteien beim Thema Europa eine populistische Gegenmobilisierung fürchten? Weil sie sich selbst für proeuropäischer halten als den Durchschnitt der Wahlbevölkerung und sie deshalb eine überzeugende proeuropäische Kampagne für zu riskant ansehen?

Die Ergebnisse des Populismusbarometers zeigen sehr klar, dass solche Befürchtungen und Bedenken unbegründet sind: Selbst die populistisch eingestellten Wähler in Deutschland wissen um den Wert der EU. Sie sind zwar insgesamt indifferent gegenüber EU-Themen, die für sie nur wenig relevant für ihre Wahlentscheidung sind. Aber selbst bei den populistischen Wählern könnten die Parteien mit proeuropäischen Positionen punkten und ihre Zustimmungswerte um 4 bis 6 Prozentpunkte verbessern. Spiegelbildlich würde eine Austrittsforderung auch bei den Populisten Unterstützung kosten und, noch wichtiger, keinerlei populistische Mobilisierungswirkung entfalten. Die Lage beim Thema Europa ist also eine vollkommen andere als bei den Themen Migration und Flucht.

Noch einmal zusammengefasst: „Mehr Europa“ mobilisiert und erzeugt vor allem bei den unpopulistischen Wählern massiv höhere Zustimmungswerte. „Weniger Europa“ kostet sogar bei den Populisten in Deutschland Zustimmung. In der Stärkung (und Verbesserung) der europäischen Zusammenarbeit liegt daher eine in Deutschland bis heute verpasste und ungenutzte Mobilisierungschance, vor allem für die etablierten Parteien (vgl. dazu auch die Fokusanalyse auf Seite 44).

Zukunft der Eurozone: Keine Angst vor dem Euro

Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Euro und der Zukunft der Eurozone. Auch hier wird häufig vermutet, die deutschen Wähler seien zurückhaltend, skeptisch oder sogar ablehnend. Auch hier agieren die etablierten Parteien mit proeuropäischen Visionen für die Zukunft der Eurozone eher zurückhaltend, veranschlagen

„deutsche“ Interessen höher als die gemeinsamen „europäischen“ Interessen aller Euroländer und fürchten sich vor einer populistischen Anti-Euro-Stimmung und ihrer gegenmobilisierenden Kraft bei Wahlen.

Diese Befürchtungen erweisen sich im Lichte der Ergebnisse des Populismusbarometers ebenfalls als unbegründet und spiegeln eine Angst vor der eigenen proeuropäischen Courage. Denn nicht nur, wenn es um die allgemeine Perspektive der Europäischen Union geht, sondern auch konkreter um die Zukunft der Eurozone, zeigen sich die Wähler in Deutschland durchaus mutig und proeuropäisch.

ABBILDUNG 16 Einfluss von Positionen zur Eurozone auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten
In Prozentpunkten

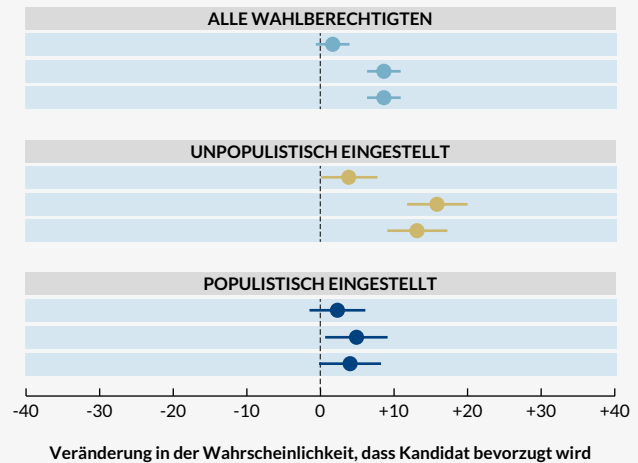
POSITION ZUM EURO

(Basis = Ist für eine viel schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder)

Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder

Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Bei allen Wählern steigt die Zustimmung durch eine „stärkere“ oder sogar „viel stärkere“ Zusammenarbeit der Euro-Länder um etwa 8 Prozentpunkte. Spiegelbildlich würden Forderungen nach einer „schwächeren“ oder sogar „viel schwächeren“ Zusammenarbeit der Euro-Länder die Zustimmungswerte signifikant um knapp 10 Prozentpunkte verschlechtern. Damit reagieren die Wähler zwar insgesamt auf das spezifischere Euro-Thema etwas zurückhaltender als auf die allgemeineren EU-Positionen. Das proeuropäische Muster zeigt sich jedoch auch beim Euro sehr klar und sollte die Politik in Deutschland motivieren, sich auch in den Diskussionen über die Zukunft der Eurozone klar und für die Wähler erkennbar proeuropäisch zu positionieren.

Das gilt auch beim Euro insbesondere für das Lager der unpopulistisch eingestellten Wähler, deren Zustimmung durch einen Ausbau der Zusammenarbeit in der Eurozone um 17 Prozentpunkte fast ebenso stark steigt wie die Zustimmung aller Wahlberechtigten durch eine Vertiefung der allgemeinen Zusammenarbeit

in der EU. Nach dem EU-Thema ist die Zukunft des Euro das alle Wähler, insbesondere die unpopulistischen, mit am stärksten bewegende Thema. Auch hier gilt also: „Mehr Euro“ mobilisiert und erhöht die Zustimmungswerte, „weniger Euro“ demobilisiert und verringert die Wahlchancen.

Die Befürchtung einer populistischen Gegenmobilisierung ist beim Euro ebenso unbegründet wie bei den allgemeineren EU-Themen. Zum einen ist auch der Euro für die Populisten derzeit kein wirklich relevantes Thema. Sein Einfluss auf ihre Wahlentscheidung ist nur gering. Dennoch würde eine stärkere Zusammenarbeit sogar von den Populisten in Deutschland zumindest leicht positiv goutiert (+3 Prozentpunkte), während die Gefahren einer populistischen Gegenmobilisierung als eher gering einzuschätzen sind.

Zusammenfassend bedeutet das: Nicht nur „mehr Europa“, sondern auch „mehr Euro“ mobilisiert und erhöht in Deutschland die Wahlchancen eher, als dass es sie beschädigt.

Migration und Flüchtlinge: Kontrolle statt Abschiebung!

Auch das Meinungsbild beim Thema Migration und Flüchtlinge zeigt sich weitgehend unverändert gegenüber dem Wahljahr 2017. Kaum eine andere Frage bewegt die Deutschen so sehr wie Migration und Flucht. Und auch das Meinungsmuster „Kontrolle statt Abschiebung“ zeigt sich im Vorjahresvergleich stabil.

Allerdings lassen sich im Detail zumindest zwei bemerkenswerte Veränderungen erkennen: Zum einen hat sich die ablehnende Haltung in Bezug auf die Aufnahme weiterer Flüchtlinge noch einmal verstärkt, und zum anderen reicht inzwischen sogar die Forderung nach der Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge aus, um die Zustimmungswerte im Durchschnitt aller Wähler signifikant zu verschlechtern. Das weist auf eine weitere Verschärfung des Diskussionsklimas rund um die Flüchtlingszuwanderung hin. Jedenfalls ist es der Politik auch im laufenden Jahr noch nicht gelungen, das Thema zu beruhigen oder zumindest einzudämmen.

Die Forderung nach einer „Aufnahme sehr vieler neuen Flüchtlinge“ senkt die Zustimmungswerte bei allen Wahlberechtigten gegenüber einer „Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge“ um etwa 24 Prozentpunkte (s. Abb. 17 auf der nächsten Seite). Im Wahljahr 2017 lag diese Spanne noch bei rund 20 Prozentpunkten. Das Thema hat also an Bedeutung sogar noch zugenommen. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch für das Jahr 2018, dass sich die Zustimmungswerte durch eine moderatere Position in der Abschiebungsfrage nicht verschlechtern. Die Forderung einer Abschiebung „einiger Flüchtlinge“ führt gegenüber der Forderung einer Abschiebung „sehr vieler Flüchtlinge“ zu keinem zusätzlichen Zustimmungsverlust. Das galt im Wahljahr 2017 auch für die Position der Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge, hat sich im Jahr 2018 allerdings leicht verändert. Nun führt die „Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge“ im Vergleich zur „Abschiebung einiger Flüchtlinge“ zu einem weiteren Zustimmungsverlust von etwa 6 Prozentpunkten. Ging es im Wahljahr 2017 den Wählern also hauptsächlich darum, nicht noch einmal sehr viele neue Flüchtlinge aufzunehmen, führt inzwischen auch die Aufnahme nur einiger neuer Flüchtlinge zu weiteren Zustimmungsverlusten.

ABBILDUNG 17 Einfluss von Positionen zu Flüchtlingen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

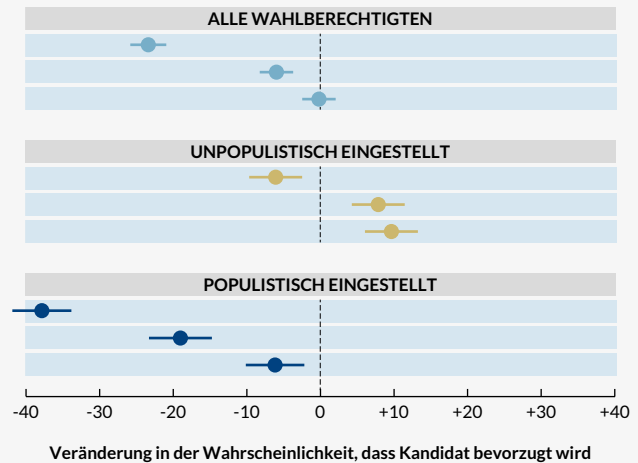
POSITION ZU FLÜCHTLINGEN

(Basis = Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge)

Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge
Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge
Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge

Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge
Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge
Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge

Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge
Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge
Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger Im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Das liegt allerdings vor allem an der extrem flüchtlingskritischen Haltung im populistischen Wählerlager. Bei populistisch eingestellten Wählern führt die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge zu einem Zustimmungsverlust von fast 40 Prozentpunkten und die Aufnahme von nur einigen neuen Flüchtlingen zu einem Zustimmungsverlust von immerhin noch fast 20 Prozentpunkten. Selbst die Abschiebung nur einiger Flüchtlinge reicht den populistischen Wählern nicht aus und verringert die Zustimmungswerte gegenüber der populistischen Forderung einer Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge.

Bei den nicht populistischen Wählern zeigt sich dagegen das Muster „Kontrolle statt Abschiebung“ noch deutlicher als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Ihnen geht es um eine Vermeidung einer erneuten Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge, also vor allem um die Kontrolle der Zuwanderung, nicht aber um einen Aufnahmestopp oder gar die Abschiebung möglichst vieler Flüchtlinge. Um bei nicht populistischen Wählern Zustimmung in der Migrationsfrage zu ernten, reicht somit eine gezielte Kontrolle der Flüchtlingsströme aus. Schärfer migrationskritische Forderungen führen jedenfalls zu keinem nennenswerten zusätzlichen Zustimmungsgewinn.

Insofern bleibt die starke Polarisierung zwischen dem populistischen und dem unpopulistischen Wählerlager in Bezug auf die Flüchtlingsfrage nicht nur erhalten, sondern hat sich sogar noch einmal leicht verschärft. Der Politik ist es bisher augenscheinlich nicht gelungen, die Fronten in dieser Frage zu beruhigen und zwischen den unterschiedlichen Positionen zu vermitteln. Das liegt mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem an der konsequent skandalisierenden Pflege und Verzerrung des Themas durch die rechtspopulistische AfD. Zum anderen liegt es

aber wohl auch daran, dass zahlreiche migrationspolitische Fragen immer noch nicht gelöst sind und Vertreter der etablierten Parteien im Meinungsstreit mit der AfD deren populistische Rhetorik und Behandlung des Themas zum Teil nachahmen. Vor allem der regierungsinterne migrationspolitische Meinungsstreit und die wochenlangen Auseinandersetzungen dazu innerhalb der Union haben die Salienz und Aufmerksamkeit für das Thema verstärkt, sein Skandalisierungspotenzial gesteigert und eine Versachlichung und Beruhigung vorerst verhindert (Vehrkamp 2018).

Sozialer Wohnungsbau: Eine neue soziale Frage

Erstmals analysiert wurde im Populismusbarometer 2018 die Wohnungsbaupolitik. Deshalb ist dafür auch kein Vorjahresvergleich möglich, aber die Ergebnisse für das Jahr 2018 sind dennoch höchst aufschlussreich: Bezahlbares Wohnen und die Zukunft des sozialen Wohnungsbaus erscheinen als die neue soziale Frage oder zumindest als eine neue und zunehmend wichtige Facette dieser Frage. Gegenüber „sehr viel niedrigeren“ Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verbessert die Forderung nach höheren und viel höheren Mitteln für den sozialen Wohnungsbau bei allem Wahlberechtigten die Zustimmung deutlich: Um 15 Prozentpunkte bei „viel höheren“ Investitionen und um 16 Prozentpunkte bei „höheren“ Investitionen. Der durchschnittliche Wähler in Deutschland wünscht sich also spürbar größere Anstrengungen des Staates auf diesem Feld. Für die Politik ist damit ein wichtiges neues Gerechtigkeits- und Verteilungsthema gesetzt, das viele Wähler bewegt und ihre Wahlentscheidung beeinflusst.

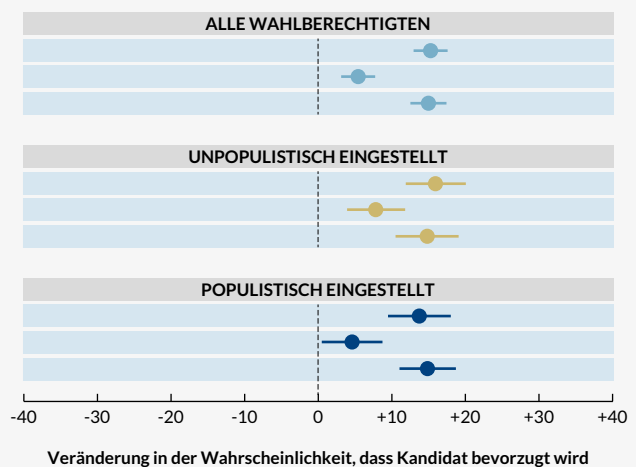
ABBILDUNG 18 Einfluss von Positionen zu sozialem Wohnungsbau auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

POSITION ZU SOZIALEM WOHNUNGSBAU

(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau)

Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Auffallend und politisch interessant ist beim Verteilungsthema sozialer Wohnungsbau die fast vollständige Übereinstimmung zwischen dem populistischen und dem unpopulistischen Wählerlager. Die Variation der Zustimmungswerte fällt nahezu identisch aus.

Das bedeutet: Mit der sozialpolitischen Zielsetzung, den sozialen Wohnungsbau zu fördern, verfügen die Parteien über die Chance einer lagerübergreifenden Ansprache und Wählermobilisierung. Mit größeren Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau lassen sich Populisten und Nicht-Populisten gleichermaßen gewinnen. Der soziale Wohnungsbau könnte somit zu einem Brückenthema für eine Gesellschaft werden, die sich in vielen anderen Themenfeldern auseinander entwickelt und gespalten zeigt. Eine Chance, die von den Parteien genutzt werden sollte, und die sich auch bei anderen sozialen Verteilungsfragen nahelegt, wie beispielsweise der Steuerpolitik.

Steuern: Wunsch nach mehr Umverteilung

Ein ähnliches Muster wie beim sozialen Wohnungsbau zeigt sich nämlich in der Steuerpolitik, dem zweiten expliziten (Um-)Verteilungsthema, das wir im Populismusbarometer 2018 untersucht haben. Auch hier wird ein lagerübergreifender Konsens für mehr Umverteilung deutlich.

Im Durchschnitt aller Wahlberechtigten führt die Forderung nach „sehr viel“ oder „etwas“ höheren Steuern für Reiche zu deutlich besseren Zustimmungswerten, als „niedrigere“ oder sogar „viel niedrigere“ Steuern für Reiche. Steuererhöhun-

ABBILDUNG 19 Einfluss von Positionen zu Steuern auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

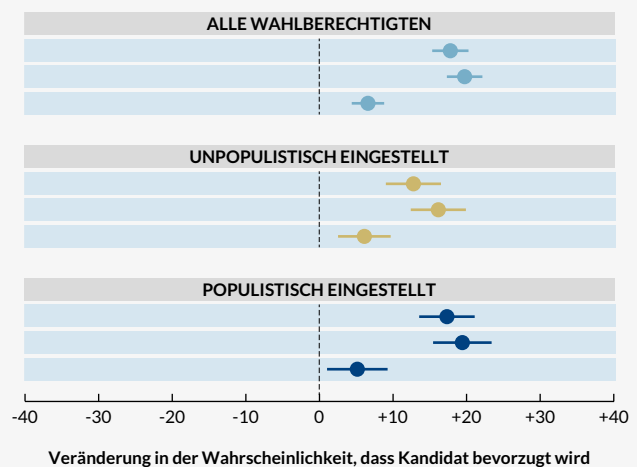
POSITION ZU STEUERN

(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)

Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche

Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche

Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas höhere Steuern für Reiche
Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

gen für Besserverdienende würden die Zustimmungswerte um 20 („höhere Steuern“) beziehungsweise 18 Prozentpunkte („sehr viel höhere Steuern“) erhöhen. Damit zeigt sich in der Steuerpolitik eine deutliche Präferenz der Wählerschaft für eine Umverteilung von oben nach unten, die sich implizit bereits in dem Wunsch nach mehr staatlichen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau gezeigt hat.

Ebenso findet sich auch in der Steuerpolitik eine fast vollständige Übereinstimmung der Zustimmungsmuster von populistischen und unpopulistischen Wählern. Beide sind übereinstimmend für mehr Umverteilung. Auch hier zeigt sich also, dass (Um-) Verteilungsthemen die offensichtlich größten lagerübergreifenden Konsenschancen haben und besonders geeignet sind, eine Brücke zwischen populistischen und nicht populistischen Wählern zu schlagen.

Auch im populistischen Lager herrscht somit ein deutlich sozialpolitisch geprägtes und umverteilungsorientiertes Meinungsklima. Die AfD scheint das bereits zu antizipieren und plant für das kommende Jahr eine neue sozialpolitische Standortbestimmung und damit eine Schärfung ihrer bislang eher diffusen programmatischen Orientierung in diesem Politikfeld. Das derzeit noch von eher liberalen und neoliberalen Versatzstücken aus der Gründungsphase geprägte Programm der AfD – beispielsweise in der Renten- und Wohnungsbaupolitik – könnte dabei zur Disposition stehen. Eine stärker sozialpolitische und umverteilungsorientierte Ausrichtung würde die AfD programmatisch an ihr schon heute stark national und sozial ausgerichtetes Wählerpotenzial annähern. Gleichzeitig würden viele der jetzigen Führungspersonen der AfD mit einer solchen programmatischen Neujustierung ihre bisherigen Positionen entweder aufgeben oder zumindest revidieren müssen. Für die etablierten Parteien bietet sich damit die Chance, die Auseinandersetzung mit der AfD nicht nur auf dem Feld der von ihr dominierten Migrations- und Flüchtlingspolitik zu führen, sondern auch im Bereich der Sozial- und Verteilungspolitik.

Freihandel: Keine Angst vor der Globalisierung

Im Vergleich zu den Themen Europa, Euro und Migration führen Freihandel und Globalisierung in der deutschen Wählerseele ein Schattendasein. Die Salienz des Themas ist jedenfalls deutlich geringer ausgeprägt. Obwohl die Zukunft der deutschen Wirtschaft ganz wesentlich an der Zukunft von Freihandel und Globalisierung hängt, bewegen die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen die deutsche Wählerschaft vergleichsweise wenig.

Daran hat auch die populistische Aufkündigung des lange vorherrschenden Konsenses für Freihandel und Globalisierung durch Donald Trump nichts geändert. Die Beunruhigung über neue protektionistische Bestrebungen und ein Ende der Globalisierung ist bei den deutschen Wählern entweder noch gar nicht angekommen oder bleibt zumindest überschaubar. Ein „Aufregerthema“ verbirgt sich dahinter derzeit jedenfalls nicht.

Dennoch belegt unsere Befragung eine prinzipiell positive Einstellung gegenüber Freihandel und Globalisierung, die im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben ist. Auch im Jahr 2018 stehen die deutschen Wähler globalisierungsfreundlichen Positionen positiver gegenüber als globalisierungskritischen Positionen. Aber ein

entsprechendes Plädoyer für „viel mehr“ (+5 Prozentpunkte) oder „etwas mehr“ (+6 Prozentpunkte) Freihandel und Globalisierung erhöht die Zustimmungswerte nur in einem vergleichsweise überschaubaren Umfang.

ABBILDUNG 20 Einfluss von Positionen zu Freihandel und Globalisierung auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

POSITION ZU FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG

(Basis = Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung)

Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung

Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung

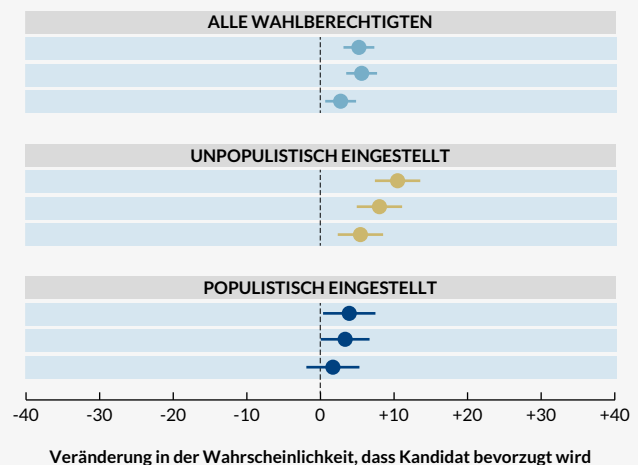
Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung

Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung

Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Dennoch sind die deutschen Wähler zumindest etwas globalisierungsfreundlicher geworden, insofern sie inzwischen beide im Populismusbarometer abgefragten globalisierungskritischen Maximen („viel weniger“ und „etwas weniger“ Freihandel und Globalisierung) mit leicht schlechteren Zustimmungswerten versehen als die beiden globalisierungsfreundlicheren Positionen („viel mehr“ und „etwas mehr“ Freihandel und Globalisierung). Im Wahljahr 2017 galt das nur für die Forderung nach „etwas mehr“ freiem Handel und Globalisierung.

Beruhigend für die Anhänger von Freihandel und Globalisierung mag auch wirken, dass die Freihandels- und Globalisierungspräferenzen der Populisten ein sehr ähnliches Muster aufweisen wie die der unpopulistischen Wähler. Auch die Populisten präferieren Freihandel und Globalisierung, nur etwas weniger intensiv als die nicht populistischen Wähler. Dennoch steckt darin auch für die Populisten derzeit kein „Aufregerthema“, es ist daher für die Wahlentscheidung eher unbedeutend. Damit sind Freihandel und Globalisierung in Deutschland auch keine populistisch ausbeutbaren Kampagnenthemen gegen einen globalisierungsfreundlichen Wählerkonsens. Ähnlich wie bei der EU und beim Euro müssen die etablierten Parteien also nicht befürchten, durch eine explizit globalisierungsfreundliche Politik populistisch an den Pranger gestellt zu werden, wie das beispielsweise in der Flüchtlingspolitik der Fall ist. Die Erfolgchancen einer solchen Anti-Globalisierungskampagne wären deutlich geringer als in der Flüchtlingsfrage. Für die etablierten Parteien gilt deshalb auch weiterhin: Keine Angst vor der Globalisierung.

Zölle: Keine Chance für den Protektionismus

Ebenfalls neu im Populismusbarometer wurde zusätzlich zum Freihandel nach den Wählerpräferenzen in der Zollpolitik gefragt. Und auch hier spiegeln sich die grundlegenden Präferenzen der Deutschen für eine globalisierte und offene Weltwirtschaft wider. Ein weiterer Abbau von Zollschränken bewegt die Wähler sogar spürbar stärker als ihre allgemeine Sorge um den Freihandel und die Globalisierung. Wer für niedrigere Zölle plädiert, erhöht seine Zustimmungswerte um etwa 9 Prozentpunkte und damit etwa doppelt so stark wie durch den allgemeinen Einsatz für mehr Freihandel.

ABBILDUNG 21 Einfluss von Positionen zu Protektionismus auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten
In Prozentpunkten

POSITION ZU PROTEKTIONISMUS

(Basis = Ist für viel höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen)

Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

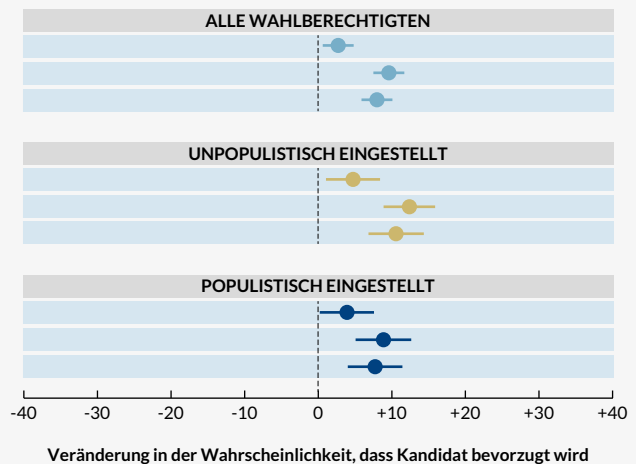
Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen

Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie.
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger Im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

In diesen Zahlen spiegelt sich die höhere öffentliche Aufmerksamkeit für die Zollpolitik, die durch die Zollerhöhungen und die zollpolitischen Handelsstreitigkeiten zwischen den USA, Europa und China auch die deutschen Wähler erreicht hat. Die Sorge um die Zukunft des globalen Handels macht sich an der konkreten Frage von Zoll- und Handelsschranken fest, die in den USA derzeit als ein populistisches Mobilisierungsthema des amtierenden Präsidenten die Gemüter bewegt.

In Deutschland zeigt sich aber auch in der Zollfrage kein Unterschied zwischen populistisch und nicht populistisch eingestellten Wählern. Wie beim Freihandel, der EU und dem Euro wäre auch die Einführung von Zöllen und Handelsschranken in Deutschland in keinem der Lager ein Gewinnerthema. Weder die Populisten und noch weniger die unpopulistischen Wähler ließen sich durch Zollerhöhungen nach Trumpscher Manier mobilisieren. Im Gegenteil: Nach derzeitigem Stand würden Kandidaten durch derartige Kampagnen ihre Wahlchancen spürbar verringern und an Zustimmung bei allen Wählern verlieren.

Direkte Demokratie: Wir sind das Volk!

Die programmatische Forderung nach mehr direkter Demokratie wurde bereits im Vorjahr analysiert, jedoch nur als ein ergänzendes Einzelthema und nicht als eigenes Politikfeld mit differenziert ausgeführten unterschiedlichen Sachpositionen. Weil aber schon die einfache Forderung nach mehr direkter Demokratie im Wahljahr 2017 zu den wenigen Einzelthemen gehörte, mit denen eine zumindest statistisch signifikante Veränderung der Wahlchancen erzielt werden konnte, wollten wir nun in der neuen Ausgabe des Populismusbarometers genauer wissen, was sich über die konkreten Zustimmungswerte gegenüber Kandidaten, die dagegen sind, deutlich verbessern. Umgekehrt heißt das, wer gegen mehr Volksabstimmungen ist, verschlechtert dadurch seine Wahlchancen erheblich.

Bei allen Wahlberechtigten zeigt sich zunächst ein im Durchschnitt deutliches Zustimmungsmuster für die Forderung nach mehr direkter Demokratie. Kandidaten, die entweder für „mehr“ oder „viel mehr“ Volksabstimmungen plädieren, können ihre Zustimmungswerte gegenüber Kandidaten, die dagegen sind, deutlich verbessern. Umgekehrt heißt das, wer gegen mehr Volksabstimmungen ist, verschlechtert dadurch seine Wahlchancen erheblich.

Die konkreten Werte dafür sind deutlich und in ihrer Effektstärke vergleichbar mit denen der sozialpolitischen Umverteilungsthemen wie Steuern und sozialer Wohnungsbau. Wer für „weniger“ Volksabstimmungen ist, verschlechtert seine Zustimmungswerte um 12 Prozentpunkte und wer für „viel weniger“ Volksabstimmungen ist, sogar um etwa 14 Prozentpunkte. In gleicher Größenordnung würden Kandidaten durch ein entschlossenes Plädoyer für mehr Volksabstimmungen ihre Wahlchancen gegenüber einem Gegner direkter Demokratie verbessern können.

ABBILDUNG 22 Einfluss von Positionen zu direkter Demokratie auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

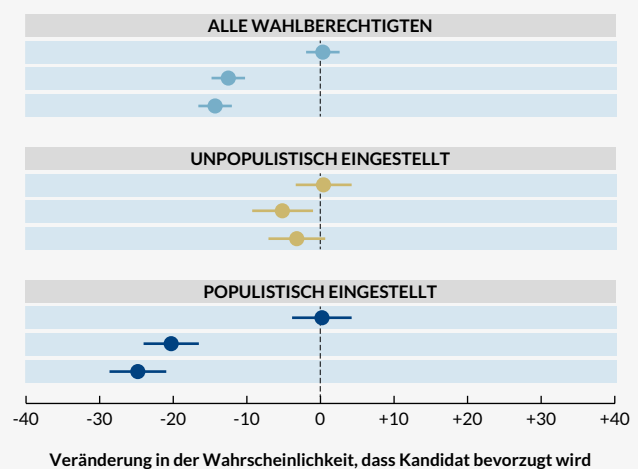
POSITION ZU DIREKTER DEMOKRATIE

(Basis = Ist für viel mehr Volksabstimmungen)

Ist für mehr Volksabstimmungen
Ist für weniger Volksabstimmungen
Ist für viel weniger Volksabstimmungen

Ist für mehr Volksabstimmungen
Ist für weniger Volksabstimmungen
Ist für viel weniger Volksabstimmungen

Ist für mehr Volksabstimmungen
Ist für weniger Volksabstimmungen
Ist für viel weniger Volksabstimmungen



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustert nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Besonders interessant und aufschlussreich ist in diesem Fall die differenzierte Betrachtung nach populismusaffinen und populismusresistenten Befragten. Dabei zeigt sich, dass ein großer Teil der allgemeinen Zustimmung zu direkter Demokratie auf die Zustimmung populistisch eingestellter Wähler zurückzuführen ist. Die Differenzierung nach Wählersegmenten macht deutlich, dass den unpopulistischen Wählern das Thema deutlich unwichtiger ist und sich ihre leichte Präferenz für mehr Volksabstimmungen statistisch als nicht signifikant erweist.

Ganz im Gegensatz dazu die populistisch eingestellten Wähler: Hier ist die Präferenz für mehr Volksabstimmungen sehr klar und noch einmal deutlich stärker ausgeprägt als bei den unpopulistischen Wählern und im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Wer für „viel weniger“ Volksabstimmungen plädiert, verliert bei den populistisch eingestellten Wählern etwa 25 Prozentpunkte an Zustimmung. Wer nur für „weniger“ Volksabstimmungen eintritt, verliert noch etwa 20 Prozentpunkte. Umgekehrt würden Kandidaten durch „mehr Volksabstimmungen“ gegenüber Kandidaten, die dagegen sind, auch etwa rund 20 Prozentpunkten an Zustimmung gewinnen.

Für die Interpretation dieser Daten ist wichtig zu bedenken, dass die Forderung nach direkter Demokratie zu den konstituierenden Definitionsmerkmalen des Populismus gehört (s. Abb. 1 „Was ist Populismus?“). Im Kontext allgemeinpopulistischer Einstellungen ist jedoch, wie wir gezeigt haben, die Forderung nach mehr direkter Demokratie deutlich anders zu bewerten als im Kontext nicht populistischer Einstellungen und Überzeugungen. Die Zahlen aus dem Populismusbarometer lassen nun erkennen, dass die Zustimmung zu direkter Demokratie in Deutschland nicht unwesentlich geprägt ist durch die Zustimmung populistischer Wahlberechtigter.

Populisten fordern direkte Demokratie nicht im Sinne eines innovativen partizipativen Elements der liberalen Demokratie, das die repräsentativen Verfahren pluralistischer Meinungsbildung ergänzt. Populisten fordern direkte Demokratie vielmehr vor allem aus tiefsitzendem Ressentiment gegen die liberale und repräsentative Demokratie und ihre Institutionen. Sie gehen dabei von der Fiktion eines einheitlichen Volkswillens aus, den sie mithilfe der direkten Demokratie gegen die korrupten Eliten der herrschenden Parteien durchsetzen möchten. Derart konnotiert wird direkte Demokratie zu einem illiberalen Instrument gegen die repräsentative Demokratie und nicht, wie es der direkten Demokratie ihrem Wesen nach viel eher entspricht, zu einem ergänzenden, die Funktionsweise, deliberative Qualität und Responsivität der repräsentativen Demokratie verbessernden und stärkenden Element.

Jedenfalls sollte in der Diskussion um die Einführung von mehr direktdemokratischen Instrumenten bedacht werden, dass auch direkte Demokratie anfällig bleibt für illiberale Absichten und Missbrauch. Daraus wird ganz sicher noch kein Plädoyer gegen Volksabstimmungen. Aber es legt nahe, die Motive, konkreten Verfahren und Sicherungen einer ergänzenden Einführung direktdemokratischer Instrumente integriert in die bestehenden Verfahren und Institutionen der liberalen repräsentativen Demokratie sehr sorgfältig zu bedenken.

Radikaler Populismus: Nein danke!

Abschließend wollen wir noch einmal etwas expliziter auf die Debatte um einen „moderaten“ versus „radikalen“ Populismus eingehen. Dazu liefert das Populismusbarometer eine interessante Facette, deren Betrachtung sich lohnt: Die Frage nach der Entmachtung der herrschenden politischen Eliten in Deutschland.

Die Forderung danach ist konstitutiv für jede Form und Ausprägung von Populismus. Sie ist theoretisch ein definitorischer Bestandteil und praktisch-politisch eine der Kernforderungen aller Populisten. Darüber hinaus ist sie ein Indikator für den Grad populistischer Radikalisierung. Während ein moderater Populist die herrschenden Eliten kritisiert und politisch gegen sie opponiert, fordert der radikale Populist ihre vollständige und sofortige Entmachtung. Wie sehen dazu die Befragungsergebnisse aus dem Populismusbarometer 2018 aus?

Zunächst zeigt sich im Durchschnitt aller Wahlberechtigten, dass sich die Deutschen keine Entmachtung ihrer politischen Eliten wünschen. Bei aller, auch in Umfragen artikulierten Kritik an Politikern, Parteien, Parlamenten und anderen gesellschaftlichen Eliten: Eine nennenswerte Bewegung zur Entmachtung politischer Spitzenakteure würde derzeit in Deutschland nur auf geringe Zustimmung stoßen. Im Gegenteil: Eine solche Forderung würde die eigenen Zustimmungswerte und Wahlchancen bereits bei allen Wahlberechtigten um etwa 12 Prozent-

ABBILDUNG 23 Einfluss des Schwerpunktes „Die politische Elite entmachten“ auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten

In Prozentpunkten

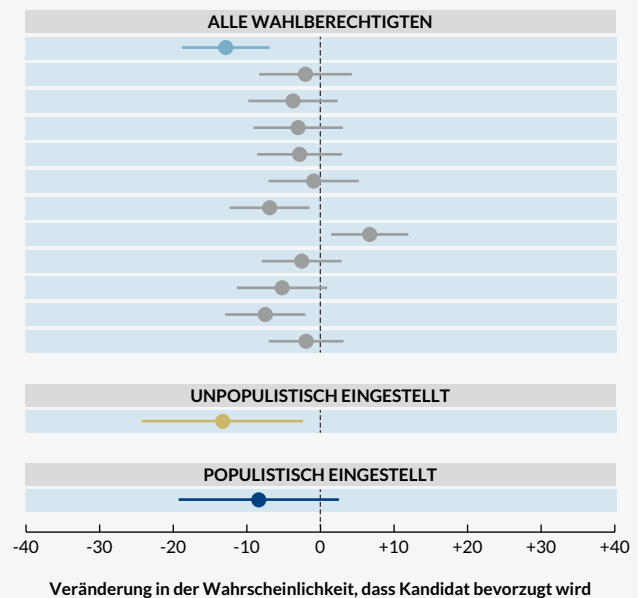
POLITISCHE SCHWERPUNKTE 1

(Basis = Korruption in der Politik bekämpfen)

Die politische Elite entmachten	▶
Interessen der Bürger verteidigen	
Deutschland aus der Krise führen	
Umweltschutz verbessern	
Wirtschaftswachstum fördern	
Soziale Gerechtigkeit stärken	
Islamisierung stoppen	
Kriminalität bekämpfen	
Bürgerrechte und Freiheitsrechte stärken	
Globalisierung gerechter gestalten	
Ein soziales Europa schaffen	
Den Machtmissbrauch der Parteien beenden	

Die politische Elite entmachten ▶

Die politische Elite entmachten ▶



Methode: „Average marginal component effects“ (Hainmueller et al. 2014) mit Konfidenzintervallen (95%) basierend auf Standardfehlern geclustered nach Befragtem; Änderungen in der Wahrscheinlichkeit beziehen sich auf Vergleich zur Basis-Kategorie. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018.

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

punkte vermindern. Das ist der stärkste absolute Ausschlag bei einer Einzelaussage, die für den Durchschnitt aller Wahlberechtigten gemessen wurde.

Noch interessanter ist wiederum das Ergebnis in den unterschiedlichen Wählersegmenten: Der vermutbar große Unterschied zwischen Populisten und populistusresistenten Wählern ist in dieser Frage eher marginal. Auch bei den Populisten verbessert die Forderung nach einer Entmachtung der Eliten nicht etwa die eigenen Wahlchancen, sondern vermindert sie – und das in einer nahezu vergleichbaren Effektstärke wie beim Durchschnitt aller, auch der explizit unpopulistischen Wähler. In Deutschland wollen also noch nicht einmal die Populisten die politischen Eliten entmachten, was auf einen eher moderaten als radikalen Populismus hinweist. Auch Populisten entfalten insofern keine revolutionäre Umsturzstimmung.

Ob das ein Grund zur Entwarnung ist? Auch moderater Populismus kann zu einem schleichenden Gift für die liberale Demokratie werden, wenn darauf nicht angemessen reagiert wird. Demokratien „sterben“ (Levitsky und Ziblatt 2018) oder „enden“ (Runciman 2018) heute eher schleichend als durch Putsch oder Revolution. Populismus ist deshalb auch in seiner moderaten Spielart eine Herausforderung für die liberale Demokratie in Deutschland.

3. Populismus an der Wahlurne

Parteipräferenzen und Wahlabsichten populistisch und unpopulistisch eingestellter Wahlberechtigter im Jahr 2018

Populistische und unpopulistische Wähler sympathisieren und identifizieren sich sehr unterschiedlich mit den Parteien. Und populistische Einstellungen beeinflussen auch im Jahr 2018 die Parteipräferenzen und Wahlabsichten der Deutschen. Gegenüber dem Jahr der Bundestagswahl 2017 zeigen die aktuellen Befunde des Populismusbarometers dazu einige interessante Veränderungen.

Die Partei mit den inzwischen mit Abstand am wenigsten populistischen Wählern ist Bündnis 90/ Die Grünen. Während Union und FDP sich signifikant populistischer zeigen als noch zur Bundestagswahl 2017, sind die Grünen im Durchschnitt ihrer Wähler noch einmal etwas unpopulistischer geworden. Gleichzeitig haben sie sich ideologisch in die Mitte bewegt. Die Grünen sind damit zum unpopulistischen Marktführer in der linksliberalen Mitte geworden. Die SPD zeigt sich auch in ihrem Populismusprofil eher flach und wenig konturiert. Im Spagat zwischen ihren in etwa gleichstarken unpopulistischen und populistischen Wählersegmenten reibt sie sich zunehmend auf. Ein ähnlich flaches Profil zeigen bei ihrer durchschnittlichen Populismusneigung auch die Wähler der FDP.

Ein extremer Ausreißer bleibt die AfD: Keine andere Partei hat ein so extrem konturiertes Populismusprofil und keine andere Partei steht der Selbsteinschätzung ihrer Wähler nach ideologisch so weit rechts wie die AfD. Die AfD ist damit auch ein Jahr nach der Bundestagswahl eine extrem rechtspopulistische Partei. Am ganz rechten Rand der Populisten liegt das Wahlergebnis der AfD bei 70 Prozent: Sieben von zehn der extremen Rechtspopulisten wählen AfD. Während diese ideologisch rechts orientierten Wähler die AfD als Partei weit rechts von der Mitte wählen, erreicht die AfD in der politischen Mitte vor allem die besonders populistisch eingestellten Wähler.

Dennoch bleibt die Ablehnung der AfD bei der übergroßen Mehrheit aller Wahlberechtigten mindestens so intensiv wie die Zustimmung ihrer Anhänger. Das zeigen die dazu im Populismusbarometer 2018 erstmals erhobenen negativen Wahlabsichten. Danach würden 71 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland die AfD „auf keinen Fall“ wählen. Mehr als sieben von zehn Wahlberechtigten lehnen die AfD also sehr deutlich ab. Die AfD wird damit ähnlich stark abgelehnt wie die rechtsextreme NPD.

IM FOKUS

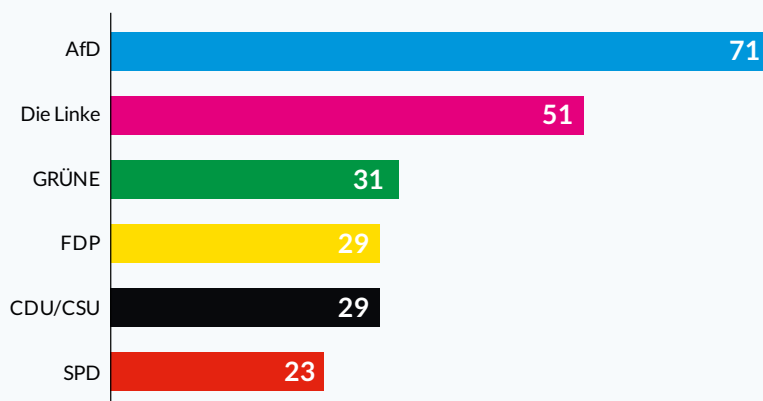
Keine Alternative für Deutschland

„Und morgen das ganze Land“? – fragte kürzlich eine Schlagzeile darüber, warum die AfD so erfolgreich ist. Nein, lautet darauf die Antwort der Befragten im Populismusbarometer 2018: Nicht das ganze Land, auch nicht die Hälfte davon und mit großer Wahrscheinlichkeit noch nicht einmal ein Viertel, sondern deutlich weniger. Das positive Wählerpotenzial der AfD liegt bei derzeit etwa 14 Prozent aller Wahlberechtigten (Vehrkamp 2018), was ihre derzeitigen Wahl- und Umfrageergebnisse gut erklärt. Ihr negatives Wählerpotenzial liegt allerdings mit über 70 Prozent aller Wahlberechtigten mehr als fünfmal so hoch. Das zeigen die dazu im Populismusbarometer 2018 erstmals erhobenen Daten.

Zur Abschätzung künftiger Spielräume und Wählerpotenziale der Parteien wurde dafür erstmals auch nach den sogenannten negativen Wahlabsichten gefragt – also nicht nur danach, welche Partei ein Befragter wählen würde, sondern ganz explizit auch danach, welche Partei ein Befragter „eher nicht“ oder „auf keinen Fall“ wählen würde. Je deutlicher die Ablehnung einer Partei, umso schwieriger ist es für sie, ihr Wählerpotenzial zu vergrößern. Am schwierigsten bis gar nicht erreichbar sind Wähler mit einer explizit negativen Wahlabsicht – also Wähler, die eine Partei „auf keinen Fall“ wählen würden. Bei der AfD gilt das für 71 Prozent aller Wahlberechtigten – was heißt: mehr als sieben von zehn Wahlberechtigten haben gegenüber der AfD eine ausgeprägt negative Wahlabsicht, würden die AfD also „auf keinen Fall“ wählen.

Keine Alternative für Deutschland

Negative Wahlabsicht („würde die Parteien auf keinen Fall wählen“) in Prozent aller Wahlberechtigten



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 3.323).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Bei den anderen Parteien liegen die negativen Parteiidentitäten und Wahlabsichten auf deutlich geringerem Niveau: Bei CDU/CSU (29 Prozent), FDP (29 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (31 Prozent) sind sie weniger als halb so groß wie bei der AfD. Gegenüber der SPD (23 Prozent) ist die Wahlablehnung der AfD sogar mehr als dreimal so stark ausgeprägt. Lediglich die Linkspartei liegt mit 51 Prozent etwas näher an der AfD, aber ebenfalls noch weit unterhalb von deren Ablehnungswerten. Keine andere Partei wird also so sehr von den Wählern abgelehnt, wie die AfD. Die AfD liegt mit dieser massiven Wählerablehnung in etwa auf dem Niveau der rechtsextremen NPD, verfügt allerdings zugleich über ein im Vergleich zur NPD deutlich höheres zustimmendes Wählerpotenzial.

„Die AfD liegt in der Wählerablehnung in etwa auf dem Niveau der rechtsextremen NPD.“

Dennoch weist die massive Ablehnung der AfD darauf hin, dass sie für eine übergroße Mehrheit aller Deutschen als unwählbar gilt. Ihr positives Wählerpotenzial scheint sie demnach inzwischen weitgehend ausgeschöpft zu haben. Deshalb wird es ihr sehr viel schwerer fallen als anderen Parteien, ihr eng begrenztes Potenzial in nächster Zukunft nennenswert zu verbreitern. Sie müsste sich dafür wohl neu erfinden und sich vor allem von ihren weit rechts stehenden Mitgliedern und Unterstützern trennen. Damit würde sie jedoch ihr inzwischen in diesen Segmenten verfestigtes Zustimmungspotenzial gefährden. Die Wählerschaft der rechtsextremen NPD ist in den vergangenen Jahren sehr weitgehend zur AfD gewandert. Je stärker die AfD versucht sich programmatisch und personell auch für die unpopulistische Mitte wählbar zu machen, umso stärker gefährdet sie ihren rechten Flügel.

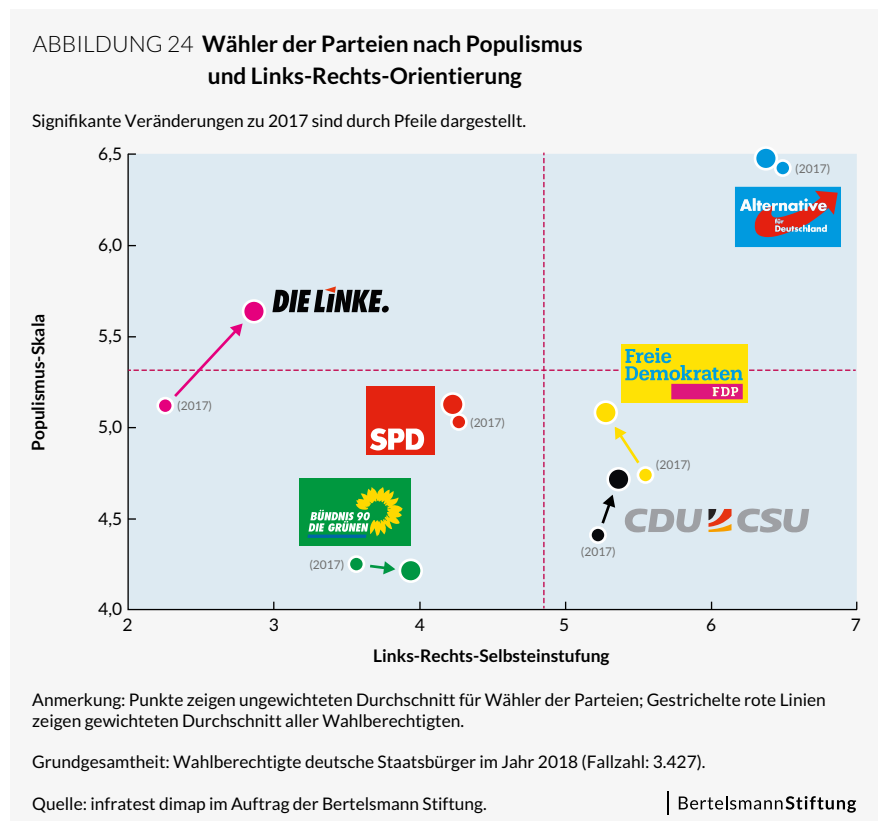
Auch für die AfD gibt es in der Wählermobilisierung deshalb so etwas wie eine „gläserne Decke“ – und diese hängt sehr viel tiefer und erscheint sehr viel massiver als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Deshalb lautet die Erkenntnis mit Blick auf die AfD: Nein, nicht das ganze Land. Schon deshalb nicht, weil mehr als sieben von zehn Wahlberechtigten eine Stimmabgabe für die AfD kategorisch ausschließen.

Wie populistisch sind die Wähler der Parteien?

Populisten haben ein anderes Verständnis von Demokratie als unpopulistische Wähler (Kapitel 1). Darüber hinaus denken populistisch eingestellte Wähler auch über viele politische Sachthemen anders als unpopulistische Wähler (Kapitel 2). Aber beeinflussen populistische Einstellungen auch das Wahlverhalten? Bevorzugen Populisten bestimmte Parteien und wählen sie anders als unpopulistische Wähler?

Zur Beantwortung dieser Fragen verorten und analysieren wir die Wähler zunächst nach ihren Wahlabsichten als Anhänger einer bestimmten Partei. Maßgebend für die Wahlabsicht ist die Beantwortung der sogenannten Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“). Über die Parteienpräferenz hinaus werden im Populismusbarometer zwei weitere Verortungen vorgenommen: Zum einen der Grad der Populismusneigung der Wahlberechtigten. Dazu nutzen wir eine einfache Populismus-Skala von 0 (unpopulistisch) bis 8 (populistisch). Außerdem messen wir die ideologische Links-Rechts-Orientierung anhand einer Selbsteinschätzung.

Durch die Zusammenführung der beiden Dimensionen lassen sich die Wähler der einzelnen Parteien nach ihrer Populismusneigung und Links-Rechts-Orientierung einordnen. Zudem lässt sich das folgende Bild der Parteienlandschaft in Deutschland zeichnen (s. Abb. 24), das sich aus einer Verortung der durchschnittlichen Populismusneigung der Wähler einer Partei und ihrer durchschnittlichen Links-Rechts-Orientierung ergibt:



Für die Interpretation der politischen Verortung der Parteien ist zum einen ihre relative Positionierung zueinander wichtig und zum anderen der Vergleich der jeweiligen Parteipositionierung zu den Mittelwerten der Populismusneigung und Links-Rechts-Orientierung im Durchschnitt aller Wähler (gestrichelte Linien). Die Mittelwerte zeigen die durchschnittliche Populismusneigung und Links-Rechts-Orientierung aller Wahlberechtigten. In den zwei dargestellten Dimensionen ergeben sich daraus vier unterschiedliche Quadranten oder Segmente der Parteienlandschaft: Ein rechtspopulistisches Segment (überdurchschnittlich populistisch und gleichzeitig rechts von der politischen Mitte) und ein linkspopulistisches Segment (überdurchschnittlich populistisch und gleichzeitig links von der politischen Mitte), sowie zwei unpopulistische beziehungsweise unterdurchschnittlich populistische Wählersegmente, von denen sich das eine links von der politischen Mitte und das andere rechts von politischen Mitte befindet.

Die Verortung und die Bewegung der einzelnen Parteien und ihrer Wähler in diesen vier Segmenten gegenüber dem Vorjahr zeigt ein differenziertes Bild der derzeitigen Parteienlandschaft und ihrer Veränderungen seit der Bundestagswahl 2017.

CDU/CSU und FDP: Schleichende Zunahme populistischer Einstellungen in der bürgerlichen Mitte

Definiert man die ideologische Positionierung leicht rechts vom Mittelwert aller Wahlberechtigten als den politischen Ort der bürgerlichen Mitte, dann sind CDU/CSU und FDP in Deutschland die typischen Repräsentanten dieser bürgerlichen Mitte. In der Rechts-Links-Orientierung ihrer Wähler liegen sie im Populismusbarometer 2018 nahezu gleichauf, mit einem Wert von 5,38 für die CDU/CSU und von 5,29 für die FDP. Das ist jeweils leicht rechts vom Durchschnitt der ideologischen Mitte (4,86). Die marginalen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr haben zu einer weiteren Angleichung ihrer ideologischen Verortung geführt, sind aber statistisch nicht signifikant und weder als „Rechtsruck“ der Union, noch als „Linksruck“ der FDP interpretierbar. Beide Parteien haben ihre ideologische Verankerung in der bürgerlichen Mitte der deutschen Wählerschaft bestätigt und verfestigt.

Signifikantere Veränderungen zeigen sich bei der Populismusneigung: Hier wird bei beiden Parteien eine zumindest schleichende Verschärfung populistischer Einstellungen sichtbar. So stieg die Populismusneigung der Wähler der CDU/CSU um 0,27 Skalenpunkte, von 4,44 Punkten im Jahr 2017 auf 4,71 im Jahr 2018. Bei den Wählern der FDP lag der Anstieg im gleichen Zeitraum bei 0,29 Skalenpunkten, die Populismusneigung stieg entsprechend von 4,79 auf 5,08 Punkte.

Zwar bleiben beide Parteien des bürgerlichen Lagers damit unterhalb der durchschnittlichen Populismusneigung aller Wahlberechtigten (5,31). Das liegt aber auch daran, dass sich der Mittelwert gegenüber dem Vorjahr um 0,22 Skalenpunkte nach oben verschoben hat, sich die Wählerschaft also auch insgesamt weiter popularisiert hat. Der anschwellende Populismus der bürgerlichen Mitte fiel sogar noch einmal leicht stärker aus als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Man kann daher von einer zwar schleichenden, aber deutlich spürbaren Verschärfung populistischer Einstellungen in der bürgerlichen Mitte sprechen.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD: Populismusresistenz der linksliberalen Mitte

Deutlich resistenter gegen die schleichende Zunahme populistischer Einstellungen der Wählerschaft insgesamt zeigen sich die Wähler der SPD und vor allem die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen in der linksliberalen Mitte. Bei beiden Parteien sind die Veränderungen so minimal, dass sie im Rahmen der Unschärfe von Umfrageergebnissen auch zufällig zustande gekommen sein könnten. Die SPD liegt auf der Populismusskala nun bei 5,12 (+0,08), die Bündnisgrünen liegen bei deutlich unterdurchschnittlichen 4,20 (-0,04). Die Wähler von SPD und Grünen haben sich damit als weitgehend resistent gegen den zunehmenden Populismus der deutschen Wählerschaft gezeigt.

Die Positionierungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bleiben allerdings auch in ihrer Unterschiedlichkeit erhalten: Während sich die SPD-Wähler im Niveau ihrer Populismusneigung nur leicht unterdurchschnittlich zeigen und damit auf der Populismusskala in etwa auf dem Niveau der beiden bürgerlichen Parteien liegen, sind die Grünen deutlich unpopulistischer. Durch den wachsenden Populismus der bürgerlichen Parteien wird die unpopulistische Ausrichtung der Grünen zu ihrem neuen Alleinstellungsmerkmal: Sie sind im Populismusbarometer 2018 die mit Abstand am wenigsten populistische Partei. Ihre Populismusresistenz wird zu einem neuen Markenkern der grünen Wählerschaft. Gleichzeitig bewegt sie sich ideologisch weiter in Richtung Mitte. Mit ihrem 2018er Wert von 3,94 – im Vorjahr waren es 3,58 – haben die Bündnisgrünen zwar keinen Rechtsruck vollzogen, sich aber noch einmal signifikant in Richtung politische Mitte (4,86) bewegt.

Werden die Grünen damit zur am stärksten unpopulistischen Partei in der politischen Mitte? Die Veränderungen im Populismusbarometer 2018 weisen in diese Richtung. Es wird sich zeigen, ob aus der derzeitigen Tendenz eines schleichend anschwellenden Populismus von Union und FDP und der gleichzeitigen Eroberung der unpopulistischen Mitte durch die Grünen in den nächsten Jahren ein Trend wird, der die deutsche Parteienlandschaft spürbar prägt und verändert.

AfD und die Linke: Populismus der politischen Ränder

Am deutlichsten zeigt sich der parteipolitische Populismus in Deutschland an den politischen Rändern: Im linkspopulistischen Segment der Wählerschaft hat dabei die Linke ein Alleinstellungsmerkmal, im rechtspopulistischen Segment die AfD. Allerdings mit sehr großen Unterschieden im Niveau und in der Ausprägung ihrer populistischen Orientierungen.

Extremer Ausreißer in der deutschen Parteienlandschaft bleibt die AfD. Sie besetzt im rechtspopulistischen Segment der Wählerschaft eine Position, die in beiden Dimensionen – auf der Populismusachse und bezogen auf die ideologische Rechts-Links-Orientierung – mit Abstand am weitesten von allen anderen Parteien und der Mitte entfernt ist. Mit einem Wert von 6,49 bei der populistischen Ausrichtung und von 6,38 bei der Orientierung nach rechts ist die AfD eine extrem rechtspopulistische Partei. An dieser Verortung hat sich auch seit der Bundestagswahl 2017 nichts geändert.

Die Wählerschaft der Linkspartei hat sich dagegen sowohl in Bezug auf die Populismusneigung als auch die ideologische Orientierung gegenüber der Bundestagswahl 2017 signifikant verändert: Sie zeigt sich im Populismusbarometer 2018 populistischer und gleichzeitig etwas weniger links orientiert. Ihre Populismusneigung lag im Vorjahr bei nur leicht überdurchschnittlichen 5,15 Skalenpunkten und ist seitdem auf deutlich überdurchschnittliche 5,64 Punkte (+0,49) signifikant gestiegen. Damit sind die Wähler der Linken zwar spürbar populistischer als im Vorjahr, bleiben aber auch im Jahr 2018 noch deutlich weniger populistisch eingestellt als die Wähler der AfD.

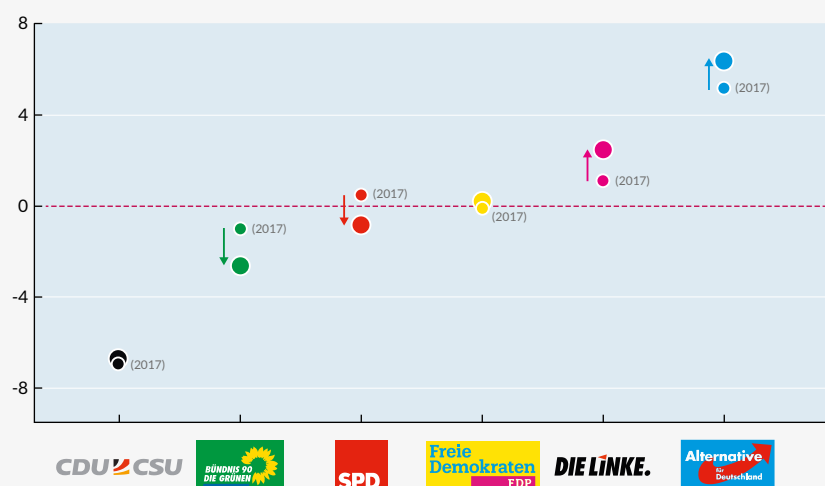
Der anschwellende Populismus der bürgerlichen Parteien hat damit jedoch auch die Linke erfasst. Gleichzeitig hat sich die Linke ideologisch von ihrem Skalenwert 2,27 um 0,59 Skalenpunkte auf nunmehr 2,86 signifikant Richtung Mitte bewegt, sie ist also in der Selbsteinschätzung ihrer Wähler etwas weniger links als noch zur Bundestagswahl 2017. Im Gesamtbild der deutschen Parteienlandschaft hat sich die Linke im Jahr 2018 erstmals sehr klar im linkspopulistischen Segment der Wählerschaft verortet. Sie ist damit noch keine lupenrein linkspopulistische Partei, scheint sich aber zumindest schleichend in diese Richtung zu entwickeln.

Welche Parteien profitieren von zunehmendem Populismus der Wähler?

Die einzigen Parteien, die von einer zunehmend populistischen Wählerschaft profitieren, sind die AfD und die Linke. Für alle anderen Parteien wirkt sich ein stärkerer Populismus entweder weitgehend neutral aus (SPD und FDP) oder sogar klar

ABBILDUNG 25 Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit

In Prozentpunkten (je Punkt auf der Populismus-Skala für populistische Einstellungen)



Veränderungen zu 2017 sind durch Pfeile dargestellt.

Methode: Durchschnittlicher marginaler Effekt der Populismus-Skala auf vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 mit Wahlabsicht für eine Partei (ohne Nichtwähler und Intention ungültiger Stimme).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

negativ (CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen). Messen lässt sich dieser „Populismusprofit“ in der Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei in Abhängigkeit vom Grad des Populismus der Wähler. Die Werte in Abbildung 25 zeigen für jede Partei, wie stark sich im Durchschnitt ihre Wahlergebnisse verändern, je weiter die Wähler um je einen Punkt auf der Populismusskala zulegen, also populistischer werden.

Für die AfD zeigt sich dabei, dass ihre Wahlchancen sich um durchschnittlich mehr als 6 Prozentpunkte verbessern, wenn die Wähler um einen Skalenpunkt populistischer werden. Im Wahljahr 2017 war die AfD die einzige Partei, deren Wahlwahrscheinlichkeit mit der Populismusneigung der Wähler stieg.

Im Jahr 2018 gilt das erstmals auch für die Linke: Ihre Wahlwahrscheinlichkeit steigt mit zunehmendem Populismus der Wähler um immerhin 2,4 Prozentpunkte. Im Wahljahr 2017 lag dieser Wert nur bei knapp über Null, jetzt ist er auf knapp die halbe Effektstärke der AfD angestiegen. Auch das ist ein Beleg für den zunehmenden Populismus der Linken, zumindest aus der Perspektive ihrer Anhänger und Wähler.

Die CDU/CSU bleibt dagegen die Partei, deren Wahlwahrscheinlichkeit mit der Populismusneigung eines Wählers am stärksten abnimmt (-7 Prozentpunkte). Damit ist der negative Effekt eines weiter anschwellenden Populismus auf die Wahlchancen für die Union sogar noch stärker als bei den Grünen (-3 Prozentpunkte).

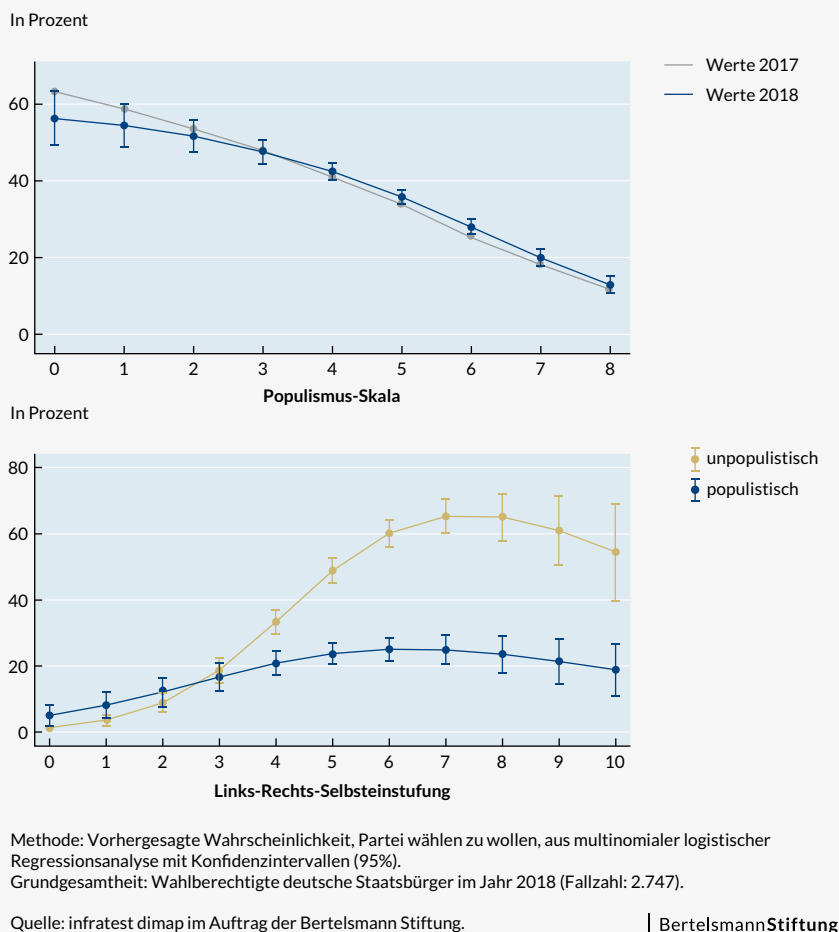
Für die Union bedeutet das im Klartext: Sie würde mit großer Wahrscheinlichkeit von einer zunehmend populistischen Wählerschaft nicht nur nicht profitieren. Ganz im Gegenteil: Sie würde von allen Parteien am stärksten darunter leiden. Das zeigt, wie gefährlich für die in ihrem Markenkern noch immer bürgerlich-unpopulistische Union eine Strategie ist, die auf mehr Populismus setzt. Sie würde damit ihren Platz in der unpopulistischen bürgerlichen Mitte preisgeben (Vehrkamp 2018) und hätte damit mehr zu verlieren als sie am rechtspopulistischen Rand hinzu- oder wieder zurückgewinnen könnte.

CDU/CSU: Preisgabe der unpopulistischen Mitte?

Diese Gefahr einer Preisgabe ihres Markenkerns in der unpopulistischen bürgerlichen Mitte bestätigt die Detailanalyse für die Union. Im Segment der vollkommen unpopulistischen Wähler erzielt sie mit knapp 60 Prozent ihre noch immer mit großem Abstand besten Wahlergebnisse. Im unpopulistischen Drittel aller Wahlberechtigten liegt sie auch im Populismusbarometer 2018 bei durchweg mehr als 40 Prozent. Aber ihre Position beginnt zu bröckeln. So hat sie im Vergleich zum Vorjahr in diesem für sie wählerstärksten Segmenten der Nicht-Populisten an Zustimmung verloren – nicht erdrutschartig, aber spürbar. Auch darin zeigt sich der schleichend wachsende Populismus der Union, durch den sie insgesamt aber nicht profitiert, weil sie im unpopulistischen Segment Wähler verliert, ohne zugleich in den populistischen Segmenten neue hinzugewinnen.

Für die Union heißt das: Sie würde durch mehr Populismus ihre Rolle als stärkste politische Kraft der unpopulistischen bürgerlichen Mitte preisgeben und ihren

ABBILDUNG 26 Populismus und Wahlabsicht bei CDU/CSU-Wählern



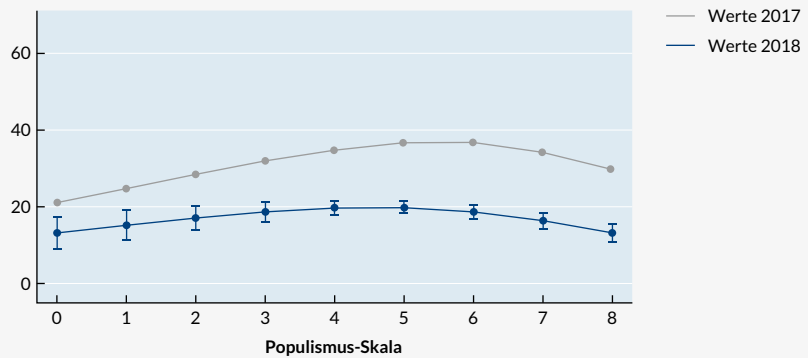
Markenkern an die Grünen verlieren – allerdings ohne dadurch den an die AfD verlorenen rechtspopulistischen Rand wieder zurückzugewinnen. Schon jetzt befindet sich die CDU/CSU in einer Zangenbewegung zwischen zunehmend unpopulistisch-bürgerlichen Grünen aus der linksliberalen Mitte und der rechtspopulistischen AfD von rechts. Das passive Hinnehmen, oder gar aktive Betreiben eines weiter anschwellenden Populismus in ihren Reihen wäre deshalb für die Union eine höchst riskante Strategie mit sehr ungewissem Ausgang.

SPD: Durchschnittlich populistisch, aber standhaft

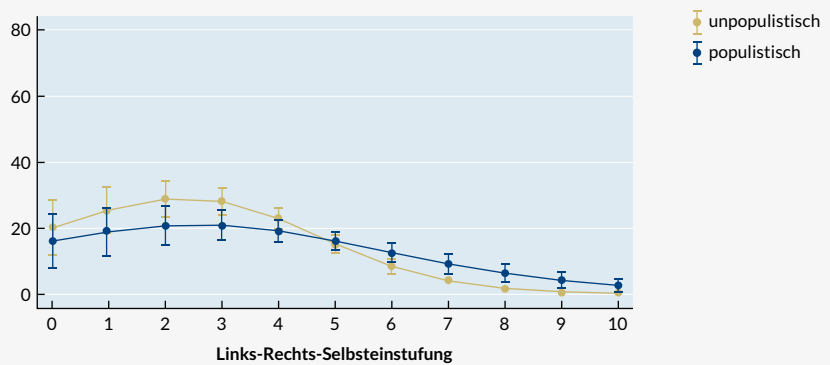
Die Wähler der SPD zeigen sich zwar nicht als Bollwerk gegen den grassierenden Populismus, aber als immerhin standhaft. Sie sind auch weiterhin lediglich durchschnittlich populistisch gesinnt. Auch in Bezug auf den Populismus ist das Profil der SPD also eher flach: Nach Populismusneigung unterscheiden sich ihre Wahlergebnisse nur wenig. Sie wird von unpopulistischen und populistischen Wählern in etwa gleichem Maße gewählt. Ihr Wählerprofil ist jedenfalls auf der Links-Rechts-Achse sehr viel deutlicher profiliert als auf der Populismusachse.

ABBILDUNG 27 Populismus und Wahlabsicht bei SPD-Wählern

In Prozent



In Prozent



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 2.747).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Auch die insgesamt eher abnehmenden Zustimmungswerte der SPD zeigen kein klares Profil: So verlieren die Sozialdemokraten in Bezug auf die Populismusneigung in allen Segmenten in etwa gleich stark an Wählern. In der Abbildung 27 (oben) zeigt sich das durch die Parallelverschiebung der Kurven nach unten. Derselbe Zusammenhang zeigt sich im unteren Teil der Abbildung 27, in dem sehr ausgeprägten Gleichlauf der Wahlabsichten von unpopulistischen und populistischen Wählern entlang der Links-Rechts-Achse.

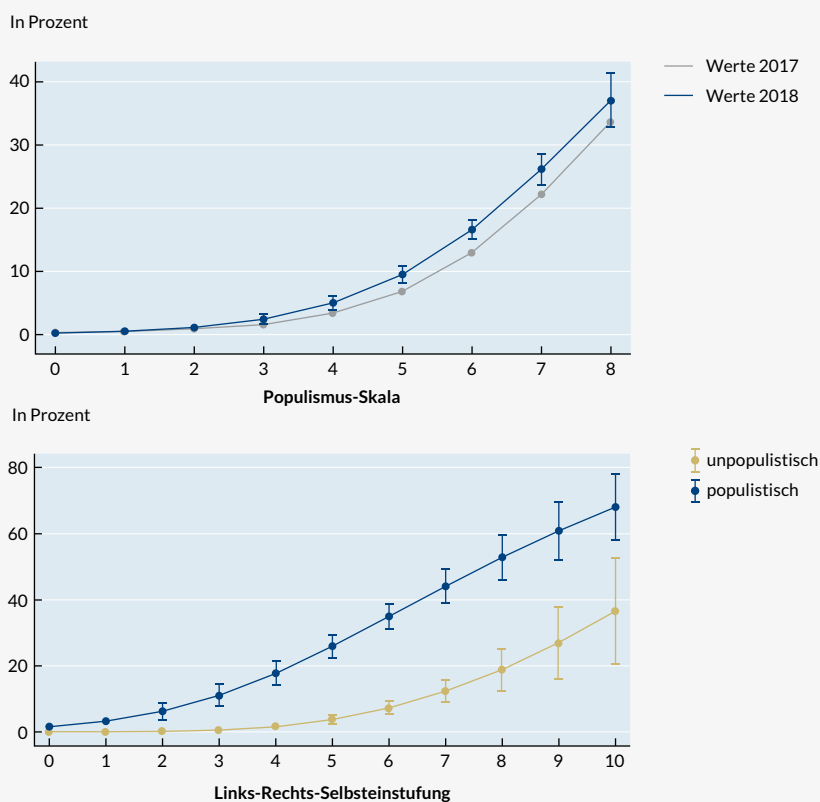
Rechts von der Mitte wird die SPD weder von populistischen noch von unpopulistischen Wählern gewählt. Links von der Mitte ist der Vorsprung bei der Zustimmung unpopulistischer Wähler nur sehr gering ausgeprägt. Nur bei der FDP findet sich ein ähnlich flaches Populismusprofil. Beide Parteien stehen insofern vor einer ähnlichen Herausforderung: Sie müssen sich gleichzeitig um eher populistisch und eher unpopulistisch orientierte Wählergruppen kümmern.

AfD: Extremer Populismus und rechter Rand

Ganz anders die AfD: Keine andere Partei hat ein so extrem konturiertes Populismusprofil, und keine andere Partei steht der Selbsteinschätzung ihrer Wähler nach ideologisch so weit rechts wie die AfD. Die AfD ist damit auch ein Jahr nach der Bundestagswahl eine extrem rechtspopulistische Partei. Ihre Wähler positionieren sich selbst sehr klar im rechtspopulistischen Segment der deutschen Wählerschaft, und innerhalb dieses Segments in der ganz rechten und gleichzeitig extrem populistischen Ecke. Im extrem populistischen Segment der deutschen Wähler erreicht die AfD eine Zustimmung von durchschnittlich mehr als 30 Prozent und im extrem rechtspopulistischen Segment sogar von etwa 60 Prozent. Am ganz rechten Rand der Populisten in Deutschland liegt das Wahlergebnis der AfD bei 70 Prozent, das heißt, sieben von zehn der extremen Rechtspopulisten wählen AfD.

Bei den unpopulistischen Wählern fällt die Zustimmung zur AfD dagegen deutlich geringer aus. Links von der Mitte wählt praktisch kein unpopulistischer Wähler die AfD. Erst rechts von der Mitte gelingt es der AfD, auch unpopulistische Wähler für sich zu gewinnen. Im ganz rechten Spektrum dominiert dann jedoch auch bei

ABBILDUNG 28 Populismus und Wahlabsicht bei AfD-Wählern



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 2.747).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

den nicht populistischen Wählern ihre ideologisch extreme Rechtsorientierung, so dass die AfD auch bei den extrem rechten Nicht-Populisten bei durchschnittlich rund 30 Prozent Zustimmung landet.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Populisten: Hier gelingt es der AfD bereits leicht links von der Mitte – und noch stärker leicht rechts von der Mitte –, Wähler für sich zu gewinnen, die sich selbst ideologisch als Wähler der Mitte verorten. Bei den Populisten erreicht die AfD bereits leicht rechts vom Durchschnitt aller Wähler deutlich mehr als 20 Prozent und in der rechten Mitte dann sogar deutlich mehr als 40 Prozent aller Wähler.

Das zeigt: Extrem rechte Wähler wählen die AfD als die ideologisch am weitesten rechts stehende Partei in Deutschland. Wähler aus der politischen Mitte und leicht rechts davon wählen die AfD als die am stärksten populistische Partei in Deutschland. Oder knapp auf den Punkt gebracht: Extrem Rechte wählen die AfD, weil sie rechts ist, und Wähler aus der rechten Mitte wählen die AfD, weil sie populistisch ist.

Das erklärt auch, warum es der AfD zunehmend gelingt, in die politische Mitte oder zumindest in das Lager der rechten Mitte vorzudringen: Ihr Schlüssel und Zugang zu diesen Wählerschichten ist ihr extremer Populismus. Er ist die Mobilisierungsstrategie der AfD in der politischen Mitte. Die Rechtspartei AfD setzt den Populismus dabei als eine Art trojanisches Pferd ein (vgl. auch S. 22): Die AfD-Wähler aus der Mitte wählen populistisch, bekommen aber gleichzeitig eine viel weiter rechts stehende Partei als es ihrem eigenen ideologischen Standort entspricht. Das gelingt, weil die „dünne Ideologie“ des Populismus durch die AfD ideologisch mit rechten Inhalten aufgeladen wird.

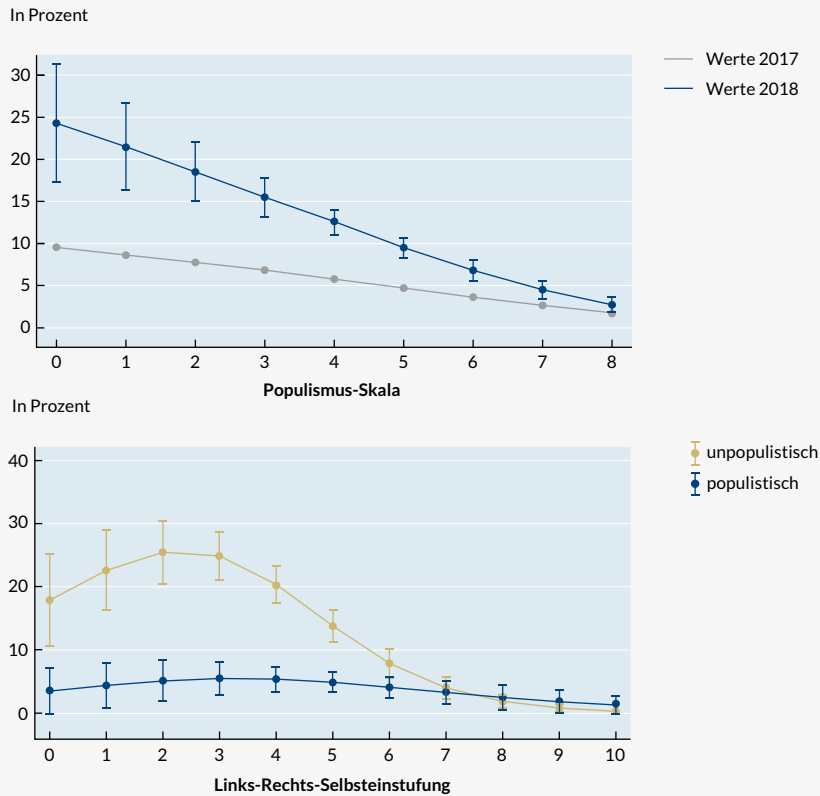
Aber was bedeutet das für den politischen Kampf um die Wähler der politischen Mitte? Welche erfolgversprechenden Gegenstrategien der etablierten Parteien der Mitte ergeben sich daraus?

Klar ist zunächst: Keine Partei ist bei extremen Populisten so beliebt wie die AfD. Sie ist das populistische Original in der ansonsten vergleichsweise unpopulistischen deutschen Parteienlandschaft. In einer solchen Konstellation nützt mehr Populismus vor allem der AfD. Je populistischer die anderen Parteien agieren, desto stärker bestätigen sie das populistische Original und öffnen der AfD damit neue Wählerschichten. Gleichzeitig geben sie ihre eigenen Wähler aus der unpopulistischen Mitte preis. Die einzig erfolgversprechende Strategie der etablierten Parteien liegt deshalb in einer entschlossenen Bekämpfung des Populismus, nicht in seiner Nachahmung. Wie das geht und wie erfolgreich man damit bei den Wählern sein kann, zeigen die Grünen.

Die Grünen: Antipopulismus als neuer Markenkern

Die Grünen entwickeln sich in der deutschen Parteienlandschaft zur unpopulistischen Führungskraft leicht links von der Mitte. Schon zur Bundestagswahl 2017 zeigte ihre Wählerschaft ein eher unpopulistisches Profil. Das hat sich seither noch einmal deutlich verstärkt: Ihr Antipopulismus wird zum neuen Alleinstellungsmerkmal und Markenkern der Grünen. Das insgesamt deutlich verbesserte Niveau der Wählerzustimmung liegt nämlich vor allem an der wachsenden Zustimmung

ABBILDUNG 29 Populismus und Wahlabsicht bei GRÜNE-Wählern



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 2.747).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

bei den unpopulistischen Wählern. Hier erreichen die Grünen inzwischen bis zu 25 Prozent aller Wähler. Auch das Zustimmungsgefälle zeigt sich noch einmal deutlich klarer konturiert: Je unpopulistischer ein Wähler, umso eher wählt er die Grünen.

Dass der Zuwachs der Grünen fast vollständig auf den Zulauf unpopulistischer Wähler zurückgeht, zeigt zum einen der Vergleich zum Vorjahr (s. Abb. 29 oben): Der Unterschied in der Wählerzustimmung ist am unpopulistischen Ende der Populismusskala und in der Mitte deutlich größer als im populistischen Segment. Von radikalen Populisten werden die Grünen praktisch gar nicht gewählt. Das größte Wählerpotenzial der Grünen liegt stattdessen in den unpopulistischen Wählersegmenten links von der Mitte. Interessant dabei ist auch, dass sich das Profil der unpopulistischen Wählerzustimmung immer weiter in Richtung Mitte verschiebt. Schon im Durchschnitt der Links-Rechts-Orientierung aller Wähler (4,86) erreichen die Grünen etwa 15 Prozent und bereits leicht links vom Durchschnitt sogar 20 Prozent und mehr. Wie eine Bugwelle schiebt sich die unpopulistische Wählerzustimmung für die Grünen von links in die Mitte, wo sie vor allem den unpopulistischen Parteien der bürgerlichen Mitte Konkurrenz macht, die sich den populistischen Versuchungen nicht entziehen können oder wollen.

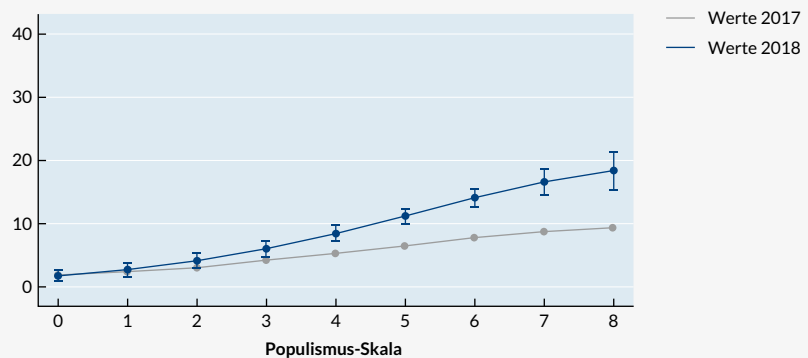
Die Linke: Populistische Versuchung am linken Rand

Auch die Linkspartei kann oder will dieser Versuchung derzeit nicht widerstehen. Ihre Wähler zeigen sich im Vorjahresvergleich ebenfalls signifikant populistischer. Das wird an der veränderten Steigung der Wahlabsicht entlang der Populismusneigung deutlich (s. Abb. 30 oben). Die 2018er Kurve dieser Wahlabsicht nach Populismusneigung verläuft deutlich weniger flach und steigt bis zum populistischen Ende der Skala deutlich stärker an als noch im Vorjahr. Der Vergleich zwischen der Wählerzustimmung im populistischen und unpopulistischen Segment lässt erkennen, dass die Linkspartei inzwischen über das gesamte Links-Rechts-Spektrum hinweg bei den Populisten bessere Ergebnisse als bei den unpopulistischen Wählern erzielt (s. Abb. 30 unten).

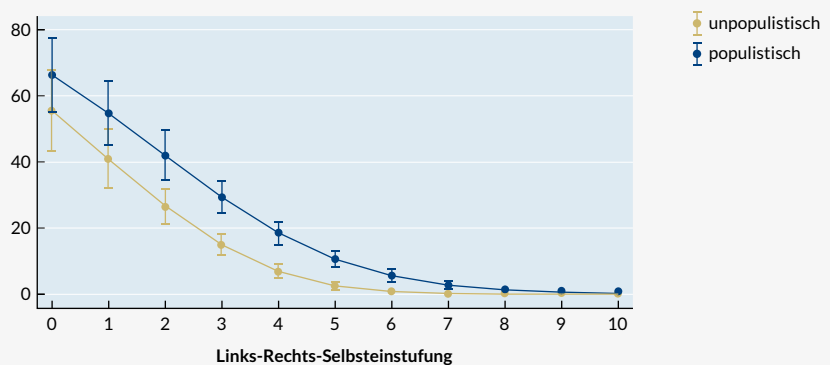
Die Linke reagiert damit tendenziell ähnlich auf die populistische Herausforderung der AfD wie die bürgerlichen Parteien: Sie sucht und findet ganz offenbar zusätzlichen Wählerzuspruch vor allem im populistischen Segment. Im Gegensatz zur Union und zur FDP scheint das der Linkspartei bisher jedoch eher genützt zu haben. Ihr Zustimmungsniveau hat sich gegenüber dem Vorjahr jedenfalls verbessert. Ob sich mehr Populismus für die Linken jedoch auch künftig auszahlt,

ABBILDUNG 30 Populismus und Wahlabsicht bei Die Linke-Wählern

In Prozent



In Prozent



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 2.747).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

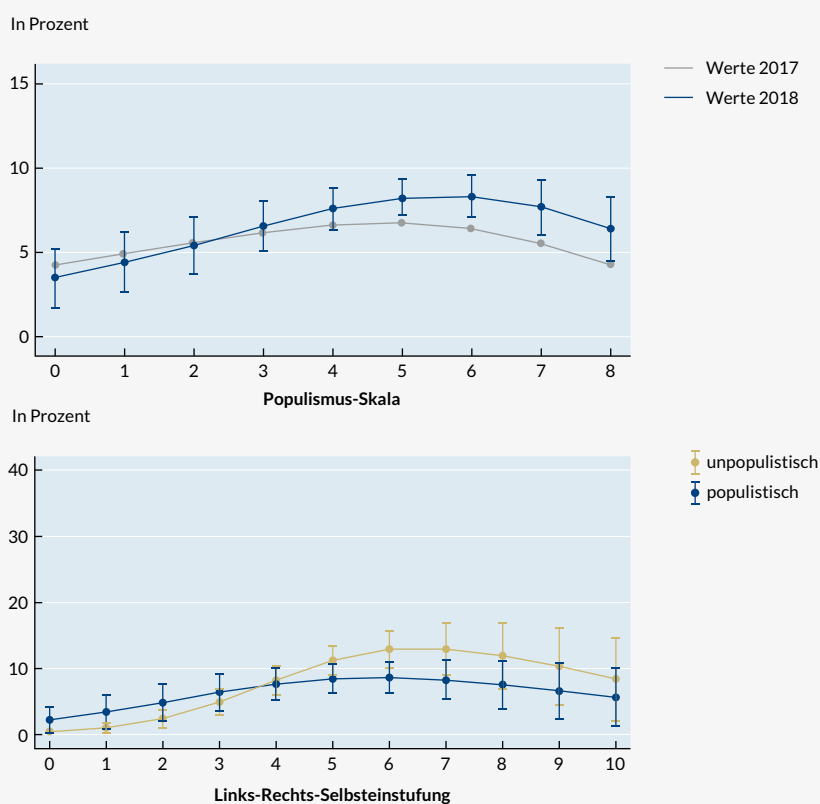
ist zumindest ungewiss. Auch sie riskiert die Unterstützung ihrer ideologisch linken Nicht-Populisten, die im Vergleich zu den populistisch eingestellten Wählern zwar zahlenmäßig unter den Wählern der Linken weniger sind, aber als große und bei den Mitgliedern und Funktionären der Partei eher überrepräsentierte Wählergruppe unverzichtbar bleiben.

FDP: Zunehmender Populismus der bürgerlichen Mitte

Auch bei den Wählern der FDP zeigt sich 2018 eine leicht stärkere Populismusneigung als im Jahr der Bundestagswahl. Erreichte die Partei damals ihren besten Wert noch in dem Wählersegment mit durchschnittlicher Populismusneigung, war sie diesmal bei den leicht überdurchschnittlich populistischen Wählern am stärksten. Die Veränderungen fallen aber insgesamt eher marginal aus (s. Abb. 31 oben).

Etwas stärker verändert haben sich dagegen die Wahlabsichten der Populisten und Nicht-Populisten entlang ihrer ideologischen Links-Rechts-Orientierung. Hier wird erkennbar, dass die FDP bei den unpopulistischen Wählern rechts von der

ABBILDUNG 31 Populismus und Wahlabsicht bei FDP-Wählern



Methode: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, Partei wählen zu wollen, aus multinomialer logistischer Regressionsanalyse mit Konfidenzintervallen (95%).
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte deutsche Staatsbürger im Jahr 2018 (Fallzahl: 2.747).

Quelle: infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Mitte leicht an Zustimmung verloren und bei den populistischen Wählern rechts von der Mitte leicht gewonnen hat. Das erklärt ihre bereits oben konstatierte schleichend zunehmende Populismusneigung.

Im Gesamtbild gilt jedoch auch für die FDP, dass ihre Wählerschaft ein vergleichsweise flaches Populismusprofil aufweist, sich also sowohl populistisch eingestellte Wähler für die FDP entscheiden als auch explizit unpopulistische Wähler. Auch für die FDP bleibt mehr Populismus deshalb riskant und würde ihren unpopulistischen Kern der bürgerlichen Wähler leicht rechts von der Mitte gefährden.

Fazit: Brauchen wir einen neuen „Antipopulismus“?

Die bisherigen Bemühungen der etablierten Parteien, den Rechtspopulismus der AfD einzudämmen, sind vorerst gescheitert. Das zeigen auch die Befunde des Populismusbarometer 2018: Populistische Einstellungen bleiben weit verbreitet, und nehmen in Umfang und Intensität vor allem in der politischen Mitte sogar noch einmal spürbar zu. Davon profitiert vor allem die AfD.

Aber was bedeutet das für den Umgang mit der AfD und dem anschwellenden Rechtspopulismus in Deutschland? Brauchen auch die etablierten Parteien „mehr Populismus“? Oder brauchen sie einen eher „antipopulistischen“ Strategiewechsel? Und wenn ja, wie könnte der aussehen?

Zunächst: Anschwellender Populismus ist in Demokratien immer ein Symptom. Er ist nie ohne Grund erfolgreich. Er hat Ursachen. Auch in Deutschland!

Ebenso klar ist aber auch: Feuer bekämpft man nicht mit Brandbeschleunigern. Populismus mit Populismus zu bekämpfen birgt zumindest die Gefahr, das Problem zu vergrößern anstatt es zu lösen.

Fundament jedes „Antipopulismus“ muss deshalb das Erkennen und Bekämpfen seiner eigentlichen Ursachen sein. Und die liegen tiefer, als ihre populistischen Symptome alleine es anzeigen. Soziale Spaltung, gesellschaftliche Desintegration und Segmentierung, neue kulturelle und soziale Konfliktlinien, und die noch immer unvollendete Einheit, sind dafür nur einige Stichworte. Andere betreffen den Zustand der Demokratie selbst: Die Erosion der Volksparteien, Repräsentationslücken und Responsivitätsdefizite, und ein zunehmend selbstbezogener kosmopolitischer Elitendiskurs, der kommunitaristische Werte und Problemlösungsstrategien weitgehend negiert. Populisten haben darauf erkennbar keine eigenen Antworten und Lösungen. Aber sie profitieren davon, solange das auch für die etablierten Parteien gilt.

Erfolgreicher „Antipopulismus“ muss also neue Lösungen finden, die Brücken schlagen und Konfliktlinien überwinden. Voraussetzung dafür ist, bestehende Responsivitätsdefizite zu erkennen und zu verringern. Mehr soziale Gerechtigkeit, und die Überwindung der sozialen und kulturellen Spaltungen der Gesellschaft stehen dabei im Mittelpunkt, das zeigen auch die Befunde aus dem Populismusbarometer. Aber so notwendig solche Politikwechsel auch sind. Allein hinreichend sind sie noch nicht. „Antipopulismus“ muss auch selbst „populär“ sein, muss die Menschen ansprechen, in ihrer Sprache erreichen, sie in ihrer Lebenswelt abholen und anerkennen, und die entstandene Distanz zwischen etablierter Politik und ihren Bürgern verringern. Dazu muss „Antipopulismus“ nicht selbst populistisch werden. Aber „populär“ muss er sein, sonst gewinnt er keine Mehrheiten in der Demokratie, die es aber braucht, um Veränderungen zu erreichen.

Methodischer Anhang

In der gesamten Studie benutzen wir in allen relevanten Analysen Umfragegewichte zur Randanpassung an die Grundgesamtheit wahlberechtigter deutscher Staatsbürger zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2017.

Kapitel 1

Die acht populistischen Items in Abbildung 1 stammen teilweise aus der akademischen Literatur (z. B. Akkerman et al. 2013; Hawkins et al. 2012) und wurden teilweise für diese Studie eigens entwickelt. Explorative Faktor-Analysen bestätigen, dass die Items alle auf einem gemeinsamen Faktor laden. Die Existenz eines zweiten Faktors wird tendenziell nicht bestätigt (eigenvalue < 1). Cronbachs Alpha für die acht Items weist eine hohe interne Konsistenz aus (alpha = 0.87). Abgesehen von der Fokusgrafik „Keine Alternative für Deutschland“ und den Ergebnissen des Listenexperiments basieren alle Ergebnisse auf einer Stichprobe von 3.427 Wahlberechtigten zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2017.

Für die Analyse der sozialen Erwünschtheit populistischer Einstellungen wurden insgesamt drei Listenexperimente in der Befragung des ersten Panels durchgeführt. Das grundlegende Umfragedesign dieser Experimente ist in Abbildung 32 illustriert. Details zum Design, der Theorie sowie der Analyse der Listenexperimente finden sich in Neuner und Wratil (2017). Die in dieser Studie dargestellten Zahlen stammen aus einer vereinfachten Analyse der Listenexperimente mittels „difference-in-means“-Schätzer.

Im Kapitel werden die Umfrageergebnisse für folgende nicht vollständig im Text genannte Fragen und zugehörige Items benutzt:

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen.

- a. *Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland bin ich sehr zufrieden.*
- b. *Die Demokratie ist – alles in allem – das beste politische System.*
- c. *Für Deutschland ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine gute Sache.*
- d. *Die Europäische Vereinigung ist in der Vergangenheit zu weit gegangen – für die Zukunft wünsche ich mir eher „weniger“ als „mehr“ Europa.*

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

ABBILDUNG 32 Beispiel-Design der Listen-Experimente

Bitte geben Sie jeweils an, wie vielen der Aussagen Sie zustimmen und wie vielen Sie nicht zustimmen.
Bitte sagen Sie uns nicht, welchen der Aussagen Sie zustimmen oder nicht zustimmen, nur wie vielen.

GRUPPE A

Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker.

Ich wünsche mir, dass der Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht wird.

Der Staat sollte keine Schulden mehr machen, auch wenn er dann weniger ausgeben kann.

Umweltschutz hat Vorrang, auch wenn er dem Wirtschaftswachstum schadet.

Anzahl der Aussagen, denen Sie...



zustimmen _____



nicht zustimmen _____

GRUPPE B

Der Staat sollte keine Schulden mehr machen, auch wenn er dann weniger ausgeben kann.

Ich wünsche mir, dass der Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig gemacht wird.

Umweltschutz hat Vorrang, auch wenn er dem Wirtschaftswachstum schadet.

Anzahl der Aussagen, denen Sie...



zustimmen _____



nicht zustimmen _____

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 2

Für das Conjoint-Experiment wurden den Befragten jeweils fünf Paare politischer Kandidaten vorgestellt. Damit basieren die Analysen für alle Wahlberechtigten auf 1.713 Befragten und 17.127 Kandidatenprofilen (Sachpositionen: EU, Steuern, Flüchtlinge, Freihandel und Globalisierung) bzw. 1.714 Befragten und 17.140 Kandidatenprofilen (Sachpositionen: Euro, sozialer Wohnungsbau, Protektionismus, direkte Demokratie). Die Ergebnisse basieren auf dem „average marginal component effects“-Regressionschätzer (z. B. Hainmueller et al. 2014) mit Standardfehler geclustert nach Befragtem. Alle Ausprägungen der Merkmale wurden vollständig zufällig gezogen. Die einzige Ausnahme bilden die politischen Schwerpunkte, bei denen ausgeschlossen wurde, dass erster und zweiter Schwerpunkt identisch sind. Die präsentierten Ergebnisse sind für die dadurch entstehenden Unterschiede in der Wahrscheinlichkeit einzelner Vignetten-Profile korrigiert. Das grundlegende Umfragedesign des Conjoint-Experiments ist in Abbildung 33 illustriert.

ABBILDUNG 33 Beispiel-Design des Conjoint-Experiments

Bitte lesen Sie sich die Beschreibungen der beiden Kandidaten sorgfältig durch.

Teilen Sie uns danach mit, welchem der beiden Kandidaten Sie bei einer Bundestagswahl eher Ihre Stimme geben würden.

MERKMALE	KANDIDAT A 	KANDIDAT B 
ERSTER POLITISCHER SCHWERPUNKT	Deutschland aus der Krise führen	Globalisierung gerechter gestalten
ZWEITER POLITISCHER SCHWERPUNKT	Bürgerrechte und Freiheitsrechte stärken	Islamisierung stoppen
POSITION ZU FREIHANDEL U. GLOBALISIERUNG	Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung	Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung
POSITION ZU STEUERN	Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche	Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche
POSITION ZUR EUROPÄISCHEN UNION	Ist für den Ausbau der Europäischen Union zum einem gemeinsamen Staat	Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
POSITION ZU FLÜCHTLINGEN	Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge	Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge

Wenn Sie sich bei einer Bundestagswahl zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden müssten, wem würden Sie Ihre Stimme geben?

Falls Ihnen keiner der beiden Kandidaten zusagt, geben Sie bitte trotzdem an, wen Sie eher wählen würden.



KANDIDAT A

☐


KANDIDAT B

☐


Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 34 Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse

MERKMALE	AUSPRÄGUNG
SACHPOSITION 1 STEUERN	<i>(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Steuern für Reiche)</i> Ist für sehr viel höhere Steuern für Reiche Ist für etwas höhere Steuern für Reiche Ist für etwas niedrigere Steuern für Reiche
SACHPOSITION 2 AUFNAHME NEUER FLÜCHTLINGE	<i>(Basis = Ist für die Abschiebung sehr vieler Flüchtlinge)</i> Ist für die Aufnahme sehr vieler neuer Flüchtlinge Ist für die Aufnahme einiger neuer Flüchtlinge Ist für die Abschiebung einiger Flüchtlinge
SACHPOSITION 3 FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG	<i>(Basis = Ist für viel weniger Freihandel und Globalisierung)</i> Ist für viel mehr Freihandel und Globalisierung Ist für etwas mehr Freihandel und Globalisierung Ist für etwas weniger Freihandel und Globalisierung
SACHPOSITION 4 EUROPÄISCHE UNION	<i>(Basis = Ist für den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union)</i> Ist für den Ausbau der Europäischen Union zu einem gemeinsamen Staat Ist für eine stärkere Zusammenarbeit in der Europäischen Union Ist für eine schwächere Zusammenarbeit in der Europäischen Union
SACHPOSITION 5 EURO	<i>(Basis = Ist für eine viel schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder)</i> Ist für eine schwächere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder Ist für eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder Ist für eine viel stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder
SACHPOSITION 6 SOZIALER WOHNUNGSBAU	<i>(Basis = Ist für sehr viel niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau)</i> Ist für höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau Ist für niedrigere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau Ist für viel höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau
SACHPOSITION 7 PROTEKTIONISMUS	<i>(Basis = Ist für viel höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen)</i> Ist für höhere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen Ist für niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen Ist für viel niedrigere Zölle auf ausländische Waren und Dienstleistungen
SACHPOSITION 8 DIREKTE DEMOKRATIE	<i>(Basis = Ist für viel mehr Volksabstimmungen)</i> Ist für mehr Volksabstimmungen Ist für weniger Volksabstimmungen Ist für viel weniger Volksabstimmungen

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 3

Die Ergebnisse im Kapitel basieren auf verschiedenen logistischen und multinomial logistischen Regressionsanalysen. Die Populismus-Skala ergibt sich als Summe der Zustimmungen zu den acht populistischen Items, neu skaliert je Item von 0 („stimme überhaupt nicht zu“) bis 1 („stimme voll und ganz zu“). In allen Modellen kontrollieren wir für Bildung, Einkommen, Geschlecht, Alter und Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Für die Berechnung sämtlicher vorhergesagter Wahrscheinlichkeiten in dem Kapitel wurden die Kovariate auf ihren beobachteten Werten fixiert („observed-value approach“). Dies ermöglicht die Interpretation dieser Wahrscheinlichkeiten als eine Schätzung der Anteile in der Grundgesamtheit (Hanmer und Ozan Kalkan 2013).

Wahlabsicht: multinomiale logistische Regression ($n = 2.747$) mit den verschiedenen Parteien als Outcomes und Populismus-Skala sowie Faktorvariable populistischer Einstellungen als Hauptregressoren. Personen, die „würde nicht wählen“, „würde ungültig wählen“, „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei der Sonntagsfrage angegeben haben, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?

CDU / CSU

SPD

...

Bei weiteren Fragen zur Methodik der Studie wenden Sie sich bitte an die Autoren.

Abbildungsverzeichnis

Executive Summary

<i>Wie populistisch sind die Deutschen?</i>	9
<i>Populismus der Mitte</i>	10
<i>Populistische Mobilisierung der Mitte</i>	11
<i>Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung</i>	13
<i>„Mehr Europa“ als verpasste Mobilisierungschance</i>	15
<i>„Mehr sozialer Wohnungsbau“ als neue Mobilisierungschance</i>	16
<i>Keine Alternative für Deutschland</i>	17
<i>Was ist Populismus?</i>	19

Kapitel 1

<i>IM FOKUS</i>	<i>Populistische Mobilisierung der Mitte</i>	22
Abbildung 1	Was ist Populismus?	26
Abbildung 2	Wie populistisch sind die Deutschen?	28
Abbildung 3	Populärer Populismus – soziale Erwünschtheit populistischer Einstellungen	29
Abbildung 4	Populismus und Links-Rechts-Orientierung I	31
Abbildung 5	Populismus und Links-Rechts-Orientierung II	32
Abbildung 6	Populismus nach Bildung	34
Abbildung 7	Populismus nach Einkommen	35
Abbildung 8	Populismus bei Wählern und Nichtwählern	36
Abbildung 9	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie...	38
Abbildung 10	Zustimmung zum System der Demokratie...	39
Abbildung 11	Europäische Integration ist zu weit gegangen...	40
Abbildung 12	Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union...	41

Kapitel 2

<i>IM FOKUS</i>	<i>„Mehr Europa“ als verpasste Mobilisierungschance</i>	44
Abbildung 13	Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten	48
Abbildung 14	Einfluss von Sachpositionen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	49
Abbildung 15	Einfluss von Positionen zur EU auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	50
Abbildung 16	Einfluss von Positionen zur Eurozone auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	52

Abbildung 17	Einfluss von Positionen zu Flüchtlingen auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	54
Abbildung 18	Einfluss von Positionen zu sozialem Wohnungsbau auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	55
Abbildung 19	Einfluss von Positionen zu Steuern auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	56
Abbildung 20	Einfluss von Positionen zu Freihandel und Globalisierung auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	58
Abbildung 21	Einfluss von Positionen zu Protektionismus auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	59
Abbildung 22	Einfluss von Positionen zu direkter Demokratie auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	60
Abbildung 23	Einfluss des Schwerpunktes „Die politische Elite entmachten“ auf die Wahlwahrscheinlichkeit eines Kandidaten bei allen Wahlberechtigten sowie bei unpopulistisch und populistisch eingestellten Wahlberechtigten	62

Kapitel 3

IM FOKUS	<i>Keine Alternative für Deutschland</i>	66
Abbildung 24	Wähler der Parteien nach Populismus und Links-Rechts-Orientierung	68
Abbildung 25	Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit	71
Abbildung 26	Populismus und Wahlabsicht bei CDU/CSU-Wählern	73
Abbildung 27	Populismus und Wahlabsicht bei SPD-Wählern	74
Abbildung 28	Populismus und Wahlabsicht bei AfD-Wählern	75
Abbildung 29	Populismus und Wahlabsicht bei GRÜNE-Wählern	77
Abbildung 30	Populismus und Wahlabsicht bei Die Linke-Wählern	78
Abbildung 31	Populismus und Wahlabsicht bei FDP-Wählern	79

Methodischer Anhang

Abbildung 32	Beispiel-Design der Listen-Experimente	83
Abbildung 33	Beispiel-Design des Conjoint-Experiments	84
Abbildung 34	Merkmale und Ausprägungen in der Conjoint-Analyse	85

Literatur

Abou-Chadi, Tarik, und Werner Krause (2018). "The Causal Effect of Radical Right Success on Mainstream Parties' Policy Positions: A Regression Discontinuity Approach". *British Journal of Political Science*. 1-19. <https://doi.org/10.1017/S0007123418000029>.

Akkerman, Agnes, Cas Mudde und Andrej Zaslove (2013). "How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters". *Comparative Political Studies*. 1–30. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0010414013512600>.

Alonso, Sonia, John Keane und Wolfgang Merkel (2011). *The Future of Representative Democracy*. Cambridge University Press.

Arzheimer, Kai (2015). "The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?" *West European Politics* 38 (3). 535–556. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2015.1004230.

Bakker, Bert N., Matthijs Rooduijn und Gijs Schumacher (2016). "The Psychological Roots of Populist Voting: Evidence from the United States, the Netherlands and Germany". *European Journal of Political Research* 55 (2). 302–320. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12121/abstract>.

Baldini, Gianfranco (2016). "Populism in Europe: everywhere and nowhere?" *European Political Science* 16 (2). 258–262. DOI: 10.1057/eps.2016.9.

Bergmann, Knut, Matthias Diermeier und Judith Niehues (2017). „Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener“. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 58 (1). 113–131. <https://zparl.de/aktuelle-ausgabe/abstracts-akt-ausg-deutsch/>.

Bergmann, Knut, und Matthias Diermeier (2017). „Die AfD: Eine unterschätzte Partei – Soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen“. *IW-Report* 7 2017. Institut der Deutschen Wirtschaft. www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/knut-bergmann-matthias-diermeier-die-afd-eine-unterschaetzte-partei-332686.

Bernstein, Robert, Anita Chadha und Robert Montjoy (2001). "Overreporting Voting. Why It Happens and Why It Matters". *Public Opinion Quarterly* 65. 22–44. <https://academic.oup.com/poq/article-abstract/65/1/22/1888929/Overreporting-Voting-Why-It-Happens-and-Why-It?redirectedFrom=PDF>.

Blair, Graeme, und Kosuke Imai (2012). "Statistical Analysis of List Experiments". *Political Analysis* 20 (1). 47–77. <http://imai.princeton.edu/research/files/listP.pdf>.

Bornschie, Simon (2012). "Why a right-wing populist party emerged in France but not in Germany: cleavages and actors in the formation of a new cultural divide". *European Political Science Review* 4 (1). 121–145. <https://doi.org/10.1017/S1755773911000117>.

Brubaker, Rogers (2017). "Why Populism?" *Theory and Society* 46 (5). 357–385. <https://doi.org/10.1007/s11186-017-9301-7>.

Canovan, Margaret (2004). "Populism for Political Theorists?" *Journal of Political Ideologies* 9 (3). 241–252. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1356931042000263500.

Canovan, Margaret (2002). "Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy". *Democracies and the Populist Challenge*. Hrsg. Yves Meny und Yves Surel. Basingstoke. 25–44. https://link.springer.com/chapter/10.1057%2F9781403920072_2#page-1.

Canovan, Margaret (1999). "Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy". *Political Studies* 47 (1). 2–16. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1111/1467-9248.00184>.

Canovan, Margaret (1981). *Populism*. Junction Books.

Carnes, Nicholas, und Noam Lupu (2016). "Do Voters Dislike Working-Class Candidates? Voter Biases and the Descriptive Underrepresentation of the Working Class". *American Political Science Review* 110 (4). 832–844. <http://people.duke.edu/~nwc8/voterbiases.pdf>.

Dahrendorf, Ralf (2003). "Acht Anmerkungen zum Populismus". *Transit* 25. 156–163.

Dalton, Russell J., und Martin P. Wattenberg (2002). *Parties without partisans: Political change in advanced industrial democracies*. Oxford University Press.

Decker, Frank (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen.

Decker, Frank, und Marcel Lewandowsky (2011). "Populismus – Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens". *Das Populäre. Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache*. Hrsg. Olivier Agard, Christian Helmreich und Hélène Vinckel-Roisin. V&R unipress GmbH. 331–351.

De la Torre, Carlos (2014). *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives*. University Press of Kentucky.

Easton, David (1975). "A Re-Assessment of the Concept of Political Support". *British Journal of Political Science* 5 (4). 435–457. www.cambridge.org/core/journals/british-journal-of-political-science/article/a-re-assessment-of-the-concept-of-political-support/AB4247844AE98071637EEE4701B171C7.

Elchardus, Mark, und Bram Spruyt (2016). "Populism, Persistent Republicanism and Declinism: An Empirical Analysis of Populism as a Thin Ideology". *Government and Opposition* 51 (1). 111–133. doi:10.1017/gov.2014.27.

- Franchino, Fabio, und Francesco Zucchini (2015). "Voting in a Multi-dimensional Space: A Conjoint Analysis Employing Valence and Ideology Attributes of Candidates". *Political Science Research and Methods* 3 (2). 221–241.
- Franzmann, Simon (2017). "A right-wing populist party founded by economists: The strange case of Germany's AfD". *EUROPP European Politics and Policy*. The London School of Economics. 11.4.2017. <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2017/03/11/the-strange-case-of-afd/>.
- Gest, Justin, Tyler Reny und Jeremy Mayer (2017). "Roots of the Radical Right: Nostalgic Deprivation in the United States and Britain". *Comparative Political Studies* 1–26. <https://doi.org/10.1177%2F0010414017720705>.
- Giebler, Heiko, und Sven Regel (2017). „Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen". *WISO Diskurs* 16. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13935.pdf>.
- Giebler, Heiko, und Wolfgang Merkel (2016). "Freedom and equality in democracies: Is there a trade-off?" *International Political Science Review* 37 (5). 594–605.
- Hainmueller, Jens, Dominik Hangartner und Teppei Yamamoto (2015). "Validating Vignette and Conjoint Survey Experiments against Real-World Behavior". *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 112 (8). 2395–2400. www.pnas.org/content/112/8/2395.abstract.
- Hainmueller, Jens, Daniel J. Hopkins und Teppei Yamamoto (2014). "Causal Inference in Conjoint Analysis: Understanding Multidimensional Choices via Stated Preference Experiments". *Political Analysis* 22 (1). 1–30. <https://academic.oup.com/pan/article/22/1/1/1444020/Causal-Inference-in-Conjoint-Analysis>.
- Hanmer, Michael J., und Kerem Ozan Kalkan (2013). "Behind the Curve: Clarifying the Best Approach to Calculating Predicted Probabilities and Marginal Effects from Limited Dependent Variable Models". *American Journal of Political Science* 57 (1). 263–277. <https://gvpt.umd.edu/sites/gvpt.umd.edu/files/pubs/Hanmer%20and%20Kalkan%20AJPS%20Behind%20the%20Curve.pdf>.
- Hawkins, Kirk, und Scott Riding (2010). "Populist Attitudes and Their Correlates among Citizens: Survey Evidence Measuring Populist Attitudes". *The Committee on Concepts and Methods. Working Paper* 55. 1–35. https://works.bepress.com/cas_mudde/72/.
- Hawkins, Kirk, Scott Riding und Cas Mudde (2012). "Measuring Populist Attitudes". *The Committee on Concepts and Methods. Working Paper* 55. 1–35. https://works.bepress.com/cas_mudde/72/.
- Holbrook, Allyson L., und Jon A. Krosnick (2010). "Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports: Tests Using the Item Count Technique". *Public Opinion Quarterly* 74 (1). 37–67. <https://academic.oup.com/poq/article-abstract/74/1/37/1841959/Social-desirability-bias-in-voter-turnout>.
- Imai, Kosuke (2011). "Multivariate Regression Analysis for the Item Count Technique". *Journal of the American Statistical Association* 106 (494). 407–416.
- Inglehart, Ronald, und Pippa Norris (2017). "Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse". *Perspectives on Politics* 15 (2). 443–454. <https://doi.org/10.1017/S1537592717000111>.
- Jagers, Jan, und Stefaan Walgrave (2007). "Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium". *European Journal of Political Research* 46 (3). 319–345. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00690.x>.
- Janus, Alexander L. (2010). "The Influence of Social Desirability Pressures on Expressed Immigration Attitudes". *Social Science Quarterly* 91 (4). 928–946. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1540-6237.2010.00742.x/abstract>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (2017). "Populism. An Overview of the Concept and the State of the Art". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 1–24.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira, und Paul Taggart (2015). "Dealing with populists in government: a framework for analysis". *Democratization* 23 (2). 201–220. <https://doi.org/10.1080/13510347.2015.1058785>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (2017). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford University Press.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017). "Populism and the Question of how to respond to it". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 489–507.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2014). "The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas". *Political Studies* 62. 470–487. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12038>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012). "The ambivalence of populism: threat and corrective for democracy". *Democratization* 19 (2). 184–208. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2011.572619.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2018). „Der Sirengesang des Linkspopulismus". *Project Syndicate*. <https://www.project-syndicate.org/commentary/siren-song-of-left-wing-populism-by-cristobal-rovira-kaltwasser-2018-09/german>.
- Krumpal, Ivar (2013). "Determinants of Social Desirability Bias in Sensitive Surveys: A Literature Review". *Quality and Quantity* 47 (4). 2025–2047. www.researchgate.net/publication/257642522_Determinants_of_social_desirability_bias_in_sensitive_surveys_A_literature_review.
- Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt (2018). *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. DVA.
- Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler und Aiko Wagner (2016). „Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD". *Politische Vierteljahresschrift* (57) 2. 247–275. www.researchgate.net/publication/299470725_Rechtspopulismus_in_Deutschland_Eine_empirische_Einordnung_der_Parteien_zur_Bundestagswahl_2013_unter_besonderer_Berücksichtigung_der_AfD.

- Mair, Peter (2002). "Populist Democracy vs Party Democracy". *Democracies and the Populist Challenge*. Hrsg. Yves Meny und Yves Surel. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 81-98.
- Meny, Yves, und Yves Surel (2002). *Democracies and the Populist Challenge*. Basingstoke.
- Merkel, Wolfgang (2017). „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt“. *Flucht, Migration und die Linke in Europa*. Hrsg. Michael Bröning, und Christoph P. Mohr. Dietz-Verlag.
- Merkel, Wolfgang (2014). "Is capitalism compatible with democracy?" *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (2). 109–128.
- Merkel, Wolfgang, und Sascha Kneip (2018). *Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent Times*. Springer VS.
- Merkel, Wolfgang, und Felix Scholl (2018). "Illiberalism, Populism and Democracy in East and West". *Czech Journal of Political Science* 25 (1). 28–44. <https://doi.org/10.5817/PC2018-1-28>.
- Merkel, Wolfgang, und Claudia Ritzi (2017). *Die Legitimität direkter Demokratie*. Springer VS.
- Merkel, Wolfgang (2018). "Cosmopolitanism versus Communitarianism – a New Conflict in European Democracies". *The Politics of Migration and the Future of the European Left*. Hrsg. Michael Bröning, Christoph P. Mohr. 279-291. <http://dietz-verlag.de/isbn/9783801205225/The-Politics-of-Migration-and-the-Future-of-the-European-Left>.
- Merkel, Wolfgang und Robert Vehrkamp (2018). „Die populistische Versuchung“. *Der Tagesspiegel*. 14.10.2018. <https://www.tagesspiegel.de/politik/populismus-der-verkleidete-nationalismus-und-die-ausgehohelte-demokratie/23183964-2.html?inMaxCount=3>.
- Mudde, Cas (2017). "Populism. An Ideational Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 27-47.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2004). "The Populist Zeitgeist". *Government and Opposition* 39 (4). 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2018). "Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda". *Comparative Political Studies*. 1–27. <https://doi.org/10.1177/0010414018789490>.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2013). "Exclusionary vs. Inclusionary Populism: Comparing Contemporary Europe and Latin America". *Government and Opposition* 48 (2). 147–174. <https://DOI:10.1017/gov.2012.11>.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2012). "Populism and (Liberal) Democracy. A Framework for Analysis". *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Hrsg. Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser. Cambridge University Press. 1–26.
- Müller, Jan-Werner (2018). „Beschädigte Demokratie“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 24.09.2018.
- Müller, Jan-Werner (2017). "Populism and Constitutionalism". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.28.
- Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? – Ein Essay*. Berlin.
- Müller, Jan-Werner (2016). "Populism (Against Democracy): A Theoretical Preface and Some Episodes of a Transatlantic History". *Transatlantic Democracy in the Twentieth Century*. Hrsg. Paul Nolte.
- Müller, Jan-Werner (2010). *Verfassungspatriotismus*. edition suhrkamp.
- Neudorf, Anja (2011). „Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen In Ost- und Westdeutschland“. *Sonderheft PVS* 45. 233–256. DOI: 10.5771/9783845262178_234.
- Neuner, Fabian G., und Christopher Wratil (2017). *It's Popular to Be Populist! The Social Desirability of Populist Attitudes*. Paper präsentiert auf der Midwest Political Science Association Conference, Chicago. 1–26.
- Norris, Pippa (2011). "The Conceptual Framework". *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Hrsg. Pippa Norris. Cambridge University Press. 19–37.
- Oliver, J. Eric, und Wendy M. Rahn (2016). "Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election". *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 667 (1). 189–20.
- Ostiguy, Pierre (2017). "Populism. A Socio-Cultural Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 73-97.
- Petersen, Thomas, Dominik Hierlemann, Robert Vehrkamp und Christopher Wratil (2013). *Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Gespaltene_Demokratie.pdf.
- Rico, Guillem, Marc Guinjoan und Eva Anduizas (2017). "The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Populist Attitudes". *Swiss Political Science Review* 23 (4). 444–461. <https://doi.org/10.1111/spsr.12261>.
- Roberts, Kenneth M. (2006). "Populism, Political Conflict, and Grass-Roots Organization in Latin America". *Comparative Politics* 38 (2). 127-148. doi:10.2307/20433986.
- Rooduijn, Matthijs (2014a). "The Nucleus of Populism: In Search of the Lowest Common Denominator". *Government and Opposition* 49 (4). 573–599. www.researchgate.net/publication/271742219_The_Nucleus_of_Populism_In_Search_of_the_Lowest_Common_Denominator.
- Rooduijn, Matthijs (2014b). "Vox Populismus: A Populist Radical Right Attitude among the Public?" *Nations and Nationalism* 20 (1). 80–92. www.researchgate.net/publication/259554471_Vox_populismus_A_populist_radical_right_attitude_among_the_public.

- Rooduijn, Matthijs, Sarah L. de Lange und Wouter van der Brug (2012). "A Populist Zeitgeist? Programmatic Contagion by Populist Parties in Western Europe". *Party Politics* 20 (4). 563–575. <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1354068811436065>.
- Rooduijn, Matthijs, und Teun Pauwels (2011). "Measuring Populism. Comparing Two Methods of Content Analysis". *West European Politics* 34. 1272–1283. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402382.2011.616665.
- Runicman David (2018). *How Democracy Ends*. Profile Books.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2016). "The 'Alternative für Deutschland in the Electorate': Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party". *German Politics* 4008 (6). 1–25. www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09644008.2016.1184650.
- Schulz, Anne, Philipp Müller, Christian Schemer, Dominique Stefanie Wirz, Martin Wettstein und Werner Wirth (2018). "Measuring Populist Attitudes on Three Dimensions." *International Journal of Public Opinion Research* 30 (2). 316–326. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edw037>.
- Silver, Brian D., Barbara A. Anderson und Paul R. Abramson (1986). "Who Overreports Voting?" *American Political Science Review* 80 (2). 613–624. https://scholar.google.com/citations?view_op=view_citation&hl=de&user=XY7oMnMAAAAJ&citation_for_view=XY7oMnMAAAAJ:u5HHmVD_uO8C.
- Simmons, Katie, Laura Silver, Courtney Johnson, Kyle Taylor und Richard Wike (2018). "In Western Europe, Populist Parties Tap Anti-Establishment Frustration but Have Little Appeal Across Ideological Divide". *Pew Research Center Report*.
- Stanley, Ben (2008). "The Thin Ideology of Populism". *Journal of Political Ideologies* 13 (1). 95–110. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13569310701822289?journalCode=cjpi20.
- Taggart, Paul (2004). "Populism and Representative Politics in Contemporary Europe". *Journal of Political Ideologies* 9 (3). 269–288. www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1356931042000263528.
- Taguieff, Pierre-André (1995). "Political Science Confronts Populism: From a Conceptual Mirage to a Real Problem". *Télos* 103. 9–43. DOI: 10.3817/0395103009.
- Van Hauwaert, Steven M., und Stijn van Kessel (2018). "Beyond protest and discontent: A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support". *European Journal of Political Research* 57. 68–92. DOI: 10.1111/1475-6765.12216.
- Vehrkamp, Robert, Christina Tillmann, Emilie Reichmann und Niklas Im Winkel (2016). „Zeitgemäß Wählen“ – 8-Punkte-Plan zur Steigerung der Wahlbeteiligung. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (1-2). 1–16. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_EINWURF_Sonderausgabe_1-2_2016.pdf.
- Vehrkamp, Robert (2018): *Preisgabe der Mitte? Zum Umgang mit Rechtspopulismus am Beispiel der CSU*. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (3). 1–8. DOI 10.11586/2018040.
- Vehrkamp, Robert (2017). „Rechtspopulismus in Deutschland: Zur empirischen Verortung der AfD-Wähler vor der Bundestagswahl 2017“. *WZB-Mitteilungen* (156) 9.
- Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaidner (2017): *Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf.
- Vehrkamp, Robert, Christopher Wratil (2017): *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017*. Studie der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismus_DE.pdf.
- Vehrkamp Robert (2016). „Kampf um die Nichtwähler“. Essay. *Die Welt*. 22.2.2016. www.welt.de/print/die_welt/debatte/article152484529/Kampf-um-die-Nichtwaehler.html.
- Vehrkamp, Robert (2015). *Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung*. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (2). 1–8. www.welt.de/print/die_welt/debatte/article152484529/Kampf-um-die-Nichtwaehler.html.
- Vivyan, Nick, und Markus Wagner (2016). "House or Home? Constituent Preferences over Legislator Effort Allocation". *European Journal of Political Research* 55 (1). 81–99. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12119/abstract>.
- Weyland, Kurt (2017). "Populism. A Political-Strategic Approach". *The Oxford Handbook of Populism*. Hrsg. Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy. 48–72.

(Alle Links wurden am 21.09.2018 überprüft.)

Impressum

© Juni 2019

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Autoren

Dr. Robert Vehrkamp

Prof. Dr. Wolfgang Merkel

Verantwortlich

Dr. Robert Vehrkamp

Christina Tillmann

Inhaltliche Unterstützung

Lars Bischoff

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann

Sandra Stratos

Lektorat

Gesine Bonnet

Titelfoto

Shutterstock/wellphoto

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld

DOI 10.11586/2018059

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de